



Gesellschaft für
entwicklungspolitische Bildung e.V.

Loseblattsammlung

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

— Themenbereich Dritte Welt —

Jede Lieferung umfaßt ca. 30 Seiten + Umschlag. Format DIN A4, zum Kopieren geeignet. In unregelmäßiger Folge erscheinen zu den einzelnen Themen Nachlieferungen mit aktuellen Informationen.

Bisherige Lieferungen:

Nr. 0. Argentinien und die Fußballweltmeisterschaft (vergriffen)

Nr. 1. Nicaragua — Unterdrückung und Widerstand. Aktualisierte Neuauflage!

Nr. 2. Sonja Schulte, Unterrichtsprojekt Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara

Nr. 3. Wolfgang Reiche, Christina Gebhard, Peru

Nr. 4. Georgia Rakolmaki, Zigeuner

Nr. 5. I. Kober/A. H. Behrman Iran

Nr. 6. D. Seifried/W. Kober, Wulthandel

Weitere Ausgaben sind zu folgenden Themen geplant:

— Imperialismus

— Kolonialismus

— Tourismus

Einzelpreis: 4,- DM + Porto
Abonnement für 6 Nummern einsch. aktuelle Nachlieferungen: 24,- DM

Kontaktadresse/Redaktion: Bestellungen an:
Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V. GEB
Tatstraße 11, Telefon 0713/74749 28 Bremen
7000 FREIBURG i. BR.

Das FDCL und die ila haben eine

MATERIALSAMMLUNG BOLIVIEN

zusammengestellt.
Sie enthält ausführliche Hinweise auf Bücher, Artikel und regelmäßige Publikationen zu Bolivien.

Außerdem sind Titel und Bezugshinweise für Filme, und Ton-Dia-Serien zusammengestellt.

Die Materialsammlung ist bei den Lateinamerika-Nachrichten erhältlich.

EL PARCIAL 3: BOLIVIEN

"Bolivia - la inviabilidad de la 'democracia viable'"

Die Pressedokumentation (150S.) ist in folgende Kapitel gegliedert:

- sozioökonomische Struktur
- der politische Prozeß von Matusch Busch bis Garcia Meza
- ausländische Einmischung (Argentinien, Brasilien, USA, BRD)
- Konsolidierung des Regimes
- die Kokain-Mafia
- wichtige politische und gewerkschaftliche Organisationen.

Preis: DM 8,-

Bestellungen an Lateinamerika-Nachrichten

DIE VERSCHWUNDENEN IN MEXICO

Die Broschüre enthält Texte zur politischen Situation, zur Geschichte und Arbeit des Komitees der Familienangehörigen von politischen Gefangenen, Verschwundenen, Verfolgten und Exilierten, zur Rolle der Frauen im Komitee, Überlegungen zum Verschwindenlassen von Menschen u.a.

Bestellungen an: Mexico-Gruppe c/o Uwe Ihssen, Graf-Moltke-Str. 8, 28 Bremen. Bis 3 Exemplare Geld in Briefmarken beilegen (2,50 DM für Broschüre + 0,50 Porto). Größere Bestellungen gegen Rechnung.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 91

8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

BRD: AKW — Nee — **ARGENTINIEN:** Die neue Regierung — **BRASIL:** VW do Brasil — **BOLIVIEN:** Neues von der Kokain-Mafia — **CHILE:** Inthronisierung von König Pinochet — **NICARAGUA:** »Jahr der Verteidigung und der Produktion« **PARAGUAY:** Ein neuer Fall von Genocid!

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
FÜR BATA BRAUN	4
I. BERICHTE	5
— BRD: Brokdorf und der Atomstaatsexport	5
Keine Atomtechnologie für Argentinien	8
— ARGENTINIEN: Diktatorenwechsel	10
»Argentinien — gelobtes Land	14
Oscar Braun ist tot	15
— BRASILIEN: Elf Gewerkschafter verurteilt	17
Brief und Gegendarstellung der IG Metall	20
Unsere Antwort	21
Arbeitnehmervertretung bei VW do Brasil	24
— EL SALVADOR: Internationalisierung eines Konflikts	31
Interview mit Carolina	33
— BOLIVIEN: Kokain belebt bolivianischen Export	38
Kehrt Banzer zurück?	40
— CHILE: König Pinochet	42
II. HINTERGRUND	46
— PARAGUAY: Vertreibung der Toba-Maskoy	46
— NICARAGUA: »Jahr der Verteidigung und der Produktion«	55
Verletzung der Menschenrechte?	62
— GUATEMALA: Bundesdeutsche Interessen	69
— KIRCHE: »Christ sein« in Lateinamerika und hier	69
Elendsviertel und Volksorganisation	71
III. Solidarität	76
— EL SALVADOR-AKTIONSTAG	76
— ÖTV: Solidarität mit El Salvador	77
— Zeitschriftenschau	78
— Chiletheater Bremen	79

Zu diesem Heft

Während in Brokdorf das größte Polizeiaufgebot der Nachkriegszeit wie im Bürgerkrieg gegen 100 000 Bundesbürger vorgeht, die gegen die Atompolitik der Bundesregierung protestieren, werden die Atomprogramme in Lateinamerika mit Hilfe der KWU weiter durchgesetzt. Die bundesdeutsche Kraftwerksunion KWU liefert Atomkraftwerke nach Brasilien und Argentinien, wo sie sicher sein kann, daß die Diktaturen dafür sorgen, daß es keine Protestbewegung geben wird. Der Protest gegen Brokdorf muß auch den Protest gegen AKWs in Brasilien und Argentinien einschließen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß beide Länder dadurch in die Lage versetzt wurden, Atomwaffen zu bauen.

Der Aufruf gegen das Atomgeschäft mit Argentinien fällt zusammen mit der Amtseinführung des neuen Diktators General Viola, der zwar die Wirtschaftspolitik, aber nicht die Repression ändern will. Auch Chile hat jetzt wieder einen verfassungsmäßigen Präsidenten. Diktator Pinochet ließ sich einen Verfassungsmantel schneiden, den er sich am 11. März anzog. Ein Präsidentenwechsel ist auch in Bolivien nicht mehr auszuschließen. Dort wurden zunächst in einer Kabinettsumbildung die Köpfe ausgewechselt, die zu direkt in das internationale Kokaingeschäft verwickelt waren.

Ausführlich gehen wir auf die gewerkschaftliche Entwicklung in Brasilien ein. Anlaß dazu ist zum einen unser Briefwechsel mit der IG Metall und deren Vorstellungen zur Arbeitervertretung bei VW do Brasil und zum anderen die Verurteilung des populären Gewerkschaftsführers Lula durch ein Militärgericht.

In Nicaragua geht es im »Jahr der Produktion« darum, den direkten und indirekten Angriffen, vor allem von Seiten der Unternehmer zu begegnen und die Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Um einer Entwicklung wie in Nicaragua zuvorzukommen, sind die Unternehmer in Guatemala mit ihrer Kampagne schon seit längerem international aktiv, auch in Zusammenarbeit mit der BRD.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der

CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich

(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12.3.1981

Abo-Preis: DM 35,— / Übersee: DM 60,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung

Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«

PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108

Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-

theken und Institutionen im Bundesge-

biet über:

con Medien- und Vertriebsgesellschaft,

Postfach 106545,

Osterstr. 36, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-

legexemplare erbeten.

Für Bata Braun

Bata Braun ist am 24. Februar in Costa Rica bei einem Autounfall gestorben. Zwei Mitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung kamen dabei ebenfalls ums Leben.

Bata hat mit uns zusammen im Nicaragua-El Salvadorkomitee gearbeitet und zeitweilig in der Auslandsredaktion der taz.

Er stammt aus Oberschwaben, aus Zußdorf, studierte katholische Theologie in Tübingen. Im März letzten Jahres kam er nach Berlin. Hier studierte er Theologie und Soziologie, engagierte sich im Lateinamerika-Institut der FU und am Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika.

Lieber Bata, der Gedanke, daß Du nie mehr mit uns wirst arbeiten, schreiben, lachen, lachen, reden können, macht uns traurig. Trotzdem wollen wir versuchen nicht sprachlos zu bleiben.



Du bist für uns ein ehrlicher Freund gewesen und ein Kämpfer dabei, unsere Wut über die Verbrechen der Mörder von El Salvador, die menschenverachtende Politik der Regierung hier zu artikulieren, umzusetzen. Du hast mit uns versucht, durch den Info-Dienst El Salvador gegen Verfallschurgen und Lügen der Medien anzugehen.

Als Ende des letzten Jahres die Repression in El Salvador mit den Morden an den Genossen von der FDR und am Uni-Rektor Felix Ulloa einen neuen Höhepunkt erreichte, und wir nächtelang diskutieren, schreiben, planen, organisieren mußten, haben wir Dich kennengelernt.

Du bist oft der Letzte gewesen, der gegangen ist. Und wenn wir Dich auch aufgezo-gen haben, wenn Du spät nachts noch unbeding-t die Lay-Out-Linien um IDES ziehen mußtest, Deine Gründlichkeit, an alles

Denken und auch Machen war schon wichtig für uns.

Daß Du einfach da warst, mit Deiner Offenheit, Deiner Freundlichkeit hat uns 'ne Menge Kraft und Ruhe gegeben.

Wir haben auch Deine Einsamkeit gespürt, wie Du versucht hast, sie anzugehen, nicht nur in der alltäglichen politischen Arbeit.

Was für Dich Politik war, kam aus ernst genommenem Christ-Sein, Partei ergreifen, für menschenwürdiges Leben.

Bata, Du warst ein richtiger compañero. Und wir haben Dich verdammt gern gehabt.

Nicaragua / El Salvador-Komitee Berlin und Lateinamerika-Nachrichten

BRD

Brokdorf und der Atomstaatexport

Mit dem Verbot der Brokdorf-Demonstration und seiner bewußten Durchbrechung durch fast 100 000 Personen hat die Ausein-
setzung um Atomenergie in diesem Jahr einen ersten Höhepunkt er-
reicht.

Der
Der Atom-Lobby ist es trotz Millionenwerbeaufwand und dem Einsatz der Autorität der Bundesregierung nicht gelungen, die Ablehnung der Kernenergie durch fast 50 % der Bundesbürger (siehe Umfrage im Spiegel 9/81) aus der Welt zu schaffen. Desto notwendiger erscheint ihr im Augenblick der Abbau der letzten legalen Handlungsmöglichkeiten der Atomgegner. Der Bund der Richter und Staatsanwälte in der BRD zeigte sich "tief besorgt über den in letzter Zeit immer häufigeren Mißbrauch des Demonstrationsrechtes, wie er am vergangenen Wochen-
ende in Brokdorf erneut zu Tage getreten ist." (Zitat 'Die Neue'). Die CDU zog sofort nach und forderte durch Helmut Kohl "eine Än-
derung des Demonstrations- und Versammlungsrechts vor dem Hinter-
grund der Geschehnisse um das Kernkraftwerk Brokdorf" (Tagesspiegel v.4.3.81).

Die Aufrüstung für die kommenden "bürgerkriegsähnlichen Zustände" (9/81) beschränkt sich nicht nur auf die juristische Ebene. Auf dem Brokdorfer "Schlachtfeld" trat das massivste Polizeiaufgebot seit Existenz der Bundesrepublik auf den Plan, eine richtige Armee von 10 000 Kriegern, genannt Polizei. Die Hubschrauberflotte des BGS übte sich im taktischen Zusammenwirken mit den Infanteristen und in Tiefflug-Angriffen gegen die - zu 99% friedlichen - Demon-
stranten. Die Bewacher eines nahegelegenen NATO-Atomwaffenlagers hatten Anweisung, im Notfall scharf zu schießen (Die Welt). Die Bilanz der Demonstration in den Medien beschränkte sich kriegs-
mäßig auf die Zählung der Verluste beider Seiten. Nicht wenigen Teilnehmern der Demonstration drängten sich Ver-
gleiche auf: "Das ist bereits Anti-Guerilla-Kampf...", "Nur un-
wesentliches unterscheidet diese Wiese (Brokdorf) von einer mittel-
alterlichen Burg, dem Pentagon oder dem Regierungsplatz in Salva-
dor..." (Leserzuschriften in der TAZ v. 6.3.81).

Diese unwillkürlichen Assoziationen dürfen sicher nicht beim Wort genommen werden - noch sind die letzten demokratischen Rechte nicht verloren - und wir kennen auch nicht die physische Ausrottung nach der Art eines Videla, Pinochet oder Hitler. Aber alle haben in Brok-
dorf die kalte Entschlossenheit der Atom-Lobby und ihrer Befürwor-
ter gespürt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und not-
falls auch auf Kosten der Massenloyalität der Bürger, den Ausbau der Atomenergie vorran zutreiben.

Wenn wir der Frage nachgehen, warum in der BRD gerade der Atom-
pfad als der einzig mögliche Weg, die heraufbeschworenen Energie-
engpässe zu überwinden, gewählt wurde, fallen drei Gründe auf:
- der Einsatz von einer Großtechnologie, wie sie zur atomaren Ener-
gieentzug benötigt wird, setzt eine zentrale Organisation und
Verwaltung voraus.
Atomtechnologie bedingt einen zentralistischen Staat und berech-
tigt ihn, seine strukturelle Gewalt weiter auszubauen. Die letzten
Reste von 'Basisdemokratie' werden erstickt.

- Die Gewinnung von Energie ist nur eine Seite der atomaren Nutzung: für Länder wie Argentinien, Brasilien aber auch die BRD ist die Möglichkeit, gleichzeitig atomare Aufrüstung zu betreiben, von viel entscheidenderer Bedeutung als die 'friedliche' Energiegewinnung.
- Die Gewinnspannen für die Atomindustrie sind extrem hoch; diese Industriebranche hatte die höchsten Gewinnzuwächse in den letzten Jahren zu verzeichnen.

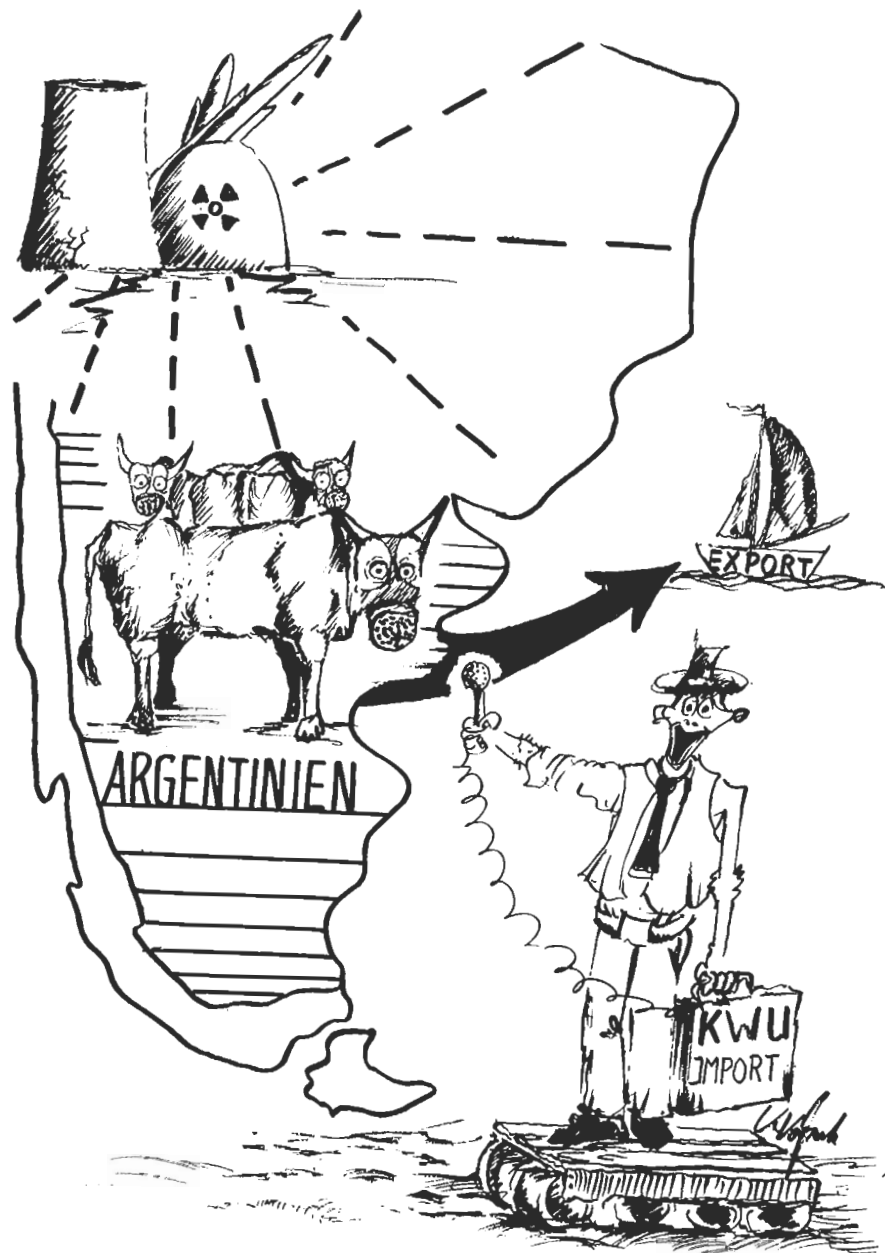
Solche lukrativen Merkmale der atomaren Nutzung lassen die Atom-Lobby zu allen Mitteln greifen, um eine Technologie - auch wenn sie noch so unausgereift und lebensbedrohend ist - weltweit zu verbreiten.

In Lateinamerika finden Atom-Investoren wie Siemens/KWU einfachere operative Bedingungen vor als in der BRD. Die Abschaffung der politischen Menschenrechte, die Zensur, das Verbot und die Verfolgung der Gewerkschaften, die Ermordung der politischen Opposition, das Verschwindenlassen von Kritikern jeder Art läßt die Haltung der betroffenen Bevölkerung zum Atomprogramm, wie sie von KWU mit den Militärdiktaturen Argentiniens und Brasiliens abgeschlossen wurden, als eher zweitrangig erscheinen. Da die Durchführung der Atomprogramme beider Länder seit Jahrzehnten in den Händen von Militärs liegen, ist die Einmischung ziviler Instanzen vollends ausgeschlossen.

Dies ist um so wünschenswerter, als u.a. auch die Lieferung von 'sensitiven' d.h. der atomaren Aufrüstung förderlichen Technologien an die beiden Länder vereinbart wurde - einer Anreicherungsanlage nach dem deutschen Trenndrüsenverfahren an Brasilien, einer Schwerwasseranlage an Argentinien. Wie schon bei der atomaren Aufrüstung Südafrikas, das ebenfalls deutsche Anreicherungstechnologie erhielt, wird 'Friedenspolitik' nach dem Grundsatz "Kontrolle durch enge Kooperation" angestrebt (Zitat aus einer Stellungnahme der Bundesregierung), d.h. durch Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet sollen die Empfängerländer festgelegt werden auf die friedliche Nutzung der Atomenergie. Inzwischen ist jedoch öffentlich durchgesickert, daß für das Zustandekommen etwa des jüngsten Argentinien-geschäfts gerade der Verzicht der Bundesregierung auf strenge Kontrollauflagen, wie sie etwa von den kanadischen und nordamerikanischen Konkurrenten verlangt worden waren, ausschlaggebend war. Daß der Grundsatz der technischen Kontrolle in der Praxis nicht realisierbar ist, haben bisherige Erfahrungen im Atomexport mit Ländern wie Indien und Pakistan gezeigt. Ob überhaupt der 'gute Wille' besteht, diese Kontrolle auszuüben, ist besonders fraglich, wenn wir uns die bisherige Zusammenarbeit der Bundesregierung mit autoritären Regimen anschauen: massive Steigerung der Investitionen und Finanzhilfe für Militärregierungen, Schweigen oder nur halbherzige Reaktionen auf Menschenrechtsverletzungen.

Im übrigen geht es um rein ökonomische Sachzwänge: Die deutsche Atomindustrie braucht dringend Auslandsaufträge solange der kräftige Widerstand der Atomgegner die Fließbandproduktion von AKW's in Deutschland verzögert (als Rentabilitätsschwelle der KWU werden sechs Stück pro Jahr angegeben). Andererseits brauchen wir zur Überzeugung unserer Auslandskundschaft - neben dem schon erwähnten Angebot attraktiver 'Kontr ollbedingungen' - erstklassige Referenzanlagen auf deutschen Boden. Schon aus diesem Grunde muß in Brokdorf und auch anderswo gebaut werden - notfalls unter Anwendung aller polizeistaatlicher Mittel.

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Brokdorf und Argentinien ist für jeden Atomkraftgegner eine Herausforderung:
Wer Brokdorf verhindern will, muß auch den Atomexport nach Argentinien verhindern!



Aufruf

Verhindert den Verkauf deutscher Atomtechnik an Argentinien!

Seit der gewaltsamen Machtergreifung der argentinischen Militärs im Jahr 1976 sind zehntausende argentinischer Bürger in einem erbarungslosen Vernichtungsfeldzug gegen alle Demokraten und Gegner der Diktatur getötet, gefoltert oder ohne Prozeß verhaftet worden. 20 deutsche Bürger sind in Argentinien verschwunden, 7 wurden verhaftet und eine Frau (Elisabeth Käsemann) wurde von Militär ermordet.

Ungeachtet dieser Menschenrechtsverletzungen ist am 9. Mai 1980 mit Genehmigung der Bundesregierung zwischen der SIEMENS-Tochter KWU und der staatlichen argentinischen Atomenergiekommission ein umfassendes Abkommen über nukleare Zusammenarbeit geschlossen worden. Die KWU erhielt den Auftrag für den Bau des Atomkraftwerks Atucha II mit Standort in unmittelbarer Nähe der 10 Millionenstadt Buenos Aires und beteiligte sich mit 25 % an der gemischten Ingenieurfirma ENACE S.A., die den Entwicklungsplan der argentinischen Atomindustrie in den 80er Jahren umsetzt. (Vorgesehen ist u.a. der Bau dreier weiterer Atomkraftwerke mit KWU-Technologie).

Im Angebotsverbund mit KWU liefert die Schweizer Firma SULZER Argentinien eine Schwerwasserfabrik mit einer Jahresproduktion von 250 t, die das Land auf Grund seiner Vorkommen an Natururan in den Besitz eines vollständigen atomaren Brennstoffkreislaufs bringt. Damit wird den Militärs nicht nur zur Produktion von Plutonium, dem Grundstoff zum Bau der Atombombe verholfen, sondern auch zu einer autarken Atomindustrie, deren Beschränkung auf friedliche Zwecke durch internationalen Druck nicht mehr gewährleistet werden kann.

Die vereinbarten Lieferungen werden durch einen Kredit von 1,7 Mia DM finanziert, der je zur Hälfte von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau und einem privaten deutschen Bankenkonsortium aufgebracht wird. Das Geschäft wird abgesichert durch eine Ausfallbürgschaft der bundeseigenen HERMES-Versicherungsanstalt.

Grundlage für das Zustandekommen des Geschäfts war der Verzicht der Bundesregierung auf vertragliche Zusagen Argentiniens, seine Atomindustrie wirksamen internationalen Kontrollen zu unterwerfen (nur die von KWU gelieferten Anlagen und Nachbauten sollen von der Internationalen Atomenergiebehörde IEAO, Wien, kontrolliert werden; alle anderen Komponenten der KWU hatten den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag oder weit strengere Kontrollen, und zwar des gesamten Atomprogramms, verlangt).

Argentinien hat bisher weder den Atomwaffensperrvertrag noch den regionalen lateinamerikanischen Sperrvertrag von Tlatelolco unterzeichnet. Seit mehreren Jahren betreibt das Militärregime eine aggressive Außenpolitik, die 1979 beinahe wegen eines Grenzkonfliktes zum Krieg mit dem Nachbarland Chile geführt hätte. Argentinien lieferte Waffen an Terrorregime wie Nicaragua unter Somoza und Guatemala. Zuletzt war die Militärregierung direkt am Sturz der demokratischen Regierung Boliviens beteiligt (siehe Spiegel vom 25.8.80). Gleichzeitig gehört Argentinien zu den Initiatoren eines militärischen Südatlantik-Paktes (SATO), dem neben Chile, Uruguay und Brasilien auch Südafrika beitreten soll. Dieser Pakt mörderischer Unterdrückerregimes ist im Kern gegen afrikanischen und lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen gerichtet. "Nukleare Partnerschaft" mit Argentinien bedeutet unter diesen Bedingungen genauso wie die deutsch-südafrikanische atomare Zusammenarbeit: offene Komplizenschaft mit einer gefährlichen atomaren Verschwörung gegen Unabhängigkeitsbestrebungen in der 3. Welt.

Wegen der umfangreichen Kapazitäten, die in der Planung des argentinisch-deutschen Atomprogramms vorgesehen sind und der großen Zahl bilateralen Atomverträge zwischen Argentinien und weiteren lateinamerikanischen Ländern steht zu befürchten, daß mitten zwischen den KZs des Regimes eine riesige Nuklear-Exportindustrie aufgezogen wird, von der aus der Weltmarkt bequem versorgt werden kann - ohne lästige Einwände einer geknebelten Bevölkerung und deutscher Stellen.

In Kanada und der Schweiz haben sich, getragen von Gewerkschaften, Friedensbewegung, Kirche und 3. Welt-Solidaritätsgruppen, breite Protestbewegungen gegen jede weitere atomare Zusammenarbeit mit Argentinien herausgebildet.

Wir verlangen auch von der Bundesregierung und KWU die sofortige Einstellung jeglicher nuklearer Zusammenarbeit, bis die Militärdiktatur und die Verletzung der Menschenrechte aufgehört haben und die argentinische Bevölkerung Gelegenheit hat, sich in freier Selbstbestimmung dazu zu äußern.

Nachdem bisher erst 35 (!) von 400 argentinischen politischen Gefangenen, für die eine Asylzusage der Bundesregierung vorliegt, eingetroffen sind, fordern wir unverzügliche Bemühungen um die Freilassung und Ausreise von weiteren Asylanten.

Die deutschen Gewerkschaften, 3. Welt-Gruppen und alle Atomwaffengeegner sind aufgerufen, das Atomgeschäft mit Argentinien mit allen Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit zu verhindern. Unterstützt uns dabei wie folgt:

- verfasst Schreiben oder Resolutionen, in denen Ihr unsere Forderungen unterstützt und schickt sie an:

Minister Hans Dietrich Genscher, Außenministerium 5300 Bonn
Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundeskanzleramt, 5300 Bonn

sendet uns eine Kopie zu

- Verfasst auf der Grundlage dieses Aufrufs und weiteren Materials, das Ihr bei uns anfordern könnt, Artikel zum Argentinien-Atomvertrag und veröffentlicht beides, Aufruf und Artikel in Euren Publikationsorganen. Richtet Schreiben mit Euren Artikel an die Redaktionen lokaler Zeitungen und Rundfunkanstalten
- Sammelt weitere Informationen, die für die Kampagne von Belang sind (z.B. über die Beteiligung deutscher Firmen) und sendet sie uns zu
- Beteiligt Euch an der Adoption politischer Gefangener (wir geben Euch dazu auf Anfrage weitere Informationen)
- Organisiert Veranstaltungen und Protestaktionen (weiteres Informationsmaterial hierzu ist gegenwärtig bei uns in Vorbereitung: eine Broschüre, Dia-Serien und eine Wanderausstellung. Teilt uns mit, ob wir Euch dabei personell, mit Referenten usw. unterstützen sollen)
- Bildet lokale Arbeits- und Koordinationsgruppen, die unsere Kampagne unterstützen (möglichst Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, Gewerkschafts-, Friedens-, Kirchen- und AKW-Gruppen gemeinsam)

Diese Initiative wird bundesweit getragen von verschiedenen Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, vom Aktionskreis Leben und verschiedenen anderen politischen Gruppen. Kontakte sind:

3. Welt-Gruppen, Kirche, Friedensgruppen

Multi-Gruppe des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL), Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel. 030 / 313 50 65

gewerkschaftlicher Bereich

Aktionskreis Leben Berlin
c/o Thomas Engel, Pariser Str. 61, 1000 Berlin 12
Tel. 893 59 17

ARGENTINIEN

Diktatorenwechsel

Am 23. März, dem Jahrestag des Militärputsches von 1976, wird General a.D. Viola das Amt des argentinischen Staatspräsidenten übernehmen. Aus Anlaß dieses Wechsels verlangen oppositionelle nationale Unternehmer und die Gewerkschaften eine drastische Änderung des Wirtschaftskurses, die verbotenen Parteien fordern eine schnelle Wiedenzulassung ihrer politischen Aktivitäten. Die letzten Tage des scheidenden Diktators Videla zeichneten sich durch die Verhaftung von Menschenrechtlern und protestierender Unternehmer aus. Die argentinische Diktatur wird jetzt wohl versuchen, ihr blutbeflecktes Image vor der Weltöffentlichkeit zu verbessern. Aber Violas Vergangenheit, seine direkte Beteiligung an der Repression spricht für sich.

Die "Nationale Unternehmerversammlung" (CONAE), die im Herbst vergangenen Jahres in Rosario gegründet wurde, um den Widerstand gegen die ruinöse Wirtschaftspolitik zu koordinieren (vgl. LN 88), rief für den 26. Februar zu einem "Tag der nationalen Forderung nach einem Wandel" auf. Dieser nationale Protesttag der Unternehmer sollte ihre Entschlossenheit unterstreichen, "für einen drastischen und dringenden Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu kämpfen, die zur Zeit die gesamte Gesellschaft in Mitleidenschaft zieht und die materiellen und geistigen Grundlagen zu untergraben droht ..."

Dieser Protesttag war die erste landesweite, koordinierte Aktion eines breiten Bündnisses von Unternehmer- und Berufsverbänden gegen die Politik des scheidenden Wirtschaftsministers Martínez de Hoz. Die Unternehmer schlossen ihre Geschäfte am Mittag, es gab Versammlungen und Demonstrationen. In Buenos Aires wurde ein Schaf durch die Straßen getrieben, dem man den Namen des Wirtschaftsministers aufs Fell gepinselt hatte.

Als die Vertreter von CONAE Ziele und Motive des Streiks auf einer Pressekonferenz erläutern wollten, wurden 7 Unternehmer vorübergehend verhaftet. In einer Protestnote verurteilten sie diesen Versuch der Einschüchterung und erklärten, die Junta sei direkt für derartige Akte verantwortlich.

Der illegale Gewerkschaftsdachverband CGT (Confederación General del Trabajo) solidarisierte sich mit den Forderungen der Unternehmerverbände nach einem verstärkten Schutz der nationalen Industrie vor der internationalen Konkurrenz. Die Führung der CGT traf sich im Februar mit Vertretern der verbotenen Parteien. In den Presseerklärungen zu diesen Treffen wurde die Wirtschaftspolitik stark verurteilt und eine Wiedenzulassung der Parteiaktivitäten gefordert.

In einem gemeinsamen Kommuniqué attackierten die CGT und die peronistische Justizialistische Partei die Wirtschaftspolitik, "die den produktiven Apparat des Landes vernichtet, die nationale Industrie zerstört, die Wirtschaft in den Provinzen ver-

wüstet und das Volk dem Hunger überläßt. Die Folgen sind eine Serie von Firmen-zusammenbrüchen, Entlassungen, Produktionsstillegungen und ein sich ständig verschlechternder Reallohn." Im Anschluß daran wird die schnelle Legalisierung der Parteien durch ein neues Parteiengesetz verlangt, an dem alle Parteien - ohne Einschränkungen - mitarbeiten müssen. Diese Einschränkung könnte die Peronisten betreffen, da es Befürchtungen gibt, daß unter dem neuen Präsidenten möglicherweise einige Parteien einen begrenzten Handlungsspielraum zurückerkennen, die Peronisten davon aber ausgeschlossen sein könnten.

Zu dieser Frage hat General Viola in einem Interview mit Reader's Digest Stellung genommen. Er sagte: "Der Peronismus ist eine argentinische Bewegung mit einem großen Anhang im Volk, die seit 1973 von marxistischen Sektoren unterwandert wurde. Es war Perón selbst, der diese Versuche in seiner historischen Rede am 1. Mai 1974 kurz vor seinem Tod scharf zurückwies. (während dieser Rede verließ ein großer Teil der versammelten riesigen Menschenmenge unter Protest den Platz, Anm. d. Red.) Ich zweifle nicht daran, daß der Peronismus im Prozeß der Wiederherstellung der Demokratie sich neu strukturieren und aktiv am nationalen politischen Leben teilnehmen kann - das hängt nur vom Willen und dem Verhalten der Beteiligten ab." Die Absicht ist offensichtlich: Spaltung des Peronismus in einen kollaborationsbereiten Flügel, dem das Regime u.U. eine gewisse Handlungsfreiheit zugestehen kann, und in einen oppositionellen Flügel, der auch weiterhin verboten bleibt.

Was Violas weitere Vorstellungen von der politischen Zukunft des Landes angeht, so lohnt es, das Interview weiter zu zitieren:

Frage: Ihre Präsidentschaftsübernahme ist begleitet von Erwartungen einer politischen Öffnung mit der Möglichkeit eines Übergangs zu einer gewählten Regierung. Wie sehen Sie das?

Viola: Es geht keineswegs um Wahlen. Das, was man politische Öffnung nennt, ist ein Prozeß, der von den Streitkräften eingeleitet wurde. Jeder Personalwechsel weckt natürlich Erwartungen. Man kann aber nur eine gewisse Änderung der Modalitäten erwarten - je nach den gegebenen Umständen. Aber diese Änderungen werden immer im Rahmen der Philosophie der Streitkräfte bleiben. Das, was wir jetzt beginnen, ist eine Etappe der Partizipation, d.h. der Übergang zu einer konstitutionellen Militärregierung in einem totalen Rechtsstaat."

Argentinien's neuer Diktator

"DIE ARGENTINISCHEN STREITKRÄFTE WERDEN KEINE UNTERSUCHUNG DER HANDLUNGEN ZULASSEN, DIE WÄHREND DES KAMPFES GEGEN DIE SUBVERSION BEGANNEN WURDEN! FÜR UNSER ETHISCHES VERSTÄNDNIS WÄRE ES EIN VERRAT UND EINE BELEIDIGUNG DES ANDENKENS DER VIELEN OPFER DER TERRORISTISCHEN AKTIONEN, WENN MAN EINE VERURTEILUNG DERJENIGEN ERLAUBEN WÜRD, DIE VOLLER EHRE UND HINGABE FÜR DIE WIEDERHERSTELLUNG DES FRIEDENS FÜR DIE ARGENTINIER GEKÄMPFT HABEN." Worte des neuen Diktators Argentinien's, des Generalleutnants Roberto E. Viola, am 11. April vergangenen Jahres.

Dieser Satz spricht für sich selbst. Im Gegensatz zu denen, die nichts zu verbergen haben und die sich - wie es einem ehrenhaften Menschen entspricht - jeder Untersuchung stellen, signalisiert der neue Diktator, daß es keine Untersuchung geben wird. Er sagt dies nicht grundlos: Viola war das "Gehirn" des Massakers an der argentinischen Linken. Er entwarf das System von Verschleppungen, von Folter

und Hausdurchsuchungen, der Ermordung tausender Menschen. General Riveros sagte dies ganz offen vor dem Interamerikanischen Verteidigungsrat: "Der Kampf gegen die Guerrilla wurde nicht von parapolizeilichen oder paramilitärischen Gruppen geführt, sondern von den Generalstäben der drei Gattungen der Streitkräfte geplant." Und Riveros muß es wissen, den er war einer der kältesten Handlanger der Planungen der Generalstäbe. Und wer gehörte 1974, als die Verschleppungen und Morde auf offener Straße begannen, dem Generalstab an? Kein anderer als General Jorge Rafael Videla. Und wer war sein Generalsekretär? Der Brigadegeneral Roberto Viola. Dieses Zweiergespann stand gemeinsam hinter dem damaligen Oberkommandierenden des Heeres, General Leandro Anaya. Mit unvergleichlichem Opportunismus verstanden es Videla und Viola, sich während des Peronismus auf ihren Posten zu halten. Als Perón starb und General Anaya – später war er Botschafter der Diktatur Videlas in Spanien – seine berühmte Grabrede hielt, standen Videla und Viola neben ihm. An diesem Tag sagte Anaya: "Das argentinische Heer trägt heute den schwarzen Trauerflor des Todes. Aber es fühlt sich nicht allein, mit seinem Schmerz vereint sich das unsagbare Leid der Nation über das Verschwinden ihres Führers."

Viola will keine Untersuchung, denn die ersten, die verhört werden würden, wären er und sein Chef Videla. 1967 war Viola zusammen mit dem damaligen Marinekapitän Armando Lambruschini – er ist heute Mitglied der Junta – Angehöriger der argentinischen Delegation beim Interamerikanischen Verteidigungsrat mit Sitz in Washington. Später wurde er zweiter Kommandierender des zweiten Heereskorps, das in Rosario stationiert ist. Während seiner Zeit als Kommandant starb der Student Baranza 1972 unter der Folter. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß erklärte 1973, der Schuldige an diesem Verbrechen sei Viola.

Heute, nach dem Scheitern des Wirtschaftskurses von Martínez de Hoz, gibt er wohlwollende Erklärungen gegenüber dem Peronismus ab. Das Gebäude der Militärs gerät ins Wanken. Heute beginnt Viola damit, bei seinen ehemals verachteten Feinden Verbündete zu suchen.

Videla schaffte es, Viola als neuen Diktator einzusetzen. Er ist die beste Garantie dafür, daß die riesige Verberechnungsmaschine nicht aufgedeckt wird. Aber damit wird er nicht durchkommen. Die Geschichte beginnt sich umzukehren: eine schwere Wirtschaftskrise und eine Bewegung, die für die Wahrheit über die Verschwundenen kämpft: Die Mütter der Plaza de Mayo, die Kommission der Angehörigen der Gefangenen und Verschwundenen, die Ständige Kommission für die Menschenrechte.

Viola hat zwei Möglichkeiten: eine noch brutalere Repression als die von 1976 oder die Zulassung dessen, was er auf keinen Fall will: die Rückkehr zur Demokratie und die Übergabe der Macht an das Volk.



Der neue Diktator
Roberto E. Viola

... und sein Kabinett

Die am 27. Februar bekannt gegebene Besetzung des Kabinetts bestätigt die Aussagen Violas aus dem Interview. Im Gegensatz zu dem Kabinett Videlas werden außer dem Wirtschaftsminister noch weitere Zivilisten zu Ministern ernannt. Allerdings betonte man, daß sie nicht als Vertreter der Parteien, denen sie angehören, berufen wurden, sondern wegen ihrer persönlichen Qualifikation und der Übereinstimmung ihrer politischen Ansichten mit denen Violas.

Neuer Wirtschaftsminister und damit Nachfolger von Martínez de Hoz wird Lorenzo J. Sigaut, der bereits unter der Militärdiktatur von General Onganía einen hohen Posten im Wirtschaftsministerium innehatte. In verschiedenen Schriften hat Sigaut



Lorenzo Sigaut

zu den aktuellen wirtschaftlichen Problemen Stellung genommen. Aus ihnen läßt sich ablesen, daß sich der Kurs der Regierung auf diesem Gebiet wohl nur wenig ändern wird. Zur Kritik an der Öffnung der argentinischen Wirtschaft zum Weltmarkt mit ihren katastrophalen Folgen für die nationalen kleinen und mittleren Industriebetriebe erklärte er: wenn man den bisherigen Kurs der Industriepolitik fortsetzt, dann wird es 1982 nur noch ein Drittel der heute bestehenden Industrie geben, aber die wird gestärkt sein. Die Alternative wäre, "hinter die festgelegten Aufgaben der Industrie zurückzufallen." Was die Rolle des Staates in der Wirtschaft angeht, so meint der künftige Minister, man solle die Diskussion darüber endlich beenden und die Staatsbetriebe so schnell wie möglich privatisieren.

Neuer Landwirtschaftsminister wird der ehemalige Vorsitzende des Verbands der Landwirtschaftsunternehmer der Pampa,

der wohl wissen wird, wie er die Interessen der Großgrundbesitzer am Besten zu vertreten hat.

Das Innenministerium übernimmt wieder ein General, nämlich Horacio Tomas Liendo, der als Arbeitsminister (1976–1978) seinen Teil zur Unterdrückung der Gewerkschaften und der Senkung des Reallohns der Arbeiter beigetragen hat.

Ein Zivilist dagegen übernimmt das Außenministerium. Oscar Camillón, früherer Chefredakteur der Tageszeitung CLARIN und zuletzt Botschafter Argentiniens in Brasilien, soll einerseits dem Ausland den Willen zum "demokratischen Dialog", zur Beteiligung von Zivilisten an der Regierung signalisieren. Andererseits ist diese Ernennung von innenpolitischer Bedeutung, da Camillón der Partei des ehemaligen Präsidenten Frondizi Movimiento de Integración y Desarrollo (MID – Bewegung für Integration und Entwicklung) angehört. Der MID hat in den letzten Monaten scharfe Attacken gegen die Wirtschaftspolitik verbunden mit dem Angebot der Zusammenarbeit, vorausgesetzt daß den Parteien mehr Rechte gewährt werden.

Menschenrechtler verhaftet

Ende Februar wurden in Buenos Aires neun Personen verhaftet, die sich aktiv für die Respektierung der Menschenrechte und die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen einsetzen. Drei von ihnen wurden in der Zwischenzeit wieder freigelassen, die anderen befinden sich in Isolationshaft, d.h. ohne Kontakt zu Anwälten und Angehörigen. Die Verhafteten sind: der frühere Erziehungsminister Emilio Mignone, Boris Parsik, der Wissenschaftler José Frederico Westerkamp, der Vizepräsident der Stän-

digen Versammlung für Menschenrechte (Asamblea Permanente por los Derechos Humanos), Augusto Conte Mac Donell, der Anwalt Marcelo Parili und Carmen de Lapacó.

Kurz zuvor hatte die argentinische Regierung noch offiziell beim US-Botschafter in Buenos Aires dagegen protestiert, daß der Kongreß der USA seinen Menschenrechtsreport veröffentlicht hat, der noch von Ex-präsident Carter in Auftrag gegeben worden war. In diesem Report wird das Regime beschuldigt, weiterhin Menschen verschwinden zu lassen und zu foltern, auch wenn sich die Situation insgesamt gebessert habe. Die Diktatur empfand dies als eine unzulässige Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Der Sonderbotschafter der USA, General Vernon A. Walthers, der vom 23. - 25. Februar zu Gesprächen in Buenos Aires war, wird aber sicher versucht haben, das Vertrauen der Diktatur in die USA unter dem neuen Präsidenten Reagan wiederherzustellen.

Auch die UNO-Menschenrechtskommission hat in ihrer Sitzung im Februar das Regime wegen der Praxis des Verschwindenlassens von Menschen verurteilt. Der Kommission lagen 7 000 vollständig dokumentierte Fälle von Verschwundenen vor. Ein diplomatischer Erfolg gelang der Diktatur allerdings insofern, als sie verhindern konnte, daß Argentinien gesondert verurteilt wurde - wie dies bei Chile (unter Enthaltung des bundesdeutschen Delegierten) geschah. Argentinien wurde nur in einer gemeinsamen Resolution über verschiedene Länder genannt.

»Argentinien - gelobtes Land«

So überschreibt die COMPANIA CAFETELERA ARGENTINA S.A. ihre Broschüre, mit der sie um Beteiligungen an der "größten Kaffeeplantage der Welt", die in der argentinischen Provinz Salta entstehen soll, wirbt. Damit mögliche Kapitalanleger das hervorragende Angebot der Firma auch wirklich richtig einschätzen können, weist man sie eindringlich auf die Vorzüge Argentinien hin:

"Um unsere Offerte bewerten zu können, müssen Sie daran denken, daß Argentinien nicht nur ein 'Zukunftsland', sondern auch ein von Problemen, mit welchen viele Länder belastet sind, freier Staat ist: Marxismus, übertriebenes Gewerkschaftswesen, Knappheit oder vollständiges Fehlen von Erdöl und/oder Rohstoffen, gesunde Volkswirtschaft, Parteipolitik usw. Argentinien ist ein wahres Paradies für europäische Gelder, die den unzulässigen Voraussetzungen für Entwicklung, Rentabilität und Sicherheit den Rücken kehren."

"Im März 1976 begann der sogenannte 'nationale Wiederaufbauprozess'. Befreit von den Schlechten Seiten des Peronismus, mit einer Regierung, die die marxistischen und kommunistischen Theorien verbannt hat, ohne gewerkschaftliche Probleme, mit gesicherter Vollbeschäftigung und einer niedrigen, kontrollierten Inflation herrscht in Argentinien Sicherheit."

"Jetzt muß Argentinien noch eine letzte Schlacht gewinnen: die Schlacht gegen die von einer gewissen Opposition verbreitete Diffamierung, die im Ausland das wahre Gesicht Argentinien vollkommen entstellt. (...)

Der Mangel an wahrheitsgetreuen Informationen in Europa darf nicht zu Blindheit verleiten. Argentinien ist ein freies und sicheres Land, frei von Krieg und Terrorismus, frei von jeglicher Mißwirtschaft. Argentinien wird das Ziel erreichen, das es sich gesteckt hat. Es ist dies nur eine Frage der Zeit, und diese arbeitet für das Land."

Oscar Braun ist tot

Das argentinische Exil, das gegen die Diktatur Videlas kämpft, hat einen großen Verlust erlitten, als der Genosse Oscar Braun bei einem Autounfall in Den Haag, Holland, ums Leben kam.

Ohne jeden Zweifel war Oscar Braun einer der wichtigsten Theoretiker der argentinischen Linken; er zeichnete sich besonders durch seine ökonomischen Aufsätze und Interpretationen aus. Er war Professor an den Universitäten Bahía Blanca, Litoral und Buenos Aires und Gastforscher am Forschungszentrum des Instituts Torcuato di Tella. Sein Aufsatz über die "Entwicklung des Monopolkapitals in Argentinien" ist immer noch eine der wichtigsten Arbeiten zur Erklärung der Abhängigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung Argentinien. 1975 mußte er sein Land verlassen; zunächst lehrte er in Oxford und später an der Universität von Den Haag. Er war in der Widerstandsbewegung und in der Solidaritätsarbeit aktiv. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns an seine Rede auf dem Marktplatz in Bonn aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises der ESG an die Mütter der Plaza de Mayo.

Oscar Braun gehörte zur Familie Braun Menéndez, einer der reichsten Familien der argentinischen Oligarchie. Ihr Reichtum stammt von José Menéndez und Mauricio Braun, den größten Grundbesitzern in Patagonien, die wegen ihrer skrupellosen Methoden bei der Ausrottung der indianischen Bevölkerung in Feuerland und im Süden von Santa Cruz berüchtigt sind. Oscar Braun kommt das Verdienst zu, daß er sich von seinen Vorfahren abgewendet und mit aller Kraft dem Kampf des Volkes verschrieben hat. Zuletzt war er der politische Verantwortliche des "Peronismus im Widerstand".

Seine letzte Arbeit "Kritik am Plan von Martínez de Hoz. Vorschläge für eine Alternative", die er in Mexiko vorstellte, zeigt seine klare politische und ökonomische Analyse, seine Weitsicht und Fähigkeit der Selbstkritik bezüglich des Scheiterns der fortschrittlichen Kräfte 1976. Braun erklärt in dieser Arbeit das Scheitern der Wirtschaftskonzeption von Martínez de Hoz; er bezeichnet dessen Vorhaben als "einen Plan zur Akkumulation von Einkommen bei einer passiven Minderheit, der kein Plan kapitalistischer Akkumulation ist". Dazu entwickelt er Vorschläge zur Überwindung der Krise. Seine Vorschläge basieren auf einem "alternativen Wirtschaftsplan, der sowohl revolutionär wie unter den konkreten Bedingungen Argentinien sinnvoll und durchführbar ist". "Ein Plan zur Erlangung der nationalen Eigenständigkeit, zur Überwindung der Katastrophe, in die uns die Militärregierung geführt hat, ein Plan, der von der Gesamtheit der Peronistischen Bewegung und der Volksektoren getragen werden kann." Oscar Brauns Kampf galt der Demokratisierung des Landes auf dem Weg "einer demokratischen, sozialistischen und pluralistischen Entwicklung." Der Wirtschaftsplan als Plattform des gemeinsamen Kampfes umfaßt acht Punkte, zu denen folgende Maßnahmen gehören: "Enteignung der Rente, die sich die oligarchischen Sektoren (Grundbesitzer, nationales und internationales Finanzkapital) aneignen"; "Anwendung eines strikten Systems zur Kontrolle der Kapitalbewegungen"; "Sanierung des öffentlichen Sektors: Behebung des Defizits der Staatsfinanzen durch die Aneignung der Rente aus der Landwirtschaftsproduktion, dem Erdölsektor und des Finanzkapitals"; "flexible Preis- und Lohnkontrolle"; "Ergänzung der Agrarreform durch Mittel, die die Erhaltung und Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion gewährleisten"; "Steigerung der Industrieproduktion auf zwei Wegen: 1) durch die Erweiterung des

Binnenmarktes durch eine Politik der Einkommensumverteilung," 2) durch eine Erhöhung der Rentabilität der Investitionen, die durch eine Verbilligung der Investitionskredite erreicht werden soll; und schließlich "Stimulierung der Energieproduktion, insbesondere beim Erdöl."

Zur Erklärung seines Konzepts sagte Braun: "ich würde den alternativen Plan nicht prosozialistisch nennen, wohl aber radikal und revolutionär in dem Sinn, daß er die Macht des Sektors bricht, der das Wachstum unserer Wirtschaft stranguliert." "Dies ist kein Sozialismus, auch nichts was dem Sozialismus ähnelt, sondern ein radikaler Wechsel, der in der gegenwärtigen internationalen Konjunktur den Akkumulationsprozeß in Argentinien wieder in Gang bringen kann." "Ich glaube", fügte er hinzu, "daß die Intelligenz und die Einsicht der argentinischen Arbeiterklasse die Durchführung einer Politik, die sich im Rahmen des Möglichen bewegt, erlaubt." Und er schloß: "Der Peronismus ist die Bewegung, die den Willen der Arbeiterklasse und der Volksektoren Argentinien zur Veränderung repräsentiert, und sie ist die einzige Bewegung, die diese Veränderung durchführen kann."

Oscar Braun starb mit 41 Jahren im Exil. Sein Denken wird als Ausgangspunkt dienen für eine neue Analyse der argentinischen Wirklichkeit nach 5 Jahren Diktatur und für Pläne zur Erlangung der Souveränität des Volkes.

Fundsache

Die "DHA-Chefinformationen / Hintergrundinformationen für Chef, Management und freie Berufe" haben die wahre Ursache für die Hausbesetzungen, Demonstrationen und "Krawalle" gefunden: schuld sind - die Solidaritätskomitees! Auf bewährte unseriöse Weise werden Komitees, SPD-Politiker, Anti-AKW-Gruppen mit einer starken Prise demagogischer Hetze vermischt, durch den publizistischen Reißwolf gedreht und dann den Chefs, Managern und freien Berufen als terroristische Gefahr präsentiert:

"Der bewaffnete Kampf gegen die Demokratie darf in der Bundesrepublik Deutschland schon seit längerer Zeit propagiert, finanziert und vorbereitet werden. Nun ist die Phase des Praktizierens gekommen. In Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Hannover und weiteren Städten sind die Gewalttäter dabei, die Eskalation voranzutreiben, so daß es keiner Gabe der Prophetie bedarf, um zu wissen, daß die diversen Chile-, El Salvador- usw. Solidaritätskomitees damit beginnen werden, es ihren Originalen in diesen Ländern gleichzutun. Beim Plündern und Demolieren sind sie schon angelangt. Wenn es schon so weit ist, daß ein Mitglied des Bundesvorstands der SPD (Peter von Oertzen) in aller Öffentlichkeit sagen darf, daß es in auswegloser Situation - und was eine ausweglose Situation ist, bestimmen "Genossen" wie Herr von Oertzen - erlaubt ist, Gewalt anzuwenden, kann keine Regierung erwarten, daß sie von den Wählern unterstützt werden kann. Und wenn ein früherer APO-Mann und jetziger Bundestagsabgeordneter der SPD, Karsten Voigt, bei Gewaltdemonstrationen das Wort ergreift, so ist dies schlimm. Wenn aber in Hamburg ein Landesparteitag der SPD, in dem der Wahlkreis des Bundeskanzlers liegt, nur unter Polizeischutz tagen kann, dann spricht dies Bände. Quo vadis, Bundesrepublik?"

(DHA-Chefinformationen, Nr. 14, 12. Februar 1981)

BRASILIEN

Elf Gewerkschafter verurteilt

In Sao Paulo verurteilte ein Militärgericht Luis Ignacio da Silva ("Lula"), den Ex-Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo do Campo und Vorsitzenden der PT (Partido dos Trabalhadores - Partei der Arbeiter), sowie weitere zwölf Gewerkschafter nach einem ominösen Staatssicherheitsgesetz zu 2 bis 3 1/2 Jahren Gefängnis. Die "Rechtsstaatlichkeit" des Verfahrens wird schlaglichtartig deutlich in dem Kommentar eines der Militärrichter Nelson Guimaraes: "Ich nahm an dem Prozeß mit bereits feststehender Meinung teil. So machte es nichts, was die Presse sagte oder auch die Verteidigung oder die Anklage."

Am 25. Februar fand die Verhandlung gegen 13 Gewerkschaftsführer, vor einem Militärgericht in Sao Paulo unter starken Sicherheitsvorkehrungen statt. Ihnen wurden Verstöße gegen das "Gesetz der Nationalen Sicherheit" vorgeworfen. Elf der dreizehn Angeklagten wurden zu 2 bis 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. "Lula" erhielt 3 1/2 Jahre, zwei seiner Kollegen wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Ihr "Verbrechen" bestand darin, den 41-tägigen Streik im April 1980, der nach ca. 2 Wochen vom Arbeitsgericht für illegal erklärt wurde und zur Absetzung der Streikführer durch das Arbeitsministerium führte, ohne formale Rechtsgrundlage weitergeführt zu haben. Dabei handelten "Lula" und seine Kollegen in Ausführung eines Basisbeschlusses der streikenden Metallarbeiter, die die Fortsetzung des Streiks bei einer Massenversammlung von 70.000 Metallern in einem Fußballstadion beschlossen hatten. (Siehe auch LA Nr. 82)

Die Urteile sind vor dem Hintergrund einer erstarkenden, authentischen und basisorientierten Gewerkschaftsbewegung zu sehen. Während sich die "autenticos" in den letzten Jahren, vor allem in den Metallarbeiterstreiks von 1978/79/80 durch ihr kämpferisches Auftreten an die Spitze der Arbeiter im Kampf gegen das korporativistische Gewerkschaftssystem setzen konnten, bildete sich nach der Zulassung von verschiedenen oppositionellen Parteien im Rahmen der sogenannten "demokratischen Öffnung" (abertura) 1979 der PT als politischer Ausdruck der authentischen Gewerkschaftsbewegung. Diese Partei gewinnt zunehmend an Anhängerschaft, und dies nicht nur bei den Arbeitern und verschiedenen sozialen Bewegungen in den Industriezentren, sondern auch in den weniger entwickelten ländlichen Regionen. Die Verurteilung der Gewerkschaftsführer stellt also nicht nur einen massiven Angriff auf freie und unabhängige Gewerkschaftsarbeit dar, sondern soll auch der Partei, mit der konsequentesten Basisorientierung und zunehmender Resonanz in der Bevölkerung das Wasser abgraben, indem man ihre Führer kriminalisiert.

Schauspiel vor leeren Rängen

Unter diesen Vorzeichen konnte der Militärgerichtsprozeß nichts anderes sein, als ein abgekartetes Spiel. Dementsprechend fand die Verhandlung vor leeren Stühlen statt. Die Angeklagten und ihre Verteidiger erschienen nicht zum Prozeß; und obwohl selbst die Militärgesetzgebung eine Verurteilung in Abwesenheit nur dann zuläßt, wenn die

Angeklagten nach zweimaliger Aufforderung nicht erschienen sind, wurden die Urteile am ersten Abend des Prozeßtages ausgesprochen.

Außerdem wurde der Hauptankläger, nachdem er zwei Wochen vor Prozeßbeginn geäußert hatt, das nach streng legalen Gesichtspunkten die Anklage vor einem Arbeitsgericht und nicht vor einem Militärgericht verhandelt werden müßte, kurzerhand in "Urlaub" geschickt und durch einen Ankläger mit vollem Vertrauen der Militärs ersetzt.

Darüberhinaus wurde der Prozeßtermin kurzfristig und geschickterweise unmittelbar vor Karnevalsbeginn – was eine Massenmobilisierung in Brasilien weitgehend unmöglich macht – angesetzt und fand praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nur einige wenige inländische Journalisten und Korrespondenten erlangten Zutritt. Tonband- und Filmaufnahmen wurden verboten ebenso wie Menschenansammlungen in der Nähe des Gerichtsgebäudes.

Der Termin der Verhandlungen fiel zeitlich auch mit der Wahl des neuen Präsidenten für die Abgeordnetenversammlung in Brasília zusammen. Der Sieg des von der Regierung aufgestellten Kandidaten war in keiner Weise gesichert. Daß die Regierung der Wahl große Bedeutung beimaß, ist darin ersichtlich, daß in diesem Zusammenhang, das Gerücht kursierte, bei einem Wahlsieg des Oppositionskandidaten würde die "demokratische Öffnung" durch das Militär kurzerhand beendet. Dieses Gerücht hatte offensichtlich großen Einfluß auf das Wahlverhalten der Abgeordneten. Nach dem Sieg des Regierungskandidaten (am 26.2., also einen Tag nach dem Prozeß) fühlten sich die Militärs bestärkt genug, die Gewerkschafter wieder auf freien Fuß zu setzen. Inoffiziellen Meldungen zur Folge soll sich Figueiredo für die Freilassung eingesetzt haben. Besser als manche Analyse verdeutlicht ein Zitat Figueiredos den autoritären Charakter der "abertura": „Der demokratische Prozeß muß fortgesetzt werden, weil ich das sage, und ich bin verantwortlich für die abertura.“

Während die Ankläger vor leeren Stühlen saßen, versammelten sich "Lula" und die anderen zwölf angeklagten Kollegen sowie Politiker, Studenten und Arbeiter auf den Stufen der traditionsreichen Kathedrale da Sé, die schon des öfteren als schützendes Dach gedient hatte, so beim Streik im Frühjahr 1980 nach der Intervention. Anschließend zogen sie (trotz Karnevals ca. 600 Teilnehmer) in einem Solidaritätsmarsch durch das Zentrum der Stadt.

Vor dem Prozeß hatte Lula hoffnungsvoll geäußert: „Wir werden freigesprochen, weil es heute in Brasilien unbegreiflich ist, das eine Gruppe von Arbeitern für die Organisation eines Streiks eingesperrt werden kann.“ Nach der Bekanntgabe des Urteils: „Ich bin traurig, weil jene, die mich einsperren möchten, nicht den Mut gehabt haben, das Problem des Hungers, der Inflation und des Elends im Lande zu lösen. Wenn sie heute Lula einsperren, werden morgen 10 Lulas und danach noch viel mehr existieren, so viele, daß es ihnen nicht mehr gelingt sie einzusperren.“

Der Sprecher des Regierungspalastes in Brasília äußerte sich zu der Verurteilung der Gewerkschafter durch das Militärgericht folgendermaßen: Das Urteil... „ist die Konsequenz legitimer demokratischer Anwendung, d.h. das Reich der Gesetze, und wenn es neue Streikbewegungen als Protest gegen die Verurteilung der Gewerkschaftsführer in den ABC-Städten gibt, wird dem Gesetz Geltung verschafft.“ Dies bedeutet eine deutliche Drohung sowohl gegenüber weiteren Solidaritätsstreiks mit den verurteilten Kollegen als auch einen Eingriff in die anstehenden Lohnkämpfe.

Die Verurteilung der Gewerkschafter wurde außer von der Kirche noch von vielen verschiedenen Sektoren des öffentlichen Lebens heftigst verurteilt. Bischof Ivo Lorscheider, Präsident der Bischofskonferenz: „Die Strafe hat eine gesetzliche Basis. Obwohl wir das Rechtssystem des Landes nicht zerstören wollen, müssen wir zugeben, das dieses Gesetz nicht richtig ist, und die auf ihm basierenden Urteile falsch sind.“

Ein Großteil der Metallarbeiter von Sao Bernardo legte aus Protest die Arbeit für eine Stunde nieder und verteilte ca. 60.000 Flugblätter, die von den Verurteilten unterzeichnet waren, vor den Fabrikatoren.

Drei bundesrepublikanische Gewerkschaftsvertreter und ein Abgeordneter der SPD, die den Prozeß verfolgen wollten, bestätigten in einem Interview, daß es vollkommen absurd sei, Rechtsstreitigkeiten im Arbeitsbereich vor einem Militärgericht zu verhandeln.

Auch Eugen Loderer, Vorsitzender Der IG-Metall und Präsident des Internationalen Metallarbeiterbunds, übte scharfe Kritik an dem Prozeß.

Quellen: "Latinamerica Weekly Report" vom 6. März 1981

"Estado de Sao Paulo" vom 25.2., 26.2. und 27.2.1981



Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland



Vorstandsverwaltung

Lateinamerika-Nachrichten
c/o FDCL
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer
Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

01/St/rs

635/660

13. Februar 1981

Sehr geehrte Frau Sommer,

in Nr. 87 der Lateinamerika-Nachrichten veröffentlichten Sie auf Seite 50 eine Information über die Verteilung der Unterstützungsgelder der IG Metall in Brasilien.

Gemäß § 10 des Berliner Pressegesetzes vom 01. 08. 1965 fordere ich Sie auf, die beiliegende Gegendarstellung in der nächsten, für den Druck nicht abgeschlossenen Nummer der Zeitschrift "Lateinamerika-Nachrichten" im gleichen Teil und mit gleicher Schrift wie der beanstandete Text ohne Einschaltungen und Weglassungen zu veröffentlichen.

Im Interesse der brasilianischen Kollegen wäre es anzuraten, zukünftig besser zu recherchieren, bevor derartig unfundierte Nachrichten veröffentlicht werden. Der Vorstand der IG Metall hat sich lange überlegt, ob eine Gegendarstellung verlangt werden soll, da nicht auszuschließen ist, daß die brasilianische Regierung die darin gegebenen Informationen gegen die Gewerkschaften benutzen wird. Auf der anderen Seite sehen wir uns aber dazu gezwungen, um bei den Kollegen einen falschen Eindruck zu vermeiden, die in nicht unerheblichem Maße Gelder für Brasilien gespendet haben.

Es wäre ein besserer Stil, wenn man mit persönlichen Verunglimpfungen vorsichtiger wäre. Die Tatsache, daß der IMB-Vertreter Jorge Noman nicht immer mit Lula einer Meinung ist und ihn nicht unbedenklich unterstützt, rechtfertigt noch lange nicht, ihn als "pelego" zu beschimpfen. Wir verwahren uns ganz entschieden dagegen.

Hochachtungsvoll

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
für die Bundesrepublik Deutschland
- Vorstandsverwaltung -

Robert Steiert
- Abt. Ausland -



DGB

Gegendarstellung

In den Lateinamerika Nachrichten Nr. 87 vom November 1980 wurde auf Seite 50 über die IG Metall - Unterstützungsaktion für den Streik der brasilianischen Metallgewerkschaften vom April/Mai 1980 berichtet.

In diesem Artikel heißt es zur finanziellen Unterstützung: "Die Streikführung um "Lula" ... sowie die entlassenen Kollegen von VW und anderen Betrieben haben bisher keinen Pfennig erhalten."

Diese Behauptung ist falsch. Die finanziellen Mittel zur Unterstützung der brasilianischen Gewerkschaften gingen an die Streikkomitees in Sonto Andre, Sao Caetano und an das der Metallgewerkschaft von Sao Bernardo. Da das Geld nicht über Banken transferiert werden kann, wurde es von den IMB - Vertretern den Gewerkschaften direkt überbracht. Mehrere Mitglieder des Vorstandes der Metallgewerkschaft von Sao Bernardo - also "Lulas" Gewerkschaft - und Mitglieder des Streikkomitees von Sao Bernardo haben den Empfang dieses Geldes quittiert.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. (030) 313 50 65

5.3.1981

An die
IG Metall Vorstandsverwaltung
Abt. Ausland, z.H. Herrn Robert Steiert
Wilhelm-Leuschner-Str. 79-85
6000 Frankfurt a.M.

Sehr geehrter Herr Steiert,

wir haben Ihren Brief vom 13. Februar und die beigelegte Gegendarstellung zu dem Artikel in den 'Lateinamerika-Nachrichten' Nr. 87 erhalten und werden beides in der nächsten Nummer (Nr. 91, Redaktionsschluß 12.3.1981) veröffentlichen, ebenso wie dieses Rückschreiben.

Wir nehmen Ihre Angaben als zutreffend und verstehen, daß Sie die erwähnten Quittungen nicht veröffentlichen können. Auch aus unseren eigenen Informationsquellen wurde uns inzwischen bestä-

tigt, daß etwa ab Juni bis Dezember 1980 Unterstützungsgelder gezahlt wurden; diese Bestätigung lag uns bis Redaktionsschluß der Nr.87 nicht vor.

Den von Ihnen kritisierten Satz in unserem Artikel, die Streikführung um 'Lula' sowie die entlassenen Kollegen von VW do Brasil und anderen Betrieben hätten bisher keinen Pfennig erhalten, halten wir also so nicht aufrecht. Aus jahrelanger eigener Erfahrung mit der Verwaltung von Spendengeldern können wir Ihre Verärgerung gut verstehen. Wir bedauern, durch unsere Fehl-Information in diesem Punkt Verwirrung gestiftet zu haben, und freuen uns, wenn unsere weiter laufenden Recherchen ergeben, daß die in Ihrer Zeitschrift 'Der Gewerkschafter' Nr.2/81 S.19 genannte stattliche Summe von über 100 000.- DM insgesamt, ausschließlich und restlos an die am Metalller-Streik vom März/April beteiligten Gewerkschaften übergeben wurde.

Wir begrüßen es nachdrücklich, daß die IG Metall und die in ihr organisierten Kollegen sowie der IMB den bedrängten brasilianischen Kollegen diese Unterstützung zukommen ließen. Wir nehmen das als Zeichen dafür, daß die IG Metall die sogenannten 'authentischen' Gewerkschaften als repräsentativen Ausdruck der heutigen brasilianischen Gewerkschaftsbewegung anerkennt. Im selben Sinne verstehen wir den Empfang von 'Lula' durch den IGM-Vorsitzenden Loderer Ende Januar, sowie dessen prompte und eindeutige Protesterklärung gegen die Verurteilung von 'Lula' durch ein Militärgericht am 26.2.1981.

Vor dem Hintergrund dieser gemeinsamen Wertschätzung der 'autenticos' würden wir gerne auch die letzten verbliebenen Fragen ausräumen, die Ihre Gegendarstellung und der Begleitbrief offenlassen. Wir würden uns freuen, Ihre Antwort noch bis zum Redaktionsschluß der Nr. 91 zu erhalten (was leider knapp wird) - anderenfalls drucken wir sie in der nächstfolgenden Nummer ab.

1.) Sie gehen in Ihrer Gegendarstellung nicht auf den Zeitfaktor ein, der, wie Sie wissen, bei einer Streik-Unterstützung eine wichtige Rolle spielt. In der erwähnten Nummer Ihrer Zeitschrift 'Der Gewerkschafter' begründen Sie die Verzögerungen mit der Kontrolle der brasilianischen Gewerkschaften durch die dortige Militärregierung. Das Problem ist uns bewußt. Uns ist jedoch nicht deutlich, ab wann im Verlauf des fast sechswöchigen Streiks die IG Metall und der IMB eine finanzielle Unterstützung der Streikenden erstmals ins Auge gefaßt haben, und warum es unvermeidbar war, daß die ersten Gelder erst zwei Monate nach Streikende (unseren Informationen zufolge) eintrafen. Bestand nicht doch eine Möglichkeit, auf informellem Weg schon während des Streikverlaufs einen Teilbetrag zu überbringen? In diesem Zusammenhang: Trifft es zu, daß der IGM-Bezirksleiter für Baden-Württemberg Franz Steinkühler und der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende bei Daimler-Benz Lutz sich spontan entschlossen hatten, während des Streiks nach Brasilien zu fahren, diese Reise dann aber auf Veranlassung des IGM-Vorstands unterblieb? Wenn ja: Was waren die Erwägungen des Vorstands?

2.) Sie verwahren sich dagegen, daß wir den IMB-Vertreter in Brasilien in unserem Artikel als 'pelego' bezeichnen, und werten dies als persönliche Verunglimpfung. Das könnte so verstanden werden, als würden Sie die Konflikte zwischen Vertretern der offiziellen Gewerkschaftsstruktur in Brasilien auf der einen und kämpferischen 'autenticos' auf der anderen Seite als vergleichbar ansehen mit denjenigen Konflikten, die uns aus unserer westdeutschen Erfahrung im Verhältnis zwischen Gewerkschaftsleitun-

gen (wie der der IG Metall) und 'linken' Kritikern innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften vertraut sind. Eine solche Gleichsetzung wäre jedoch u.E. eine fatale Verbeugung vor den Machtverhältnissen in Brasilien:

Die dortige (Anti-)Gewerkschaftsgesetzgebung wurde in den dreißiger Jahren nach dem Muster der 'carta di lavoro' von Mussolini geschaffen mit dem Ziel, die Gewerkschaften in den Staatsapparat einzubinden. Seit dem Militärputsch von 1964 mußte sich die Arbeit der offiziellen Gewerkschaften auf einige Sozialdienste beschränken, während zentrale gewerkschaftliche Aufgaben im Bereich der Tarif- und Personal-Vertretung verboten waren. Es ist durchaus zweifelhaft, inwieweit diese offiziellen Strukturen überhaupt als Gewerkschaften in unserem Sinne angesprochen werden können, und inwieweit deren Funktionäre nicht zu einem Teil ihres Wirkens als Staatsbedienstete des Arbeitsministeriums mit Kontrollfunktionen anzusehen sind. Daß diese Strukturen in Brasilien als 'pelegismo' bezeichnet werden, ist also keine Frage persönlicher Verunglimpfung, sondern Ausdruck einer historisch entstandenen Wirklichkeit.

Daß man dabei nicht alle Funktionäre innerhalb des offiziellen Systems über einen Kamm scheeren kann, ist uns bewußt; schließlich sind auch Lula und andere kämpferische Gewerkschaftsführer aus den offiziellen Strukturen hervorgegangen. Irreführend wäre es u.E. jedoch, die Unterschiede zwischen 'autenticos' und 'pelegos' als bloße innergewerkschaftliche Meinungsverschiedenheit darzustellen. Der letzte Absatz Ihres Begleitbriefes läßt ein solches Verständnis offen.

3. Sollte sich der IMB-Vertreter in Brasilien Jorge Noman trotz seiner Stellung im staatlichen Gewerkschaftssystem als Vorsitzender der Vereinigung der Metallgewerkschaften des Bundesstaates in seinem persönlichen Verhalten von den üblichen Verfahrensweisen innerhalb dieses Systems absetzen, so sind wir bereit, die Bezeichnung 'pelego' zurückzunehmen. In diesem Zusammenhang ist uns an der Klärung folgender Frage gelegen:

Trifft es zu, daß Jorge Noman - vor dem Zusammentreffen von 'Lula' mit Lech Walesa in Rom und seinem anschließenden Besuch in der Bundesrepublik Deutschland - einen Brief an die Zentrale des Internationalen Metallarbeiter-Bundes in Genf geschickt hat, in dem er um die Anweisung der Zentrale bat, keine westeuropäische IMB-Mitgliedsgewerkschaft möge 'Lula' empfangen? Trifft es ferner zu, daß der Generalsekretär des IMB Hermann Rebhahn diesen Brief von Jorge Noman tatsächlich als Rundschreiben an alle Mitgliedsgewerkschaften weitergeleitet hat?

Wenn ja, wie bewertet die IG Metall, deren Abteilung Ausland, insbesondere aber der IMB-Vorsitzende Loderer ein solches Verhalten zum Zeitpunkt des Militärgerichtsprozesses gegen 'Lula'?

die Redaktion

Das Vertretersystem bei VW do Brasil

Der Briefwechsel mit der IG Metall, den wir auf den vorangehenden Seiten dokumentieren, wurde ausgelöst durch einen 'Kasten' in einem Artikel in den LN 87. Auf den übrigen Inhalt unseres 8-seitigen Artikels über das neue System einer sogenannten 'Belegschaftsvertretung' bei VW do Brasil geht die IG Metall in ihrem Schreiben an die Redaktion nicht ein. Es wäre interessant gewesen, ihre Ansicht auch dazu kennenzulernen.

Indirekt ist dies möglich durch den Artikel, der in der IGM-Zeitschrift "Der Gewerkschafter" Nr. 2/81 zu demselben Thema erschienen ist. Wegen seiner Vorgeschichte verdient es der Artikel, besonders aufmerksam gelesen zu werden: Die Redaktion des "Gewerkschafter" hatte bereits einen anderen Artikel zu demselben Thema aus der Feder des deutsch-brasilianischen Journalisten Frederico Füllgraf zum Abdruck angenommen. Auf Intervention des IGM-Vorstands wurde dieser Artikel jedoch im letzten Moment herausgenommen und durch den jetzt abgedruckten ersetzt, den ein Mitglied der Vorstandsverwaltung der IG Metall verfaßte (unter Verwendung von Materialien aus dem abgelehnten Artikel). Dabei kann es sich nicht um eine persönliche Spitze gegen Füllgraf gehandelt haben, da in früheren Nummern des "Gewerkschafters" Artikel von ihm unbeantwortet abgedruckt worden waren. Die Intervention des Vorstands muß also inhaltliche Gründe haben.

Offenbar will die IGM-Spitze in ihrer Kritik des Vertretungssystems von VW do Brasil nicht so weit gehen wie Füllgraf. Im Artikel des "Gewerkschafters" heißt es dazu: "(Die) Forderung der IG Metall ist deshalb, diese Arbeitnehmervertretung umgehend weiterzuentwickeln..." Das klingt so, als sei das System zwar noch unvollkommen, aber doch immerhin ein "Einstieg", eine grundsätzliche Anerkennung des Fernziels freier innerbetrieblicher Gewerkschaftsarbeit, und als könne man bei einer Quote von nur 30 % organisierter brasilianischer Metallarbeiter vorerst noch nicht mehr verlangen.

Die Einschätzung der LN in dem Artikel in Nr. 87 dazu war, daß man angesichts der alleinigen Entscheidungsbefugnisse der Firmenleitung und der zahlreichen juristischen Einengungen überhaupt nicht von einer 'Arbeitnehmervertretung' sprechen kann. Das System wurde u.E. von der Firmenleitung aus Sorge wegen ihres gewerkschaftsfeindlichen Images gerade dazu geschaffen, bei leichtgläubigen Beobachtern im In- und Ausland diesen Eindruck eines positiven 'ersten Schritts' zu erwecken. In Wirklichkeit ging es - um mit dem Personalchef von VW do Brasil Ganem zu sprechen - darum, die Gewerkschaften von São Bernardo zu "deskonzentrieren", sprich: zu spalten. Der jetzige Moment, in dem die Gewerkschaften der Region unter staatlicher Zwangsverwaltung stehen, erschien dafür besonders günstig. Die Verurteilung von 'Lula' (siehe dazu Artikel in diesem Heft) ist u.E. ein weiteres Zeichen dafür, daß an reale Zugeständnisse gegenüber den Gewerkschaften keineswegs gedacht ist.

Die Organisationsquote von 30 % ist mit die höchste in ganz Brasilien; daß sie nicht höher ist, liegt vor allem an der jahrelang repressiv erzwungenen Wirkungslosigkeit der Gewerkschaften, wie sie durch das neue System wieder festgeschrieben werden soll. Daß auch die nicht organisierten Kollegen die Gewerkschaftsführung um 'Lula' als repräsentativ anerkennen, wurde im gesamten Verlauf des Streiks, u.a. bei den Massenversammlungen von Zehntausenden von Metallern deutlich.

Im Artikel des "Gewerkschafters" heißt es treffend: "Ein Arbeitnehmervertretungssystem, gleichgültig wie es aussieht, kann ein System gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betrieb nicht ersetzen." Das kann aber u.E. nur heißen, daß man die von VW do Brasil versuchte Augenwischerei kompromißlos kritisiert. Daß über die Hilfe der brasilianischen Kollegen im Hauptwerk São Bernardo ungültige oder Protest-Stimmen abgegeben haben, spricht eine deutliche Sprache. - Wir dokumentieren im folgenden beide Artikel; vgl. auch LN 90.

GEWERKSCHAFTEN – INTERNATIONAL

Arbeitnehmervertretung bei VW do Brasil

VW do Brasil stellte im vergangenen September der brasilianischen Öffentlichkeit das „projekt einer arbeitnehmervertretung“ vor.

Im November 1980 wurden danach die ersten wahlen in den drei VW-Werken durchgeführt. Insgesamt 23 arbeitnehmervertreter wurden gewählt, 17 in São Bernardo und je drei in São Paulo und Taubaté. Von den Vertretern in São Bernardo – so die vorschritten des vom unternehmen erlassenen regelwerkes – mußten sieben gewerkschaftlich organisiert, sieben unorganisiert und drei vertreter der angestellten sein. In São Paulo und Taubaté lautete dieses quotensystem 1:1:1.

Wählbar war, wer dem unternehmen länger als fünf jahre angehört. Das waren etwa 50 prozent der belegschaftsangehörigen. Eine ausnahme wurde für Taubaté gemacht, da dieses werk noch keine fünf jahre besteht. Hier genügte eine einjährige unternehmenszugehörigkeit. Wahlberechtigt war, wer mindestens 18 jahre alt war und dem unternehmen drei monate angehört (siehe grafik).

Das werk São Bernardo wurde für die lohnempfänger in sieben wahlbezirke eingeteilt. Kandidieren konnte man nur in dem wahlbezirk, in dem man arbeitete. Stimmabgabe für den kandidaten eines anderen wahlbezirkes war nicht möglich. Die lohnempfänger hatten zwei stimmen, eine für einen gewerkschaftlich organisierten kandidaten, eine für einen unorganisierten kandidaten. Die gehaltsempfänger hatten nur eine stimme. Für diese standen gewerkschaftlich organisierte kandidaten nicht zur debatte.

Das wahlergebnis

Von den 42510 wahlberechtigten sind 38462 = 90,5 prozent zur wahlurne geschritten. 52,3 prozent der abgegebenen stimmzetteln waren gültig.

17,3 prozent wurden für ungültig erklärt. Hier waren zum beispiel zwei

gewerkschaftlich organisierte kandidaten angekreuzt oder für kandidaten eines anderen wahlbezirks votiert worden. 9,5 prozent der stimmzetteln waren unausgefüllt abgegeben worden und 16,4 prozent wurden annulliert, da sie protestparolen und phantasienamen enthielten.

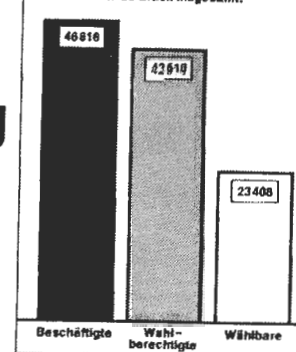
Die einzelergebnisse der drei werke weichen von diesem gesamtresultat mehr oder minder stark ab. In São Bernardo erhielt die gewählte arbeitnehmervertretung weniger als die hälfte, nämlich nur 45,4 prozent der abgegebenen stimmen. Die zahl der insgesamt ungültigen stimmen liegt hier über der 50-prozent-grenze.

Nach der wahl sind stimmen laut geworden, daß nicht alles den wahlvorschriften entsprochen habe. So behauptete die wochenzeitung „movimento“, daß in São Bernardo auch kandidaten akzeptiert worden seien, die weniger als die erforderlichen 50 unterschritten für ihre kandidatur erhalten hätten. Und der vizepräsident der metallgewerkschaft von Taubaté warf VW vor, nichtorganisierte kandidaten mit einer verbesserung ihrer persönlichen situation „geködert“ zu haben.

Nach einer untersuchung der brasilianischen zeitung „gazeta mercantil“ handelt es sich bei den gewählten zu-

Wahlen bei VW do Brasil 1980

VW do Brasil insgesamt:



meist um ältere facharbeiter, die im durchschnitt zwölf jahre dem unternehmen angehören.

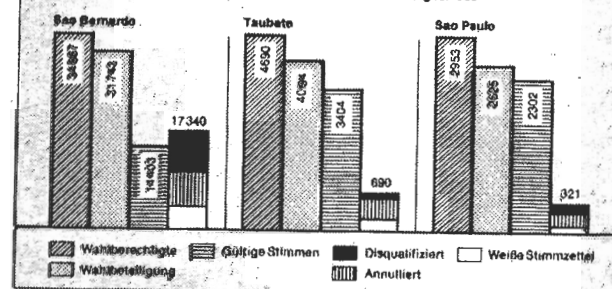
Die arbeitnehmervertretung erhielt nur in São Paulo und Taubaté die mehrzahl der gültigen stimmen. In São Bernardo gibt die höhere zahl der ungültigen stimmen, insbesondere der proteststimmen, zu denken. Tatsache ist, daß weniger als die hälfte derjenigen, die ihre stimme abgegeben haben, für die arbeitnehmervertretung im größten VW-werk gestimmt haben.

Kritik und forderungen

Im „handelsblatt“ vom 18. dezember 1980 war zu lesen, dieses arbeitnehmervertretungssystem ähnele in einigen zügen dem deutschen betriebsrat. Es ist jedoch festzustellen, daß wesentliche demokratische elemente des deutschen betriebsverfassungssystems im VW-modell in Brasilien fehlen:

□ Das arbeitnehmervertretungssystem wurde weder mit der gewerk-

Wahlen bei VW do Brasil 1980 Einzelergebnisse





„Lula“, gewerkschaftsführer aus Brasilien, besuchte Eugen Loderer (l.) und Willy Brandt (r.).

schaft noch mit belegschaftsvertretern diskutiert, es wurde von der unternehmensleitung in kraft gesetzt.

Folgerichtig hat sich auch die unternehmensleitung das recht vorbehalten, letztentscheidende instanz zu sein. Nicht nur, daß änderungen des systems ohne „genehmigung“ durch die unternehmensleitung nicht durchgeführt werden können, die gewählten können nicht einmal die vertretungsaufgaben ihres wahlbezirks unter sich aufteilen ohne vorherige genehmigung der unternehmensleitung.

□ Die anforderung – fünf jahre betriebszugehörigkeit – schränkt den kreis der kandidaten erheblich ein.

□ Die einteilung des größten werkes in wahlbezirke stellt eine weitere beschränkung der rechte der arbeitnehmer dar, da sie nur jeweils in ihren wahlbezirken kandidieren dürfen und auch nur kandidaten dieses bezirkes wählen dürfen. Die gewählten vertreter sind somit keine vertreter der gesamten belegschaft, sondern jeweils nur eines teilabschnittes des werkes.

□ Auf dauer unhaltbar ist die quotenregelung. Damit ist so gut wie ausgeschlossen, daß die gewerkschaftlich organisierten jemals die mehrheit in diesem gremium erhalten. Einzige möglichkeit, dies zu erreichen, wäre ein übertritt der nichtorganisierten zur gewerkschaft.

Grundsätzliche fragen

Es gibt eine reihe weiterer vorschritten, die unseren demokratievorstellungen nicht entsprechen. Forderung der IG Metall ist deshalb, diese arbeitnehmervertretung umgehend weiterzuentwickeln und die quotenregelung schleunigst zu beseitigen.

Solange quoten für die zusammensetzung der interessenvertretung existieren und solange stimmzetteln, die nur einen namen eines gewerkschaftlichen kandidaten enthalten, für ungültig erklärt werden, der wähler also ge-

zwungen wird, auch für einen nichtorganisierten zu stimmen, so lange bleibt dieses modell der gewerkschaftlichen kritik ausgesetzt.

Dabei sind deutsche modelle und strukturen der betriebsverfassung keineswegs die richtschnur. Es geht um die lösung brasilianischer probleme. Aber es geht eben auch um grundsätzliche fragen der innerbetrieblichen demokratie.

Die verbesserung dieses systems darf auch nicht an den gewerkschaften vorbei durchgeführt werden, wie es bei der ausarbeitung und einföhrung der fall war. Eines ist allerdings auch klar. Ein arbeitnehmervertretungssystem, gleichgültig wie es aussieht, kann ein system gewerkschaftlicher vertrauensleute im betrieb nicht ersetzen. Auch

mit einer verbesserung des jetzigen systems wird diese forderung der gewerkschaften nicht überflüssig.

VW do Brasil hat mit diesem „modell“ einen ersten schritt getan. Doch die unternehmensleitung bleibt aufgerufen, umfassende verbesserungen durchzuführen. Solange entscheidende demokratische elemente fehlen, wird sich die hoffnung auf „festigung des gegenseitigen vertrauens und respekts“ wohl kaum erfüllen.

Wir fordern die tüchter deutscher unternehmen in Brasilien auf, eigene initiativen zu starten und die sache einer arbeitnehmervertretung auch gegenüber der brasilianischen regierung zu vertreten und über das bei VW realisierte modell hinaus weiterzuentwickeln.

Ein wort in eigener sache

Im frühjahr 1980 streikten in Brasilien die metallarbeiter in der sogenannten ABC-region: Santo André, São Bernardo und São Caetano.

Sowohl der IMB als auch die IG Metall haben die brasilianischen metallgewerkschaften finanziell unterstützt. Ein spendenauftrag erbrachte in der bundesrepublik mehr als 100000 mark. Ein großer teil dieser mittel kommt dabei aus verwaltungsstellen, in deren bereich VW-werke liegen, und aus den werken selbst.

Die mittel konnten wegen der kontrolle der gewerkschaften durch die regierung nicht auf einmal und nicht über die banken transferiert werden. Dadurch trat eine gewisse verzögerung bei der übermittlung der spenden ein. Aber selbst die spenden, die nach streikende eingingen, und auch die aus unserer „grafik-aktion“ kommen den brasilianischen kollegen zugute.

Die „lateinamerika-nachrichten“ haben behauptet, daß die mittel der IG

Metall von den IMB-vertretern nur an nebenschauplätzen verteilt wurden – nicht jedoch an die metallarbeiter in São Bernardo, deren vorsitzender Luiz Inacio da Silva – besser bekannt unter dem namen „Lula“ – war. Diese nachricht ist auch im kollegenkreis von VW aufgetaucht und hat dort zu einiger unruhe geführt.

Wir können zu dieser behauptung eindeutig feststellen:

Die finanziellen spenden der IG Metall und die mittel, die an die IGM überwiesen wurden, wie auch die mittel aus dem solidaritätsfonds des IMB wurden an die streikkomitees der gewerkschaften in Santo André, São Bernardo und São Caetano geleitet – also auch an Lulas gewerkschaft.

Verschiedene kollegen aus dem vorstand der metallgewerkschaft von São Bernardo und aus deren streikkomitee haben für den empfang des geldes gezeichnet. Anderslautende behauptungen entbehren jeder grundlage.

Der Gewerkschafter 2/81

19

Projekt »Alpha-Gama« gegen Gewerkschaften

Zum Arbeitnehmervertretungssystem bei VW do Brasil

Drei jahre lang wurde das geheimnis sorgfältig gehütet. Nur der amtierende brasilianische arbeitsminister war über den plan und die reiseziele einer gruppe von hausjuristen von VW informiert, die seit 1977 informationen, eindrücke und anregungen aus Japan, Italien, Großbritannien, Schweden und natürlich auch aus der bundesrepublik zusammentrugen, um das arbeitsministerium von der notwendigkeit der einföhrung des „Projekts 'Alpha-Gama'“ zu überzeugen. Der damalige arbeitsminister Arnaldo Prieto war von dem plan begeistert, und gerade vor dem hintergrund des großen metallarbeiterstreiks vom mai 1978 erschienen die worte Wolfgang Sauer, Chef von VW do Brasil, als ernstzunehmende warnung: „Ohne die einföhrung einer (Dialog-)Formel, die den freien fluß von gedanken und forderungen zwischen der unternehmerklasse und den arbeitern ermöglicht, gibt es keine überlebenschancen für das kapitalistische system“, erklärte Sauer damals.

Was da drei jahre lang in zusammenarbeit mit dem brasilianischen arbeitsministerium unter dem geheimcode „Alpha-Gama“ ausgetüftelt wurde, erreichte die brasilianische öffentlichkeit im vergangenen september unter dem vielversprechenden titel „System der arbeitnehmervertretung der volkswagen do Brasil S/A“. In der öffentlichkeit eifrig propagiert und von den der regierung nahestehenden medien kräftig kolportiert, schien damit die figur des von den metallgewerkschaften immer wieder geforderten delegado sindical – des von der zuständigen gewerkschaft delegierten und zuweilen von der produktion freigestellten betriebsrates – aus der taufe gehoben. In Wirklichkeit aber soll der aus 17 abschnitten und 60 paragraphen bestehende Statuten-Entwurf für die arbeitnehmervertretung bei VW do Brasil helfen, die forderung nach dem (in der bundesrepublik als selbstverständlich anerkannten) Betriebsrat zu umgehen, ja, die in São Bernardo do Campo (Sitz von VW do Brasil) konzentrierte macht der zuständigen metallgewerkschaft zu „dezentralisieren“, wie es Admon Ganem, Personalchef der VW-Tochter vor wenigen wochen im gespräch mit dem Gewerkschafter formulierte.

Und schon wurden die ersten 23 „Arbeitnehmervertreter“ der insgesamt 46.000 Beschäftigten von VW do Brasil Anfang November 1980 gewählt. Von den rund 34.500 Wahlberechtigten im Hauptwerk São Bernardo (Gesamtbeschäftigtenzahl: rund 41.000) gaben jedoch nur 41,3% gültige stimmen ab (entsprechend 14.403 stimmen). In den Zweigwerken Taubaté (4.600) und São-Paulo-Stadt (3.000 Beschäftigte) wurden jeweils 72,6 und 77,9% gültige stimmen abgegeben. Im prozentualen durchschnitt der drei teilwerke kamen die „ja“-stimmen für die arbeitnehmervertretung auf knapp über die hälfte (52,3%). Wahlberechtigt waren insgesamt 42.514 Beschäftigte, die wahlbeteiligung erreichte rund 90%. 11% der stimmzettel wurden unausgefüllt zurückgegeben, 9% enthielten sich der stimme, und 33,7% der stimmen wurden für „ungültig“ erklärt. Bei der stimmzählung wollte VW do Brasil jedoch zwischen „versehentlich falsch“ (16,4%) und den bewußt, mit dem namen des erfundenen metallgewerkschaft-Maskottchens João

Ferrador und anderen Protestfiguren ausgefüllten "Denkzetteln" (17,3%) unterscheiden.

Für Admon Ganem gab es "weder Gewinner noch Verlierer", doch fügte er hinzu, daß "der Einfluß, den der (vom Militärregime für abgesetzt erklärte) Gewerkschaftsvorstand ausübt, nicht zu übersehen" sei. Mit rund 47% "Ja"-Stimmen für sein Arbeitnehmer-Vertretungsmodell kann Sauer aber nicht gerade von einem "Sieg" gegen die im westdeutschen Automobilmulti unter Hausverbot stehende Gewerkschaftsführung sprechen. Gerade im Verhältnis zu den relativ "friedlichen" Gewerkschaften von Sao-Paulo-Stadt und Taubaté (wo sich rund zwei Drittel der Beschäftigten für das Modell oder dessen Nutzung durch die Gewerkschaften aussprachen) zeigt das Ergebnis im Hauptwerk von Sao Bernardo, daß sich die Metaller trotz ihrer Niederlage während des letzten Streiks (April/Mai 1980) noch nicht "geschlagen" geben. Vor den Werkstoren von VW do Brasil hatte der Gewerkschaftsvorstand um 'Lula' in den letzten Wochen fast täglich rund 30.000 Exemplare einer Flugschrift verteilt, in der die gewerkschaftlichen Kritikpunkte des Vertretungsmodells zusammengefaßt waren:

- "1. Das Unternehmen hat die Beschäftigten bei der Ausarbeitung des Projektes nicht zur Beratung hinzugezogen;
2. Das Projekt ist ein Versuch, (unternehmerfreundliche) Parallelgewerkschaften aufzubauen;
3. Dieses (Vertretungs-)Modell hat nicht im Entferntesten etwas mit dem gewerkschaftlichen Betriebsrat zu tun, der in den letzten Tarifikampagnen (1978, 79, 80) gefordert wurde" und
- "4. Angestrebtes Ziel ist eine stärkere Zusammenarbeit der Beschäftigten mit der Werksleitung."

Im Vergleich zu Lula, der zum Wahlboykott aufgerufen hatte, zog es die Metallgewerkschaft von Taubaté vor, ihre Mitglieder zur Wahlbeteiligung aufzurufen. Doch kurz nach Wahlabschluß hielt der Vorstand eine Kundgebung vor den VW-Werkstoren ab und legte sich öffentlich darauf fest, "nicht das Spiel der Fabrik" zu betreiben; die drei dort gewählten Arbeitnehmervertreter versprachen dies ebenfalls. Außerdem bekundeten sie ihre Absicht, an einem Ausbildungsgang über "Die Rolle der Arbeitnehmervertreter gegenüber den Unternehmen" des Gewerkschaftlichen Instituts für Wirtschafts- und Sozialstatistik (DIEESE) teilzunehmen, um ihre Funktion im Sinne der Kollegen effektiver ausnutzen zu können.

So unterschiedlich auch die Haltung einzelner, lokaler Metallgewerkschaften gegenüber dem Vorstoß von VW do Brasil sind oder erscheinen mögen, sind sie Ausdruck des jeweiligen Kräfteverhältnisses zwischen Gewerkschaft und Unternehmen. Djalma de Souza Bom und Devanir Ribeiro, beides abgesetzte Vorstandsmitglieder von Sao Bernardo do Campo haben den Gewerkschafter darauf aufmerksam gemacht, daß das Arbeitnehmervertretungs-Modell von VW ausgerechnet zu einer Zeit aus der Taufe gehoben wurde, wo die Gewerkschaftszentrale in Sao Bernardo unter staatlicher Zwangsverwaltung und der abgesetzte Vorstand (13 Mitglieder) in Sao Paulo vor dem Militärgericht stünden. Weil das Modell jeder demokratischen Grundlage entbehre, müsse man es als "Phantom-Betriebsrat" bezeichnen.

(Anm. der Red.: Im folgenden Abschnitt werden das willkürliche Wahlsystem und die äußerst begrenzten Befugnisse der gewählten "Vertreter" beschrieben. Wir verzichten auf den Abdruck, weil diese Regelungen dem Leser der LN bereits aus dem Artikel in Nr. 87 bekannt sind und sie z.T. auch in dem hier wiedergegebenen Artikel aus "Der Gewerkschafter" wiedergegeben sind.)

Devanir Ribeiro, "gefeuerter" gewerkschaftlicher Betriebsrat, der nach dem letzten Streik gehen mußte, verweist auf § 15 und meint, jede Diskussion über Einzelaspekte sei angesichts dieses Paragraphen überflüssig. Dort heißt es wörtlich:

"Das Unternehmen kann jederzeit Anordnungen dieses Beschlusses ändern oder ergänzen. Von den Arbeitnehmern vorgeschlagene Ergänzungsnormen oder Änderungen dieses Beschlusses treten nur nach Genehmigung durch das Unternehmen in Kraft."

Vom Gewerkschafter darauf angesprochen, daß VW do Brasil hiermit in jeder Hinsicht das letzte Wort habe, antwortete Admon Ganem wörtlich: "Wenn wir diese beschränkende Klausel nicht eingebaut hätten, (hätte) diese Kommission schließlich mehr Macht als der Vorstand selbst erhalten. Die könnten sich am nächsten Tag versammeln und den Vorstand sogar abwählen..." Daß die Gewählten 5 Jahre Betriebszugehörigkeit nachweisen müssen und kaum eigenen Spielraum besitzen, begründete Wolfgang Sauer so: "Diese Vorkehrung reduziert das Risiko des Zusammenlebens mit Extremisten"...

Zusammengefaßt...

Das "System", das sich hinter dem Vertretungsmodell verbirgt, läßt folgende Schlußfolgerungen zu:

1. VW do Brasil will die Gewerkschaft aus dem Betrieb heraushalten. Eine "Arbeitsteilung" zwischen Arbeitnehmervertretung und Gewerkschaft soll eingeführt werden: die erste soll sich auf "innerbetriebliche" Forderungen, die zweite auf die "überbetriebliche" Sozialpolitik beschränken;
2. Der Betrieb selbst, von der Gewerkschaft als Einheit verschiedener Abteilungen behandelt, soll in das alte System "parzellierter" Produktionsräume auseinandergegliedert werden;
3. Das Verhältnis der Arbeitnehmer gegenüber dem Unternehmen soll stärker als bisher deren Integration in die Gesamtbetriebliche Verantwortung fördern;
4. Das Vertretungsmodell soll als innerbetriebliches "Stimmungsbarometer" genutzt werden.

Folgen und Spielraum authentischer Gewerkschaftsarbeit

VW do Brasil ist, was die gegenwärtige Lage Brasiliens angeht (Der Gewerkschafter 12/80), jedenfalls ein Testfeld. Schon kündigten Daimler-Benz, General Motors, Ford und andere Multi-Filialen in Brasilien an, auch sie hielten eine "Prüfung" des Vorstoßes von VW für bedeutsam. Macht das VW-Modell unter den übrigen Multis Schule, bedeutet dies den Beginn einer gewerkschaftspolitischen Demontage; denn die Ausweitung ähnlicher "Arbeitnehmervertretungsmodelle"--die vor allem als Ventil dienen sollen, um bei künftigen Auseinandersetzungen den "Überdruck" abzufangen--geht bereits einher mit dem Plan, die kämpferischen Gewerkschaften in den "ABC-Städten" (Santo André, Sao Bernardo do Campo und Sao Caetano do Sul) auseinanderzubrechen und aus zwei oder drei mindestens vier oder sechs zu machen. So lautet es tatsächlich aus dem Büro von Arbeitsminister Macedo. Neben Sauer wünscht auch er sich eine "Erneuerung der Gewerkschaftsvorstände" (Sauer).

Für Januar wird der Urteilsspruch der Militär Richter von Sao Paulo gegen Lula und seine Kollegen erwartet. Auch wenn sie freigesprochen werden sollten, gelten sie als "abgestempelt" und demzufolge als Gewerkschaftskandidaten als "nicht mehr tragbar". Sie können jederzeit persönlich angefochten werden. So abgesichert, beabsichtigte Arbeitsminister Macedo, die Zwangsverwaltung über die Metallgewerkschaft aufzuheben, eine "Interims-Verwaltungs-junta" einzusetzen

und Neuwahlen auszuschreiben. Sollte es dazu kommen, bleibt abzuwarten, ob die konzertierte Aktion von Multis und Militärregime in der Lage ist, einen "kooperativen" Gewerkschaftsvorstand zu wählen. Die Darstellung der o. g. äußerst drakonischen Grenzen sowie der Kampf für die Erweiterung der Befugnisse des VW-Arbeitnehmer-"Vertretungsmodells" gehört denn auch--bei allem Respekt vor der Autonomie der brasilianischen Basis-Gewerkschaften--zu dringenden Aufgaben.

Positiv ist lediglich der taktische Wert des Modells: es ermöglicht (wenn auch auf Umwegen) die unmittelbare Anwesenheit der Gewerkschaft im Betrieb, die Gewinnung potentieller neuer Verbündeter unter den Arbeitern und damit die Erweiterung des gewerkschaftlichen Spielraums, denn--wie selbst der Vorsitzende des Industriellenverbands FIESP, Eulálio Vidigal bemerkte--damit wurde "eine breite Allee geöffnet, die zum unerwünschten gewerkschaftlichen Betriebsrat führt". Die gewerkschaftliche Forderung nach einem vor Kündigung geschützten und für maximal 500 Kollegen zuständigen, von der Gewerkschaft benannten Betriebsrat bleibt also bestehen.

Frederico Füllgraf



EL SALVADOR

Internationalisierung eines Konflikts

Seit gut zwei Jahren tobt in dem mittelamerikanischen Land El Salvador der offene Krieg zunächst gegen die reaktionäre Diktatur des Generals Romero und später gegen eine mit Reformprogramm angetretene Junta, deren fortschrittliche Elemente inzwischen vollkommen ausgebootet sind. Seit gut zwei Jahren fordert dieser Konflikt Abertausende von Menschenleben, rechte Terrorkommandos und Regierungsgruppen morden wahllos Zivilisten auf der Suche nach Angehörigen der Oppositionskräfte. Bis vor wenigen Wochen erregte dies in der Welt - und bundesdeutschen Öffentlichkeit wenig Aufsehen. Lediglich spektakuläre Aktionen wie die infame Ermordung des Erzbischofs von San Salvador, Oscar A. Romero, oder der gewaltsame Tod amerikanischer Ordensschwwestern rückten das Land kurzzeitig in den Mittelpunkt der Nachrichten. Seit wenigen Wochen hat sich dieses Bild vollkommen gewandelt. Zeitungen, Radio und Fernsehen widmen sich in ausgiebigen Berichten und Kommentaren dem Konflikt in El Salvador, die kriegerischen Auseinandersetzungen spielen plötzlich sogar auf höchster Regierungsebene eine Rolle. Wer nun daraus ableiten wollte, daß man endlich rückhaltlos die Zustände in El Salvador auf die Tagesordnung gebracht und angeprangert hätte, mußte sich getäuscht sehen. Denn weder vorher noch jetzt geht es um die eigentlichen Ursachen für den Konflikt - die ungebrochene Herrschaft einer kleinen Oligarchie der zur Aufrechterhaltung ihrer Macht alle Mittel recht sind.

Es geht um etwas anderes. Seit dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gibt es wieder so etwas wie ein einheitliches und klares Weltbild: Da sind auf der einen Seite die Verteidiger von Demokratie und Freiheit und auf der anderen die kommunistischen Gewaltherrscher, Reagan nennt sie bisweilen auch Terroristen. Dazwischen gibt es nichts. Jede kritische Position setzt sich dem Verdacht des Kommunismus und damit des Terrorismus aus. Schon in der Nacht des Wahlsiegs von Reagan jubelten in Lateinamerika die Diktatoren. Für die künftigen Jahre würde man frei sein von Menschenrechtsgeduseln á la Carter, von "störenden Maßnahmen" wie der Einstellung der Wirtschaftshilfe beispielsweise bei Militärputschen. Und in der Tat sahen sie sich in ihren Hoffnungen nicht betrogen. Reagan näherte sich der bolivianischen Militärdiktatur an, hob die Handelsbeschränkungen gegen Chile auf und verzichtete gleichzeitig auf die beantragte Auslieferung derjenigen chilenischen Offiziere, die an der Ermordung des Allende-Ministers Letelier in Washington beteiligt waren. In Mittelamerika frohlockten die rechten Diktaturen Guatemalas, Honduras und El Salvadors die nach dem Sieg der Sandinisten in Nicaragua befürchtet hatten das es ihnen ähnlich ergehen könnte wie dem Somoza-Clan. In El Salvador bedeutete der Wahlsieg Reagans einen schweren Schlag für die Opposition. Ab sofort mußten sie damit rechnen, daß die neue US-Administration mit allen Mitteln versuchen würde das Militärregime zu stützen. Reagan tat dies auf verschiedenen Ebenen. Zunächst erhöhte die Wirtschaftshilfe für das Land und steigerte die Militär- und Waffenhilfe beträchtlich. Amerikanische Militärberater sollen in großer Zahl die Regierungsgruppen logistisch unterstützen. Gleichzeitig schickte Reagan Sonderbotschafter nach Lateinamerika und Europa. Während in Lateinamerika Vernon A. Walters für die El Salvador Politik der US-Regierung erstaunlich wenig Sympathien feststellen mußte, bereiste Lawrence Eagleburger die europäischen

Staaten und konfrontierte die Regierungen mit Berichten aus dem State Department über angebliche Waffenlieferungen aus der Sowjetunion, Kuba und Nicaragua für die oppositionelle Front FMLN. Dies sei ein ungeheuerlicher Eingriff der kommunistischen Staaten in die internen Angelegenheiten des Landes. Kein Wort natürlich über die Eingriffe seitens seiner eigenen Regierung. Doch Eagleburger machte Eindruck. Seine plötzlichen "schwerwiegenden Beweise" warfen Wasser auf die Mühlen der europäischen Reaktionen die schon lange nicht mehr so frei und aus vollem Herzen gegen die "kommunistische Infiltration" hatte vom Leder ziehen können. Der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler prägte den skandalösen Satz, die Junta in El Salvador sei "christlich und menschlich". Ihr Chef Napoleon Duarte sei sogar einmal noch unter der Diktatur Romeros gefoltert worden. Doch nicht nur Europas Christdemokraten griffen die Eagleburger-Darstellung freudig auf, auch Politiker aus anderen Lagern waren derart verunsichert das beispielsweise die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt Hildegard Hamm-Brücher äußerte, daß die Junta in El Salvador wohl deshalb noch nicht gestürzt sei, weil es offensichtlich nicht genügend Unterstützung des Volkes für die Opposition gäbe. Lediglich Entwicklungshilfeminister Rainer Offergeld versuchte, die Diskussion um den Konflikt auf die eigentlichen internen Ursachen zurückzuführen. Doch scheinbar ohne Erfolg, denn schon verurteilt die Bundesregierung unhinterfragt die Waffenlieferungen für die Aufständischen. Um aus dieser Verwicklung herauszukommen mußte ein neuer Weg gefunden werden vor allem eine neue Formulierung. Man müsse die "beträchtlichen demokratischen Potentiale, die es in beiden Lagern gäbe" an einen Tisch bringen. Dieser Tisch sollte aufgrund der engen Beziehungen zwischen der Junta und der CDU/CSU, sowie der Verbindungen der Oppositionskräfte zur SPD über die Sozialistische Internationale zeitweise in Bonn stehen. Die BRD als Drehscheibe für eine "politische Lösung" des Bürgerkriegs in Mittelamerika? Dies erschien nun doch zu abendteuerlich. Keine der beiden Seiten wollte sich auf ein solches Unternehmen einlassen. Manuel Ungo, Sozialdemokrat und Chef der FMLN lehnte Verhandlungen mit der Junta mit der Begründung ab, er halte Napoleon Duarte für eine Galionsfigur. Außerdem müßten die USA sozusagen als Mittäter an den Verhandlungen teilnehmen. In Washington allerdings scheint man nicht viel von Verhandlungen, mehr dagegen von militärischer Stärke zu halten. Reagan und sein Außenminister, Ex-Nato-Oberbefehlshaber Haig, gelobten feierlich, den ausländischen kommunistischen Einfluß auf die Regionen mit aller Macht zu unterbinden. Neben der Hilfe für die Junta gehört dazu ein ganzes Bündel von Maßnahmen, so die Erpressung von Nicaragua durch die zurückgehaltenen Getreidelieferungen und die Drohung gegen Kuba, den "Waffenstrom" nach El Salvador notfalls an der Wurzel zu bekämpfen. Was das bedeutet, ist von den USA noch nicht klar definiert worden. Wurde Carters Außenpolitik von vielen als unberechenbar eingestuft, so ist dies noch harmlos gegenüber dem, womit man unter Reagan in Zukunft rechnen müssen.

Der Nichtbeachtung des Konflikts in El Salvador ist eine Internationalisierung gefolgt, die einmal mehr die legitimen Interessen der Salvadoreaner übergeht, indem sie das Land zum Streitobjekt großmachtpolitischer Lagerbildung machen.

Interview mit Carolina

Lateinamerika Nachrichten: Kannst du dich bitte vorstellen? Was ist der Grund deiner Reise durch die BRD?

Carolina: Ich komme in Vertretung der AMES (Asociación de Mujeres de El Salvador) einer Frauenorganisation, die zur FDR gehört. Ich bin hier auf Einladung der Solidaritätskomitees der BRD, die eine Rundreise organisiert haben, um über die Situation und Probleme der Frauen in Zentralamerika und besonders in El Salvador zu berichten. Ich möchte gern Kontakt zu möglichst vielen Frauenorganisationen und Frauengruppen aufnehmen, unabhängig von deren politischer Orientierung, um sie erstens über unsere Situation in El Salvador zu informieren und um sie zweitens zur Solidarität mit unserem Volk aufzurufen. Ich wende mich mit diesem Aufruf insbesondere an alle Frauenorganisationen aber auch an Gewerkschaften, Parteien usw. In der momentanen Situation, dem Krieg, in dem wir uns befinden, ist es für uns sehr wichtig, eine breite internationale Unterstützung zu bekommen und diese nicht nur von Regierungen und Parteien, sondern von der Bevölkerung selbst, die wiederum auf ihre Regierungen und deren Politik Druck ausüben sollen.

LN: Bevor wir einen Aufruf an die Frauenorganisationen und Gruppen machen, ist es notwendig, daß wir hier zuerst einmal begreifen, wie die Situation der Frauen in El Salvador ist. Denn mir scheint, daß wir hier oft eine Vorstellung von den Problemen haben, die sich ziemlich von der Realität dort unterscheidet. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß sich die Frauen nicht über ihre Rolle als Frauen definieren, sondern über ihre Situation als unterdrückter Mensch, als Klassenkämpferin, als Bestandteil der gesamten Bevölkerung. Das ist wichtig zu verstehen.

Carolina: Ja, hier ist die gesellschaftliche Realität eine andere, vielleicht ist das schwierig für euch zu verstehen. In Lateinamerika stehen wir einem klardefinierten Feind gegenüber. Es geht um Leben oder Tod. Zuerst müssen wir unser Leben retten. In einer Gesellschaft wie hier ist der Grad der Unterdrückung anders und damit auch die Problematik hinsichtlich der Lage der Frau.

LN: Wie stellt sich die Situation heute für die Frauen in El Salvador dar?

Carolina: Die Frauen, sowie die meisten Teile der Bevölkerung, waren schon immer ausgebeutet. Die Frauen sind meistens doppelt ausgebeutet. Z.B. verdient eine Land- oder Fabrikarbeiterin durchschnittlich 25% weniger als ein Mann. Das ist gesetzlich festgesetzt. Dann gibt es für Frauen spezielle Bedingungen, wie z.B. Fabriken, die nur Frauen einstellen, weil sie davon ausgehen, daß Frauen sich leichter unterdrücken lassen und sich nicht gewerkschaftlich organisieren und kämpfen. Oder Fabriken wo es eine Altersgrenze für Frauen zwischen 18 und 25 Jahren gibt, weil sie in diesem Alter am produktivsten sind, oder aber Frauen werden nur eingestellt, wenn sie den Beweis erbringen, daß sie nicht schwanger sind. Die Landarbeiterinnen, die ihre Kinder zur Kaffee- oder Baumwollernte mitnehmen müssen, sind schlechter dran als die Männer. Diese werden nämlich im allgemeinen vertraglich eingestellt (wörtlich: in einer Liste geführt), was ihnen das Recht auf einen bezahlten freien Tag pro Woche, Zuschüsse für Nahrungsmittel, etc. gibt. Eingestellt wird aber immer nur das Familienoberhaupt, während Frau und Kinder als Helfer des Mannes gelten und nicht in den Genuß der gleichen Rechte kommen. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit, die 1 Jahr Junta hervorgerufen hat, gibt es heute viele Familien, in denen die Frau die einzige Ernährerin ist. Es gibt 60 000 Arbeits-

lose, das bedeutet 60 000 Familien ohne Unterhalt. Die Frauen müssen also irgendwie eine Arbeit finden. Die Frauen aus den Elendsvierteln verdienen sich als Wäscherinnen oder Büglerinnen oder Straßenverkäuferinnen, was eine sehr harte Arbeit ist. Sie müssen ihre Kinder mitnehmen und mit ihnen die Straßen auf und ab wandern ohne festen Verkaufstand, der brennenden Sonne, dem Regen, dem Wind und dem Staub ausgesetzt. Selbst ihre Säuglinge haben sie oft in einem Pappkarton oder einer Holzkiste dabei. Zusätzlich sind sie den Verfolgungen der Polizei ausgesetzt, denn in El Salvador ist es verboten, außerhalb der Märkte zu verkaufen, aber diese sind so klein, daß sie nicht alle Frauen fassen können. Es gibt eine städtische Polizei, die speziell dafür eingesetzt wird, diese Frauen zu verfolgen. Sie kippen ihre Waren aus, nehmen sie manchmal mit ihren Kindern gefangen und lassen sie erst wieder frei, nachdem diese eine Strafe für das "Verbrechen" für die Familie irgendwie den Lebensunterhalt zu verdienen, gezahlt haben. Diese Frauen haben aber ein ziemlich starkes Bewußtsein entwickelt und sich organisiert. Es gibt viele Frauen vom Land, die in die Städte abwandern auf der Suche nach einer Arbeit. Meistens müssen sie sich dort als Hausangestellte bei Ober- und Mittelschichtsfamilien verdienen. Die Löhne sind miserabel, die Ausbeutung ungeheuer. Die Frauen werden wie Sklaven gehalten. Sie haben einen 14-16 Stunden-Tag und sind von morgens 5 Uhr bis nachts 10 Uhr auf den Beinen. Sie müssen jede Dreckarbeit machen und haben keine tarifliche Absicherung, keinen Mindestlohn, keine Sozialversicherung, keine Abfindung bei Entlassung, kein Weihnachtsgeld, keine Urlaubsregelung. Sie bekommen einen Lohn zwischen 75 und 150 Colones monatlich was 30 bis 60 US-Dollar entspricht, der natürlich hinten und vorne nicht für die Ernährung der Familie ausreicht. Einen freien Tag gibt es je nach Laune der Herrschaft 1 mal wöchentlich bis 14-tägig und außerdem ist dieser Tag nicht wirklich frei, denn die ganze Arbeit muß im voraus erledigt werden. Nur wenige Frauen haben eine Ausbildung als Lehrerinnen, Angestellte, Sekretärinnen o.ä. Die meisten sind Analphabeten. Der Analphabetismus liegt in El Salvador bei 50% auf dem Land 60%, wobei die Mehrheit Frauen sind.

Auch die medizinische Versorgung für Frauen ist völlig unzureichend. In den anderen Krankenhäusern kann kaum entbunden werden und im allgemeinen bekommen die Frauen ihre Kinder ganz alleine ohne Hilfe zu Hause. Der Tod von Mutter und Kind ist daher häufig. Die Unterversorgung mit lebenswichtigen Stoffen wie Vitaminen etc. während der Schwangerschaft führen dazu, daß die meisten Kinder bei der Geburt schon Unterernährungsschäden haben.

Eine andere Gruppe sind die Hausfrauen, die ohne Lohn arbeiten müssen. Dies ist auch eine Form spezifischer Frauenunterdrückung. All diese Jahre aber kämpfen die Frauen schon für die Interessen. LN: Wie kam es zur Gründung von AMES? Welche Frauen sind in AMES organisiert, welche Ziele habt ihr?

Carolina: In El Salvador gibt es verschiedene Organisationen, in denen sich Frauen organisiert haben. z.B. die Lehrerorganisationen, in denen mehrheitlich Frauen sind und im vergangenen Jahrzehnt wichtige Kämpfe ausfochten. Oder die Studentenorganisationen. Diese hatten eine große Bedeutung für die Eingliederung der Mittelschichtsfrauen in die revolutionäre Bewegung. Aber auch Landarbeiterinnen und Marktfrauen haben ihre eigenen Organisationen gebildet. Es entstanden ferner auch die Komitees der Mütter politischer Gefangener und das Komitee für die Freiheit politischer Gefangener, ebenfalls mehrheitlich von Frauen getragen. AMES wurde 1979 gegründet und zwar in erster Linie für nicht-lohnabhängige Frauen wie z.B. Hausfrauen, die sich nicht gewerkschaft-

lich organisieren können. Es gibt aber auch einige Frauen mit Hochschulbildung, die nicht in ihre Berufsverbände eintreten wollen, weil diese zu reaktionär sind. AMES organisiert also Frauen die bisher weder in einer politischen Partei noch in einer Gewerkschaft organisiert sind. Daher sind in AMES auch vorwiegend Frauen aus dem städtischen Bereich, obwohl die Organisation auf nationaler Ebene geplant war. Dies hat sich aber nicht durchgesetzt erstens wegen der aktuellen politischen Situation, und zweitens weil es auf dem Land schon eine ziemlich starke Organisation gibt. Das Ziel von AMES ist es also, alle Frauen, die bisher in keiner Organisation erfasst sind, in den Kampf mit einzubeziehen. Die salvadorianische Frau kämpft in diesen Organisationen, um das heutige Ausbeutungssystem abzuschaffen, um eine neue Gesellschaft aufzubauen, mit besseren Bedingungen für die Entwicklung der Frau, des Mannes, kurz der ganzen Gesellschaft.

LN: In welcher Weise ist sie in die Arbeit der FDR einbezogen? Carolina: AMES gehört zur FDR und ist in deren Führung vertreten. D.h. sie ist in die Aufgaben, die sich die FDR stellt, einbezogen. AMES betreibt z.B. die Gründung von Frauenkomitees auf Viertelebene, die ihrerseits Teil größerer Komitees auf Stadtteilebene sind. Diese Komitees gibt es erst seit kurzem, haben aber eine sehr wichtige Bedeutung für die Entwicklung des Kampfes in El Salvador. Mit diesen Basiskomitees soll die Volksmacht aufgebaut werden. Neben diesen Aufgaben arbeitet die AMES mit der Kirche zusammen z.B. im Bereich der Flüchtlingsbetreuung. Dies ist ein großes Problem, da es z.Z. hier im Land ca. 60 000 Flüchtlinge gibt.

LN: Kannst du uns etwas über deine persönliche politische Entwicklung erzählen?

Carolina: Während meiner Zeit in der Oberschule fing ich in einer katholischen Gemeinde in der Umgebung von San Salvador in einem Elendsviertel mit Sozialarbeit an. Wir arbeiteten mit dem Ziel, die Bevölkerung dort über ihre direkten momentanen Probleme hinaus bewußter zu machen und sie zu organisieren. Danach habe ich mit Landarbeiterorganisationen gearbeitet. Um mich dieser Arbeit ganz widmen zu können, mußte ich die Schule verlassen. Später wurde ich verhaftet und war einige Monate im Gefängnis. Ich war zu dieser Zeit schwanger und bekam kurz nach der Gefangenschaft meine Tochter. Mein Lebensgefährte wurde bald darauf vom Regime ermordet. Ich mußte meine Arbeit auf dem Lande aufgeben, weil ich dort zu gefährdet war, seitdem arbeite ich bei AMES.

LN: Was für eine Arbeit machst du bei AMES?

Carolina: Meine Aufgabe ist es in erster Linie, Frauen in Stadtteilkomitees zu organisieren.

LN: Ist es schwierig, Frauen für die Organisation zu gewinnen?

Carolina: Nein, denn die Bevölkerung ist sich der Notwendigkeit ihres Kampfes bewußt. Alle erleben ja die Repression am eigenen Leib. Fast jede Familie beklagt den Verlust eines oder mehrerer Familienmitglieder. Aus dieser Situation heraus ist es nicht schwierig, die Frauen in den Kampf miteinzubeziehen.

LN: Kann AMES legal arbeiten?

Carolina: Nein, auf Grund der Repression kann keine Organisation in El Salvador legal arbeiten, wenn sie regim-gegnersch ist.

LN: Es heißt, daß die aktive Teilnahme der Frauen im Kampf gegen die Militärdiktatur sehr groß ist. Es wird von ca. 50% Frauen in den Volksmilizen und der Guerilla gesprochen. Warum nehmen Frauen an dieser Art von Kampf teil?

Carolina: Neben der ökonomischen Ausbeutung müssen die Frauen auch politische Repressionen erleiden. Es gibt viele Frauen, die

gefangengenommen, gefoltert, vergewaltigt, ermordet werden durch das Regime. Die Frauen und Kinder sind vor nichts geschützt, gar im Gegenteil. Bei jeder militärischen Operation der Armee auf dem Land werden Frauen von den Soldaten vergewaltigt und zusammen mit ihren Kindern getötet. Daher befindet sich ja auch ein großer Teil der Bevölkerung auf der Flucht. In dieser Situation werden sich viele Frauen darüber klar, daß sie sich selbst verteidigen müssen und schließen sich nicht nur den Massenorganisationen sondern auch den Volksmilizen an.

LN: Wie wirkt sich die Beteiligung der Frau am revolutionären Kampf auf sie und ihre Familie aus?

Carolina: Es gibt Frauen, die sich über ihre Arbeit organisieren. Sie können weder ihre Lohnarbeit noch ihre Familie aufgeben. Um aber ihre politische Arbeit ebenfalls erfüllen zu können, müssen die Probleme der Kinderbetreuung oder der Hausarbeit entweder innerhalb der Familie oder der Organisation geregelt werden. Es gibt Leute, die auf diese Art die Organisation unterstützen. In meinen Fall war es so, daß ich anfänglich meine Tochter überall mit hin nahm, solange bis sie so krank wurde, daß ich um ihr Leben fürchten mußte. Daraufhin sagte ich zu meinen Genossen in der Partei: "Ich kann nicht mehr mitmachen, solange die Versorgung meiner Tochter nicht gewährleistet ist". Daraufhin haben wir zusammen eine Lösung gesucht. Heute ist meine Tochter bei Leuten untergebracht, die sie in meiner Abwesenheit versorgen. Es gibt aber im Moment auch Frauen, die sich der Guerilla oder den Volksmilizen angeschlossen haben. Das verlangt viele Opfer persönlicher und familiärer Art.

Es gibt viele auseinandergerissene Familien. Der Mann arbeitet hier und die Frau arbeitet dort. Die Kinder sind in der Obhut der Großeltern oder anderer Leute. Wir sind uns darüber im klaren, daß dies keine Dauersituation sein kann, denn wer wünscht sich schon eine kaputte Familie? Aber wenn die Kinder bei ihren Eltern bleiben, laufen sie Gefahr, auch umgebracht zu werden. Diese Bedingungen zwingt uns der Feind auf und genau deshalb kämpfen wir auch, um dies alles zu ändern.

LN: Was halten die Männer davon, daß sich die Frauen dem politischen Kampf anschließen?

Carolina: Ich glaube, daß in den Arbeiterfamilien alle am Kampf teilnehmen. Vater, Mutter, Kinder. Alle erleben am eigenen Leib die Repression und es gibt keinen Widerstand von Seiten der Männer gegen die Frauen. Im Gegenteil. Manchmal betreiben die Männer sogar die Teilnahme der Frauen, die vielleicht noch kein so ausgeprägtes Bewußtsein haben.

LN: Machen die Männer auch Hausarbeit?

Carolina: Ja sicher. In Familien, in denen alle aktiv sind, wird die Hausarbeit auf alle gleich verteilt oder der Zeit entsprechend, die jeder hat. Männer übernehmen dabei oft Aufgaben, die früher traditioneller Weise den Frauen zufielen.

LN: Kämpfen die Frauen auch um Rechte gegenüber den Männern?

Carolina: Den Frauen stellen sich in erster Linie ganz andere Probleme. Sie müssen sehen, wie sie ihre Kinder durchbringen, der Mann ist im Gefängnis oder wird verfolgt. Die Familie muß vor militärischen Angriffen geschützt werden. All diese Probleme sind soviel wichtiger und größer als das Problem der Gleichberechtigung gegenüber dem Mann. Daher muß die Frau in ihrem Kampf Prioritäten setzen und ihre ganze Kampfkraft für klar definierte vorrangige Ziele einsetzen. Es geht nicht um den Kampf zwischen Frauen und Männern, sondern darum, als Arbeiter und Unterdrückte gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Letztes Jahr organisierte die AMES z.B. eine Demonstration der Hausfrauen gegen die Preis-

erhöhungen. Es war eine reine Frauendemonstration aber die Frauen gingen nicht dorthin als Frauen sondern als betroffener Teil der Bevölkerung.

LN: Glaubst du, daß sich die Unterdrückung der Frau nach der Befreiung von selbst aufheben wird?

Carolina: Nein, das glaube ich nicht. Die demokratische Regierung wird den Problemen der Frauen keine mechanische Lösung bieten können. Man kann nicht davon ausgehen, daß nach dem Sieg die Probleme der Frau gelöst sein werden, daß z. B. der Machismus ausgerottet sein wird. Der Machismus z. B. ist eine so tief verwurzelte Ideologie in Lateinamerika, die sich nicht von heute auf morgen ändern läßt. Das wird ein langwieriger Prozeß sein und erst im Laufe des Aufbaus der neuen Gesellschaft erreicht werden können. Zumal es sogar viele Frauen gibt, die den Machismus in ihren Köpfen haben und ihn akzeptieren.

LN: In Nicaragua hat sich die Situation für die Frauen nach der Revolution in einigem geändert. Wie siehst du dies für El Salvador?

Carolina: Ich glaube, daß in der Aufbauphase des Landes durch das Programm der revolutionär-demokratischen Regierung die Frauen wesentlich stärker ins politische Leben integriert werden müssen. Das Regierungsprogramm sieht ja die politische Beteiligung aller sozialer Gruppen vor. Außerdem gibt es viele andere Gruppen, die den Frauen zugute kommen werden, wie zum Beispiel die Schaffung von Arbeitsplätzen für alle oder die Ausrottung des Analphabetismus. Dies alles wird dazu dienen, daß sich die Frau weiterentwickeln kann in der neuen Gesellschaft und nicht auf ihrem heutigen Stand stehenbleiben muß. Ich denke aber, daß vieles von den Frauen selbst abhängen wird und davon, wie sie ihre Rechte verteidigen werden und sich nicht nach der Revolution in ihre alte Rolle zurückdrängen lassen.



BOLIVIEN

Kokain belebt bolivianischen Export

Die Einschätzung des Putsches von García Meza & Co. als Staatsstreich neuer Qualität erfuhr durch einen Sonderbericht des US-Magazins NEWSWEEK vom 9.2.1981 eine unerwartete Bestätigung. Denn durch die blutige Machtübernahme im Juli letzten Jahres bekamen erstmals Drogenhändler unmittelbaren Zugang nicht nur zum Staatsapparat sondern auch zur "Regierung".

Dabei spielte die Figur des bis vor wenigen Tagen amtierenden "Innenministers" Arce Gómez eine zentrale Rolle. Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen und Quellen der Geheimdienste sollen unter dem Schutz von Arce mindestens drei bedeutende Ringe von Kokainhändlern ihrem blühenden Gewerbe nachgegangen sein.

Einen dieser Ringe kontrollierte José Roberto Gasser, der frühere Präsident der Industrie- und Handelskammer von Santa Cruz und Angehöriger der deutschen Kolonie in Bolivien. Gasser wurde zusammen mit einem anderen bolivianischen "Geschäftsmann" im Juni letzten Jahres in Miami festgenommen, nachdem er angeblich 9 Mio. Dollar von US-Zwischenhändlern für Kokainlieferungen erhalten hatte. Er ließ eine Kaution von 1 Million Dollar verfallen und tauchte bald wieder in Santa Cruz auf. Ein zweiter Ring wird den Berichten zufolge in Santa Cruz von Alfredo Cutiérrez kontrolliert, der zusammen mit Gasser in Miami verhaftet wurde und ebenfalls eine Kaution von 1 Mio. Dollar verfallen ließ. Sein militärischer Schutzpatron ist der "Minister" für Erziehung und Kultur, Oberst Ariel Coca.

Der dritte und bislang größte Ring besteht schon seit den frühen 70er Jahren. Angeblich verdankt er sein Wohlergehen dem neuen Chef des militärischen Geheimdienstes Oberst Faustino Rico Toro. Der Ring war sogar in der Lage, eine Schlüsselposition in der zweiten Armeegruppe von Santa Cruz zu besetzen. Der betreffende Mann, José Abraham Batista, wurde jedoch ermordet, weil er versucht hatte, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Ein vermutlich sehr lohnendes Unternehmen, wenn es geklappt hätte. Jedenfalls ist der Handel mit der Droge inzwischen so attraktiv geworden, daß der Export des Kokains das Zinn von seiner bisher führenden Stellung verdrängen konnte. Für dieses Jahr wird erwartet, daß der Marktwert des verkauften Stoffes einen Betrag von 1,6 Mrd. Dollar erreichen wird.

Von Seiten der US-Regierung müssen deshalb auch die dargestellten Beziehungen zwischen Militärdiktatur und Kokainmafia als Begründung für die noch nicht erfolgte Anerkennung des Regimes und fehlende finanzielle Unterstützung herhalten.

Bedenkt man nämlich, wie großzügig die u.a. von der neuen UNO-Botschafterin Kirkpatrick erläuterte neue Außenpolitik der Regierung Reagan auf jede Diktatur baut, die sich der Wahrung US-amerikanischer 'Sicherheitsinteressen' verschreibt, so erscheint das Verhalten Washingtons durch den Kampf gegen den Drogenmißbrauch allein wohl kaum als hinreichend erklärt.

Ferner macht die Tatsache nachdenklich, daß schon zur Zeit der Banzerdiktatur Gerüchte nicht verstummen wollten, wonach der damalige Besuch Kissingers in Santa

Cruz auch dem Einfluß auf und der Kontrolle über den Drogenhandel dienen sollte.

Inzwischen sind die US-Amerikaner aus dem Geschäft verschwunden. Selbst der Handel in den USA läuft häufig unter bolivianischer Regie, und teilweise ist sogar schon die Weiterverarbeitung des Stoffes den nordamerikanischen "Spezialisten" entzogen. Sollte somit hinter der löblichen Kampagne gegen die Suchtstoffe letztlich nur die Angst um eigene Geschäftsanteile stecken ...?



Der Kokainhändler Arce Gómez
als Tarabuco-Indianer getarnt

**Spendet für die fortschrittlichen
Kräfte im Kampf für die Demokratie
in BOLIVIEN**

Postscheckkonto Berlin - West, E. Kohut
Nr. 380 087 - 108 ; Kennwort: BOLIVIENSOLIDARITÄT

Kehrt Banzer zurück?

Die politischen Ereignisse, vor allem der letzten zwei Monate, weisen deutliche Anzeichen für eine Konsolidierung der Militärdiktatur auf. Zwar läßt die Reagan-Administration mit der Wiederaufnahme der Beziehungen noch auf sich warten, doch wurden mit der letzten Regierungsumbildung vom 26.2. sichtlich die wichtigsten Bedingungen dafür erfüllt. Lediglich García Meza meint, durch das Opfer seiner Kameraden die eigene Haut retten und weiterhin an der Macht bleiben zu können.

Herauszuheben ist in erster Linie der Rücktritt von Arce Gómez. Gründe für den Rücktritt des gefürchteten Innenministers und Sprengstoffexperten dürften zunächst in der empörten Reaktion selbst weiter Kreise der Armee auf die brutale Ermordung der MIR-Führung am 15. Januar zu sehen sein.

Ferner veröffentlichte die katholische Zeitung "Presencia" am 5.2.1981 einen Artikel über das Ausmaß des Kokaingeschäfts mit deutlichem Hinweis auf die Verbindungen zwischen Dealern und Regierungsmitgliedern. Diese Veröffentlichung nahm der Vater eines der Ermordeten, General a.D. Hugo Suárez Guzmán, ehemaliger Banzer-Minister, zum Anlaß, gegen die Behauptungen des Innenministeriums (sprich Arce Gómez), die Ermordeten seien selbst in den Kokainhandel verwickelt gewesen, öffentlich energisch zu protestieren und glaubhafte Beweise für diese Beschuldigung zu fordern. Damit hat sich ein bedeutender Banzer-Anhänger und anerkanntes Sprachrohr seiner Militärfraktion deutlich gegen Arce Gómez gestellt.

Einige Tage später erlitt Arce zusätzlich eine wichtige politische Niederlage in der Hochburg des Kokaingeschäfts – nämlich in Santa Cruz –, wo seine Gefolgschaft am ehesten zu finden ist: nach einer Rede, in der er seine Absichten zur Einführung des Franco-Faschismus in Bolivien darstellte, brachte das Comité Cívico von Santa Cruz (das eigentliche und offizielle Machtorgan der herrschenden Agro-Industriellen, Schmuggler und Kokaindealer in diesem Departement) seine kategorische Ablehnung dieses Vorhabens zum Ausdruck. Der Präfekt, ein enger Regierungskollaborateur, trat aus Protest zurück.

Als verzweifelter Versuch, die US-Regierung zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu bewegen, entsandte die García-Meza-Regierung einen neuen designierten "Botschafter" in die USA, der während einer Pressekonferenz am 3. Februar in Washington die US-Regierung anflehte, endlich diesen Schritt zu vollziehen. Dabei nahm er Demütigungen in Kauf, drohte aber auf der anderen Seite, den Kokain-Handel so weit ausdehnen, daß dieser für die USA zu einem ernsthaften Problem werden würde. Damit bestätigte er ganz offen und unwiderruflich die Richtigkeit von Aussagen der bolivianischen Opposition und kürzlich erschienenen nordamerikanischen Presseberichte (vgl. z.B. das Magazin NEWSWEEK/ Artikel in dieser Nummer) über die Natur des Putsches vom 17. Juli und die Rolle, die García Meza und Arce Gómez zukommt. Nach dem Mißerfolg des "Botschafters" Justo Damas dementierte die Diktatur, daß dieser in offizieller Funktion aufgetreten sei. Das Ausbleiben einer definitiven Stellungnahme des US-Außenministeriums erklärte das bolivianische Mafia-Regime mit der "Überlastung der neuen US-Regierung", sie habe noch keine Zeit gehabt, den Fall Bolivien angemessen zu studieren."

Am 26. Februar erfolgte die erste Regierungsumbildung seit dem blutigen Putsch im

vergangenen Juli, die von der Diktatur in einer ersten Stellungnahme als "zweite Phase einer natürlichen Entwicklung des am 17. Juli 1980 begonnenen Prozesses" bezeichnet wird. Sieben Minister, darunter drei Zivilisten, wurden neu ernannt, und einer übernahm ein neues Ressort. Interessant ist vor allem die Ernennung zweier Zivilisten für das Außen- und Finanzministerium: Marion Rolón Anaya, ein erfahrener Außenpolitiker, der die schwierige Aufgabe hat, die Isolierung des Regimes zu überwinden, und Jorge Tamayo Ramos, eine für den IWF bekannte Figur. Beide hatten während der Banzerdiktatur schon einmal diese Ressorts inne und gehören zu den engsten Mitarbeitern Banzers (bei den Wahlen vom vergangenen Juni kandidierte Rolón Anaya für die Vizepräsidentschaft unter Banzer). Auch einige der übrigen neuen Minister des Kabinetts lassen Rückschlüsse auf eine Stärkung der Position Banzers zu.

Fraglich sind u.a. vor allem zwei Aspekte: wie lange hält sich García Meza noch an der Macht? Diese erste Gesichtsoption der Kokainiktatur bleibt für eine Anerkennung durch die USA unzureichend, solange nicht das Kokain-Geschäft selbst von den Nordamerikanern kontrolliert wird. Ferner bleibt die Rolle von Arce Gómez undurchsichtig. Als er seinem Amtsnachfolger General Celso Torrelio das Innen- und Justizministerium übergab, hielt er eine Rede in der er u.a. folgende geistige Höhenflüge unternahm: "... Ich möchte den paramilitärischen Kameraden meinen Gruß zukommen lassen, durch deren Mitarbeit die Kontrolle und das Weiterbestehen des politisch-administrativen Apparates erreicht wurde, indem sie die Durchführung der militärischen Operation vom 17. Juli sicherten und unterstützten und als Aufseher der nationalen Revolution des Wiederaufbaues weiterhin bestehen bleiben. "Im Lande waren Gerüchte laut geworden, wonach er als Botschafter nach Spanien geschickt werden sollte. Andererseits ist nicht auszuschließen – und nach der zitierten Äußerung wahrscheinlich –, daß er die Funktion, die er während der Amtszeit von Lidia Gueiler (November 1979 bis Juli 1980) innehatte, wieder übernehmen könnte: nämlich die des Chefs der Repressionsorgane außerhalb der Streitkräfte. Dies wäre ohne weiteres möglich, da die paramilitärischen Kommandos im Land unter seiner Kontrolle stehen. Dadurch könnte dann die Regierung auch von einer "institutionellen Öffnung" sprechen, da ja die Repressions- und Säuberungsaktionen nicht mehr unter ihrer Kontrolle vonstatten gingen. Damit würde das Gesicht der Diktatur bezüglich der Menschenrechtsverletzungen verbessert, während man gleichzeitig die Möglichkeit behält, oppositionelle Kräfte mit Waffengewalt auszuschalten.



CHILE

König Pinochet

Am 11. März, siebeneinhalb Jahre nach dem Putsch vom 11.9.73, begann die sogenannte Übergangsphase- die von der Diktatur erarbeitete Verfassung tritt in Kraft, aber selbst die eingeschränkten Rechte, die sie auf dem Papier enthält, bleiben durch Übergangsbestimmungen noch eingeschränkt: Repression, Rechtlosigkeit des chilenischen Volkes, Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung kennzeichnen die Realität auch unter dem neuen Etikett.

Pinochet zog um aus seinem bisherigen Amtssitz Diego Portales in den historischen Präsidentenpalast La Moneda. Am 11.9.73 wurde die Moneda von den Putschisten bombardiert: von dort richtete Salvador Allende seine letzte Ansprache an das chilenische Volk, dort wurde er von den Putschisten umgebracht.

Vor wenigen Tagen hat US-Präsident Reagan die bisherigen (von Carter verhängten) Sanktionen gegen die chilenische Diktatur aufgehoben.

Die chilenische Realität wollen wir schlaglichtartig an zwei Bereichen verdeutlichen.

Am Zustand absoluter rechtlicher Willkür gegenüber den Gegnern des Regimes hat sich nichts geändert: so wurde für den Kampf gegen "Terroristen" kurzerhand die Gesetzgebung geändert: - danach ist künftig in allen Fällen, in denen ein Uniformierter zu Tode kommt ein Militärgericht zuständig, und zwar nach den verschärften Bedingungen wie in K R I E G S Z E I T E N. Dieses Militärgericht kann natürlich nicht nur Todesurteile verhängen, es kann dies vor allem in kürzester Zeit, was dem Angeklagten jede Chance einer Verteidigung nimmt. Der entsprechende Gesetzesartikel ist übrigens so vage abgefasst, dass sogar ein Verkehrsunfall, bei dem ein Uniformierter Ordnungshüter zu Tode kommt, nach diesem Gesetz abgeurteilt werden könnte.

Hinter dieser Verschärfung steht offenbar die Angst vor der zunehmenden Militanz des Widerstands, wie sie sich im Jahre 1980 entwickelt hat. Hatte die Linke diese Aktionen bisher fast ohne eigene Verluste durchführen können, so wurde Mitte Februar die Festnahme einer Gruppe von Personen bekannt gegeben, die dem MIR angehören sollen. Verhaftet wurden sie jedoch Ende Januar, danach blieben sie zwanzig Tage in den Folterkellern des Geheimdienstes. Dieser Gruppe werden kurzerhand alle relevanten Aktionen im Jahre '80 angelastet - und in der Darstellung der offiziellen Presse sind sie natürlich bereits überführt. Neben einer Reihe von Banküberfällen und der Sprengung von Hochspannungsmasten sollen sie auch den Tod des Geheimdienstoffiziers Vergara im letzten Juli verursacht haben. Damals hatte der Chef der Kripo allerdings vermutet, die Täter seien nicht beim MIR zu suchen.

Zu den Aktionen des militanten Widerstands hatte auch eine Serie von Brandanschlägen gegen Vergnügungsorte der "upper ten" gehört- Luxusrestaurants wie Diskotheken. Nach Berichten chilenischer Medien sind in einigen Fällen Zweifel aufgekommen, ob wirklich all diese Aktionen dem Widerstand zuzurechnen sind. Zumindest in einigen Fällen besteht begründeter Verdacht, dass Unternehmer auf eigene Rechnung den "Terroristen" den Brandsatz in die Schuhe schieben wollen, den sie zwecks Versicherungsbetrugs selbst in ihr marodes Unternehmen legen lassen.

Im Dienste des Vaterlandes

Was unter chilenischer Justiz gegenwärtig zu verstehen ist, dafür noch zwei Beispiele: Die Carter-Regierung hatte 1976 symbolische Sanktionen gegen die chilenische Diktatur verhängt, weil sie sich weigerte, den für die Ermordung des ehemaligen UP-Aussenministers Letelier verantwortlichen Geheimdienstchef Contreras und zwei beteiligte Offiziere an die USA zur Aburteilung auszuliefern. Diese Sanktionen bestanden im Ausschluss der chilenischen Flotte aus gemeinsamen Manövern und dem Verbot, Exporte nach Chile durch staatliche Kredite vorzufinanzieren. Die praktische Wert dieser Massnahme war tatsächlich gering, da die chilenische Bourgeoisie hinreichendes Vertrauen bei kapitalistischen Kreditgebern fand.

Reiner Hohn aber ist es, wenn der Sprecher des State Department erklärt, der Fall Letelier bleibe auf der Tagesordnung. Für die chilenische Regierung ist der Fall entgültig zu den Akten gelegt. Zwar hatte siegenüber Carter beteuert, selbst ein Verfahren einzuleiten, was sie unter dem Stichwort "Passfälschung u.a." (!!!) tatsächlich tat. Dieses Verfahren ist im Januar abgeschlossen worden. Niemand hat natürlich ernsthaft mit irgendeiner Verurteilung rechnen können und natürlich auch mit keiner irgendwie ernsthaften Untersuchung des Mordes. Herausgekommen ist tatsächlich, dass die Passfälschung zum patriotischen Verdienst erhoben und die Morde einfach unter den Teppich gekehrt wurden. Der Militär Richter erklärte, wenn die Fälschung der Pässe (mit denen die Agenten in die USA einreisten) auch gegen das Strafgesetz verstiesse, so seien solche Praktiken für die Aufgaben der DINA Angehörigen für ihre Sicherheit notwendig gewesen. Das angebliche Delikt sei durch den "ethisch-sozialen Zweck" gedeckt und aus diesem Grund müsse es als erlaubt angesehen werden. Und im Hinblick auf den Mord hatte der Richter einfach keine Erkenntnisse gewonnen, um ein Verfahren zu eröffnen.

Dieser Zynismus der Rechtsbeugung hat seine Entsprechung in der tagtäglichen Praxis des Geheimdienstes: Die Zeitschrift HOY veröffentlichte (Nr.182) die Kopie eines Schreibens, in dem der Geheimdienstchef beim Innenminister nachträglich die Haftbefehle beantragt, die seine Agenten vor der Verhaftung in Händen hätten haben müssen.

Für einen Dollar am Tag

Könnte man den offiziellen chilenischen Angaben glauben, so geht es dem chilenischen Volk wirtschaftlich so gut wie nie zuvor in seiner Geschichte. Was von diesen Behauptungen tatsächlich zu halten ist, zeigt ein Blick auf das staatliche Notstandsprogramm (PEM). Was 1975 bei der Einführung der "Gesundschumpfungspolitik" als vorübergehende Massnahme angekündigt wurde, ist längst zur Dauereinrichtung geworden. Aber nicht nur das: angefangen wurde das Programm mit ca.

126 000 "Angestellten" (Dezember 1975)- zum damaligen Hungerlohn von 150.-DM monatlich und einem Preisniveau, das sich den Industrieländern annähert. Schon im folgenden Jahr stieg die Zahl auf fast 190 000, sank dann zwischendurch wieder auf 120 000. Ende 1980 hat sie den absoluten Höchststand erreicht: und die 200 000-Marke überschritten. Was diese Zahl aber noch dramatischer macht: gegenüber 1975 ist der Lohn auf den Gegenwert von 33 Dollar gesunken!!! Mit anderen Worten: so erfolgreich ist das chilenische Wirtschaftsmodell, dass allein im letzten Jahr 40 000 Chilenen sich neu in dieses Programm einschrieben, um wenigstens 1 Dollar pro Tag "verdienen" zu können.

Und diese 200 000 Chilenen sind natürlich nicht in der offiziellen Statistik der Arbeitslosen enthalten, die würden sie von 11,1% auf 18% schnellen lassen: sie gelten als vollbeschäftigt. Geht es um die offiziellen Durchschnittslöhne, so werden die PEM-Arbeiter ebenfalls ausgeklammert: dann nämlich wäre der Schwindel der offiziellen Zahlen zu offenkundig. Die Zeitschrift HOY interviewte einige Mitarbeiter des PEM: die meisten von ihnen arbeiten seit 75/76 in dem Programm, sind auf weitere Gelegenheitsarbeiten oder Heimarbeit angewiesen - denn mit diesem Geld lassen sich gerade die Rechnungen für Gas, Wasser und Licht bezahlen. Eine Frau erklärte dem Lateinamerika-Korrespondenten des ZDF, Eckstein, den Tag davor habe sie aus Erschöpfung nicht zur Arbeit gehen können, weil das Geld nicht zum Essen gelangt habe, andere äßen zum Mittag die Teeblätter vom Frühstück. Der Journalist hatte vor kurzem ausgerechnet, dass sich ein mittelgrosser Hund von diesem Einkommen ernähren lasse.

Von den wirtschaftlichen Erfolgen, die die Diktatur laufend behauptet, profitieren 20% der chilenischen Bevölkerung: sie haben gegenüber 1970 ihr Einkommen steigern können: für 60% der Bevölkerung aber hat es sich in den Jahren der Diktatur verschlechtert - im Schnitt um 20%. Plastischer wird die Kluft, die arm und reich heute in Chile trennt, vielleicht noch durch folgendes Detail: Dass man im heutigen Chile von einem Dollar am Tage nicht leben kann, dürfte jedem klar sein. Es ist schon schwierig genug, von 1.500 Dollar pro Monat zu leben: das jedenfalls erklärte der Bürgermeister von Santiago, als er Ende 80 von seinem Posten zurücktrat, ...und suchte sich einen besseren Job in der "freien" Wirtschaft.



Aufruf

Zwischen dem 26. Januar und dem 29. Januar wurden in Santiago de Chile folgende Personen verhaftet:

1. Miriam de Lourdes Ortega Araya
2. Victor Ortega Araya
3. Carmen Escobar Gonzales
4. Carlos Arturo Garcia Herrera
5. Rodolfo Rodriguez

Die Diktatur wirft ihnen vor, verantwortlich für die bewaffneten Widerstandsaktionen der letzten 6 Monate zu sein. Weiterhin werden sie für den Tod des am 15. Juli 1980 einem Attentat zum Opfer gefallenen Commandante Roger Vergara, Chef des militärischen Geheimdienstes, Abteilung Heer, verantwortlich gemacht. (Für dessen Tod hat keine chilenische Organisation je die Verantwortung übernommen.)

Am 21. Februar wurde in Chile ein Gesetz verabschiedet, wodurch die Militärgerichte für Kriegszeiten wieder eingeführt werden. Das bedeutet, dass politische Gefangene auf eine total willkürliche Art und Weise durch ein Schnellverfahren zum Tode verurteilt werden können. Die Diktatur hat jetzt vor, die obengenannten Gefangenen exemplarisch und auf institutionalisiertem Weg zu ermorden. Diese Gefangenen sollen also herhalten für eine neue Stufe des Terrors, die eine Reaktion der Diktatur auf die gestiegenen Widerstandsaktionen in Chile darstellt. Die fünf jetzt verhafteten Personen sollen daher auf jeden Fall verurteilt und ermordet werden, egal wie sehr sich die erhobenen Vorwürfe beweisen lassen oder nicht. Dies kann nur verhindert werden, wenn es gelingt, der chilenischen Diktatur deutlich zu machen, dass eine grosse Öffentlichkeit im Ausland das Vorgehen gegenüber den Gefangenen verfolgt, also eine rasche und geheime Aburteilung und Ermordung nicht mehr möglich ist. Wir fordern daher alle Freunde, Genossen und fortschrittlichen Organisationen auf, sich für das Leben der Betroffenen einzusetzen.

Als erster Schritt einer grösseren Kampagne soll folgendes Telegramm umgehend von so vielen Leuten und Organisationen als möglich nach Chile geschickt werden:

"EXIGIMOS SE RESPETE LA VIDA DE: MIRIAM ORTEGA ARAYA, VICTOR ORTEGA ARAYA, CARMEN ESCOBAR GONZALES, CARLOS GARCIA HERRERA Y RODOLFO RODRIGUEZ."

(Wörtlich übersetzt bedeutet der Text: "Wir fordern, dass das Leben von respektiert wird")

ADRESSE: SR. MINISTRO DEL INTERIOR SERGIO FERNANDEZ
Edificio Diego Portales
- Santiago de Chile / CHILE

Denkt daran: Jede noch so kleine Beteiligung an dieser Aktion ist wichtig und erhöht die Überlebenschancen der Betroffenen!

PARAGUAY

Vertreibung der Toba-Maskoy

Ein dringender Appell

Das Nationale Eingeborenen-Institut (INDI), ein staatliches paraguayisches Organ, das mit allen Indianerangelegenheiten befaßt ist, deckte die militärische Besetzung des Ortes Casanillo im paraguayischen Chaco. Dieser Ort war aufgrund eines vom Präsidenten der Republik unterzeichneten Dekretes auf dem Wege der Enteignung für 700 Eingeborene des Toba-Maskoy-Stammes erworben worden.

Das Enteignungdekret hatte endlich - nach langen Jahren des Umhertreibens, der ständigen Vertreibungen und erzwungenen Wanderungen in Ungewißheit und wachsender Abhängigkeit - den Toba-Maskoy gerechterweise einen Teil ihres von den Vorfahren ererbten Landes zurückgegeben. Die Ruhe der Toba-Maskoy, nun endlich auf ihrer eigenen Land zu sein, dauerte hingegen nicht einmal 24 Stunden.

Einzelheiten über diese empörenden Ereignisse findet man in dem angefügten Bericht der paraguayischen Bischofskonferenz (CEP). Die Bischofskonferenz hatte seinerzeit alle Eingaben und Anträge unterstützt, das Gebiet um Casanillo den Toba-Indios zu übergeben.

Die Tatsache, daß das INDI nicht die Interessen der Eingeborenen, sondern die des größten Latifundiums in Paraguay (Besitzer von 2,3 Millionen ha = 23.000 km²) verteidigt hat, daß es sich einfach über ein Dekret hinweggesetzt hat, zeigt, daß dieses staatliche Organ sich in einem offenen Widerspruch zwischen seiner tatsächlichen Haltung und seinem vermeintlichen Auftrag befindet. Dabei muß unterstrichen werden, daß die erwähnte Haltung auf einer regierungsamtlichen Linie liegt, die offensichtlich starken Wirtschaftsinteressen entspricht und von den Militärs und den großen Viehzüchtern getragen wird. Die Stärke dieser beiden Gruppen liegt in der Bedeutung, die sie für die Erhaltung des Machtgleichgewichts in Paraguay haben.

Der Präsident des INDI, General Marcial Samaniego (Verteidigungsminister!), der bei dem Eingriff in das gesetzliche Verfahren die Hauptrolle spielte, deutete mit seinem Verhalten die Rückkehr zu einer harten Linie an, indem er eine Politik fallenließ, die noch vor wenigen Jahren dahin tendierte, die aus dem Ausland kommenden Anschuldigungen des Völkermords zu beschwichtigen. Die Regierung versuchte damals, diese Anschuldigungen hartnäckig zu negieren, geschickt durch Anzeigen und das Versprechen einer neuen Gesetzgebung zur Landbesitzfrage der Eingeborenen sowie durch Enteignungszusagen davon abzulenken - Versprechen, die nie eingehalten wurden, sondern nur dazu dienten, gewisse Gelder zu bekommen und weiterzuleiten, wie z.B. diejenigen, die man kürzlich von den Vereinten Nationen für eine Volkszählung unter den Eingeborenen und möglicherweise sehr bald für eine Unterstützung beim Ausbau und zur Stärkung des INDI selbst erhalten hat.

Die jüngsten Ereignisse jedoch geben mehr als je zuvor Anlaß zu der gerechtfertigten Anklage des Völkermords: die Toba-Maskoy

wurden gewaltsam und auf betrügerische Weise von ihrem angestammten und rechtmäßig wiedererlangten Land vertrieben und auf Militärlastwagen zu einem neuen, willkürlich ausgewählten, weit von ihrem Ursprungsgebiet entfernten Bestimmungsort gebracht, in eine ungastliche Gegend ohne Wasser und ohne die Möglichkeit, Landwirtschaft oder Viehzucht zu betreiben. Sie wurden dort einer neuen Verzweiflung überlassen, indem sie sich gefangen fühlen und nur mit der entlarvenden Illusion von Regierungsversprechungen lebend ("sie werden Häuser und kleine Landgüter haben wie die Mennoniten").

Diese Vorgänge erfüllen den Tatbestand des Art. 2 ff. der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen über den Völkermord (UN-Vollversammlung vom 9.12.48): in der gegenwärtigen Situation werden die Toba-Maskoy keine Möglichkeit zum Überleben haben. Die einzige Möglichkeit des Überlebens besteht für die Toba-Maskoy in ihrer Rückkehr nach Casanillo auf ihr rechtmäßiges Land. In diesem Sinn geht es um die dringende Verteidigung der Gültigkeit von Rechtsnormen, besonders des Dekretes über die Enteignung.

Was für die Toba ein weiterer Rückschritt in ihrer schwierigen Geschichte der jüngsten Zeit ist, kann, wenn die Wiederherstellung des Rechtszustandes mit der Unterstützung von Autoritäten, die die Interessen der Eingeborenen klar und überzeugend verteidigen, nicht erreicht wird, sich in die definitive Beendigung eines Weges in die Zukunft und zum sicheren Überleben für zahlreiche andere Eingeborenengruppen verwandeln, die in Paraguay noch immer auf eine Lösung ihres wichtigsten Problems - das des Landes - hoffen.

Wir bitten Institutionen und Personen, die dieses Zeugnis erhalten, ihre größtmögliche Unterstützung und Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, indem sie Briefe an folgende Adressen richten:

- 1.) Excmo. Sr.
Presidente de la Republica del Paraguay
General de Ejército Alfredo Stroessner
Palacio de Gobierno
Asunción - Paraguay
- 2.) Excmo. Sr.
Ministro de Defensa Nacional
Gral. de División Marcial Samaniego
Presidente del INSTITUTO NACIONAL DEL INDIGENA
Avda. Mcal. Lopez y Vice Pdte. Sanchez
Asunción - Paraguay
- 3.) Dr. Juan Manuel Frutos
Presidente del Instituto de Bienestar Rural
Tacuarí 276
Asunción - Paraguay
- 4.) Corte Superior de Justicia
Chile y 14 de julio
Asunción - Paraguay

Darin sollten folgende Forderungen erhoben werden:

- a) die Einhaltung der Rechtsvorschriften, insbesondere die des Dekretes Nr. 20 035 vom 10. Oktober 1980 über die Enteignung von Casanillo zugunsten der Toba-Maskoy;
- b) die Anwendung einer Eingeborenen-Politik, die ohne Zweideutigkeiten die Interessen der Indianer verteidigt, besonders bei der Erhaltung ihres Landes - gegen die fremden Interessen, die dem Überleben der Eingeborenengruppen entgegenstehen;

c) den Beweis, daß die Epoche, in der Anklagen wie die des Völkermords möglich waren, endgültig überwunden ist - durch die Annahme der Gesetzesvorlage über Eingeborenengemeinschaften.

Gleichzeitig bitten wir, Briefe an die UNO zu richten, in denen die Aufhebung der Hilfe für das Nationale Eingeborenen-Institut INDI, das dem Verteidigungsministerium Paraguays untersteht, verlangt wird, da die UNO sich durch diese Hilfe zum Komplizen von Taten macht, die sie in ihren eigenen erklärten Prinzipien klar verurteilt - wie den Völkermord, der durch die Vertreibung der Toba-Maskoy-Bevölkerung aus ihren traditionellen und rechtmäßig wiedererlangten Gebieten gegeben ist.

Schreiben Sie bitte an lokale und regionale Büros der UNO!

In Paraguay sind die Briefe an folgende Adresse zu richten:

Oficina Central de las Naciones Unidas
Edificio Citybank
3^o Piso
Estrella 345
Asunción - Paraguay

Bitte schicken Sie Kopien dieser Briefe an:

Equipo Nacional de Misiones de la Conferencia Episcopal Paraguaya
Calle Alberdi 782, Asunción - Paraguay.

Asunción, 12. Januar 1981

(Dieser Text wurde von Mitarbeitern verschiedener Institutionen formuliert, die in Paraguay mit Eingeborenen arbeiten).

Dokument der Bischofskonferenz

(Das nachfolgende Dokument ist von einer Kommission der paraguayischen Bischofskonferenz ausgearbeitet und von der Vollversammlung der Bischöfe Paraguays verabschiedet worden. Aus Platzgründen konnte es hier nicht vollständig wiedergegeben werden. In der Übersetzung sind aber nur wenige Punkte ganz weggelassen worden, die meisten wurden zusammenfassend dargestellt, die wichtigsten Passagen sind jedoch ungekürzt geblieben.)

1.) Vorgeschichte

1.1. Kurzer historischer Überblick:

Die weite Chaco-Region, traditionelles Wohngebiet verschiedener Eingeborenenvölker, wird im Jahre 1885 mit dem "Verkaufsgesetz für öffentliche Ländereien" zum Verkauf angeboten. Nach Erlass dieses Gesetzes erwirbt der Argentinier Carlos Casado (zu nicht genau bekannten Bedingungen) im Jahre 1888 mehr als 2.000 Quadratmeilen, d.h. 3,7 Millionen ha Land.

Später kommen die Mennoniten ebenfalls mit dem Ziel, den Zentral-Chaco zu kolonisieren. Im Jahre 1896 gründet die Anglikanische Kirche dort ihre erste Missionsstation. Zu dieser Zeit baut die Firma Casado S.A. eine Eisenbahnlinie, die mitten durch das Wohngebiet der Toba-Maskoy führt und gleichzeitig traditionelle Gebiete anderer Eingeborenenvölker berührt.

In den folgenden Jahrzehnten entfaltet die Firma Casado S.A. verschiedene wirtschaftliche Aktivitäten in dem Gebiet, ohne dabei

in irgend einer Weise auf die Belange der dort lebende Eingeborenen Rücksicht zu nehmen. Dadurch kommt es unter den Indios zu Entwurzelung, erzwungenen Wanderungen und zum Eindringen in das Wohngebiet anderer Stämme, was zu schweren Konflikten führt.

1.2. Eingeborene auf den Ländereien der Firma Casado S.A.:

Carlos Casado verfügte, als er die 3,7 Millionen ha erwarb, über das traditionelle Siedlungsgebiet der Toba-Maskoy, der Guaná, der Sanapaná, der Angaité, der Lengua, der Chiriguano und der Tapieté. Er erwarb das Gebiet mit allen darauf befindlichen Eingeborenen. Sein "Eigentum" berührt also sieben traditionelle Eingeborenen-Gebiete.

2.) Zur gegenwärtigen Situation der Eingeborenen

2.1. Studien und Alternativen:

Lange Jahre der Arbeit und Betreuung der Eingeborenen auf dem Gebiet von Casado durch die katholische Kirche ermöglichen ihr eine ziemlich umfassende Kenntnis der Situation der Eingeborenen. Trotzdem hat die Bischofskonferenz bei der Erstellung dieser Studie auf die Dienste eines Fachmannes zurückgegriffen, der ständig mit den anthropologischen, demografischen und ethnischen Problemen der Eingeborenengemeinschaften befaßt ist, die auf dem Gebiet der Firma Casado leben.

Dazu einige ethno-demografische Daten:

a) Toba-Maskoy

mit einer Bevölkerung von 700 Personen (laut Volkszählung, die Zählung umfaßt aber nur die Kernbevölkerung, nicht diejenigen Toba-Maskoy, die aufgrund von individueller Arbeitssuche über den ganzen Chaco verstreut leben),
ihr traditionelles Wohngebiet: der Ort Casanillo.

b) Angaité, Lengua, Guaná, Sanapaná, Chiriguano und Tapieté

mit insgesamt 1.600 Personen (geschätzt),
ihr traditionelles Wohngebiet: das ganze Gebiet von Casado und darüber hinaus.

2.2. Der Fall Toba-Maskoy:

Auf ihrer Suche nach Beschäftigung dringen viele Toba-Maskoy in das traditionelle Wohngebiet der Lengua ein und konkurrieren mit diesen auf dem ohnehin kleinen 'Arbeitsmarkt'. Infolge dieser Situation kommt es zu Alkoholismus und zu einer Reihe von schweren Konflikten zwischen Toba und Lengua, so daß die dort ansässigen Mennoniten die Militärpolizei zu Hilfe rufen müssen, um eine gewisse Ordnung wieder herzustellen.

Als 'Beruhigungsmaßnahme' werden 40 Toba auf einem Lastwagen der Mennoniten-Kooperative bis zum km 145 der Casado-Eisenbahn gebracht und die Rückkehr wird ihnen untersagt. Die Gemeinschaft der Toba interpretiert das als eine kollektive Verbannung und ruft das INDI und die katholische Kirche um Hilfe an.

3.) Eingaben an das Institut für ländlichen Wohlstand (IBR)

Verschiedene Gespräche zwischen Eingeborenenfürkern und dem INDI führen am 30. Juni 1979 zur Ausfertigung eines Aktenvermerks durch den Präsidenten des INDI, in dem von folgenden Anträgen die Rede ist:

- fünftausend (5.000) ha bereitzustellen für die Ansiedlung von 120 Familien der Aché-Guayaquí, und zwar auf dem Gebiet von FINAP
- zwanzigtausend (20.000) ha für 400 Eingeborenenfamilien in einem

Ort namens CASILDA im Besitz der Firma Carlos Casado Ltda.
- zehntausend (10.000) ha zur Ansiedlung von 150 Familien des Toba-Stammes in CASANILLO, Eigentum der Firma Carlos Casado Ltda.

Wörtlich heißt es in der Note:

"Der Rat des INDI hat auf seiner Versammlung am 25. Juni dieses Jahres sein Interesse am Vorschlag bekundet, den die Leitung des INDI-Büros unterbreitet hat, das Institut für ländlichen Wohlstand (IBR) möge die entsprechenden Anträge als äußerst dringlich behandeln.

Einer der Hauptpunkte der Eingeborenenpolitik der Hohen Regierung besteht in der Schenkung von Land an die Eingeborenen-Gemeinschaften..."

.....

4.) Die Angelegenheit CASANILLO

Das Institut für ländlichen Wohlstand (IBR) ernannte angesichts der Forderung des INDI seinerseits einen technischen Funktionär, der den vorgesehenen Ort Casanillo, Chaco, in Augenschein nehmen sollte. In seinem Gutachten heißt es u.a.:

"Das 'CASANILLO' genannte Landstück kann aufgrund der landwirtschaftlichen Bedingungen und aufgrund mangelnder vernünftiger Nutzung seitens des Eigentümers, der Carlos Casado Ltda., auf einer Gesamtfläche von 10.000 ha als Eingeborenen-Reservat vorgesehen werden.

Daraufhin schaltete sich das bischöfliche Vikariat des Chaco zugunsten der Eingeborenen in die Verhandlungen mit der Firma Casado S.A. ein. Der nationale Missionsrat und die katholische Bischofskonferenz Paraguays unterstützten ebenfalls alle Eingaben an das IBR, dessen Rat schließlich am 12. September 1980 den Beschluß Nr. 1844/80 faßt, dessen entscheidende Passage lautet:

"Wir beantragen von der Exekutive eine entsprechende Autorisierung zur Belegung, Vermessung und Parzellierung von 10.000 ha der Firma Carlos Casado S.A. an einem 'CASANILLO' genannten Ort im Chaco, eingetragen im Allgemeinen Eigentumsregister als Grundstück Nr. 1095/49 zur Ansiedlung von Eingeborenen-Familien, die in der Zone ohne Landbesitz sind".

....

5.) Das Besetzungs-Dekret

Die Exekutive erläßt schließlich am 10. Oktober 1980 das Dekret Nr. 20.035: "mit dem das INSTITUT FÜR LÄNDLICHEN WOHLSTAND AUTORISIERTE WIRD, DIE BESETZUNG, VERMESSUNG UND PARZELLIERUNG VON 10.000 HA LAND DES CHACO, DAS SICH IN PRIVATBESITZ BEFINDET, VORZUNEHMEN."

Begründet wird das Dekret u.a. mit der zunehmenden Marginalisierung von mehr als 200 Eingeborenenfamilien. Die allgemeine juristische Grundlage für das Dekret bildet der Art. 16 des Gesetzes Nr. 852/63 über die Nutzung von Grund und Boden.

Unterschrieben ist es vom Präsidenten der Republik, Alfredo Stroessner.

6.) Ausführung des Dekretes

Als das Dekret realisiert werden soll, kommt - nachdem Regierungsvertreter, Beauftragte des INDI und des IBR, der zuständige Polizeichef, der Bürgermeister, die Vertreter der Toba und sogar ein Repräsentant der Firma Casado eine entsprechende Ausführungsakte unterzeichnet haben - die Anweisung durch den zuständigen Verwalter

der Firma Casado, daß die Angelegenheit persönlich in Händen des Verteidigungsministers General Samaniego liege und daß vorerst niemand das Gelände besetzen dürfe. Am Montag kommender Woche würden endgültige Versammlungen zu der ganzen Angelegenheit stattfinden.

7.) Gerichtliche Maßnahmen

Angesichts dieser Entwicklung entschieden sich die beteiligten Organisationen, gerichtliche Schritte einzuleiten, um sich Zugang zu dem fraglichen Gelände zu verschaffen und das erlassene Dekret zu verwirklichen. Zunächst soll eine gemischte Kommission - bestehend aus einem Richter, zwei Vertretern des IBR und Pater José Seelwische für die Bischofskonferenz - nach Casanillo reisen, um den Fall an Ort und Stelle zu prüfen. Am vorgesehenen Abreisetag meldet sich jedoch der juristische Vertreter des IBR krank, so daß die Kommission nur unvollständig ist. Sie reist trotzdem nach Casanillo, wo ihr allerdings vom Grundstücksverwalter der Firma Casado, Roberto Pear, der Zugang mit der Begründung verweigert wird, dazu bedürfe es einer ausdrücklichen Anordnung des Generals Samaniego.

Daraufhin erwirkt der Vertreter der Bischofskonferenz über deren Vorsitzenden, Msgr. Alejo Ovelar, eine Audienz beim Präsidenten des IBR, Dr. Juan Manuel Frutos. Das Ergebnis dieses Gesprächs, an dem von beiden Seiten mehrere Vertreter teilnahmen, sind zwei Beschlüsse:

- a) eine gerichtliche Anordnung zu erwirken, um mit Hilfe der öffentlichen Gewalt Zugang zu dem Gelände zu bekommen; und
- b) die Einrichtung einer inter-institutionellen Kommission - zusammengesetzt aus zwei Vertretern des IBR, dem Direktor des nationalen Exekutivbüros des INDI, Oberst Oscar Centurión, und P. J. Seelwische für die Bischofskonferenz.

Die gerichtliche Anordnung wird am 12. Dezember 1980 erwirkt. Darin heißt es klar und unmißverständlich:

"Im Falle des Widerstandes beim Zugang zu dem erwähnten Landstück können Sie über die Hilfe der öffentlichen Gewalt verfügen, die Sie entsprechend dem Recht unterstützen wird..."

8.) Absetzung des Exekutivdirektors des INDI

Am 11. Dezember versammelte sich unvorhergesehenerweise der Rat des INDI - wie es schien, um die Angelegenheit Casanillo voranzutreiben. Das Ergebnis dieser außerordentlichen Sitzung war jedoch die Absetzung des Exekutivdirektors, Oberst Oscar Centurión (Mitglied der gemischten Kommission).

Zu seinem Nachfolger wird der Oberst des Generalstabes, Nestor Machuca Godoy ernannt. Am 23. Dezember findet aus diesem Anlaß ein feierlicher Akt im Verteidigungsministerium statt, zu dem die Vertreter der nichtstaatlichen Eingeborenen-Institutionen nicht eingeladen werden...

9.) Gespräche mit der Firma Casado

In dieser angespannten Situation lädt das IBR die Firma Casado zu ausgleichenden Gesprächen ein, um eine gütliche Einigung und Lösung für das Problem zu finden.

Am 20. und 27. Dezember 1980 kommt es zu zwei intensiven Gesprächen, bei denen sich beide Seiten auf eine Reihe von Punkten einigen können - insbesondere auf einen Preis für die Entschädigung der Firma Casado für die erlittene Enteignung (25 Us-Dollar pro ha), auf die genaue Größe und Lage der einzelnen Teilstücke, auf

den Beginn der Vermessungsarbeiten (Montag, 5.1.81) und weitere Gesprächsmodalitäten.

10.) Legale Inbesitznahme des Landes

Am 29. Dezember 1980 übergibt ein Vertreter der Firma Casado den Familien der Toba-Maskoy den Schlüssel zum Eingangstor des Terrains in Casanillo und ermöglicht ihnen damit faktisch den Zugang.

Bei diesem feierlichen Akt ist auch der neue Direktor des INDI, Oberst Machuca Godoy, anwesend, der der Eingeborenen-Gemeinschaft ausdrücklich versichert, daß sie "von nun an auf dem eigenen Land angesiedelt" seien.

Die gleichzeitig ausgestellte Übereignungsurkunde wird sowohl von Oberst Machuca Godoy als auch von den beiden Vertretern des IBR, Dr. Juan Guillermo Gonzalez Vera und Luis Alberto García, von den Repräsentanten der Firma Casado, Roberto Pear und Hugo Luis Cardozo sowie vom Vertreter der Bischofskonferenz, Pater J. Seelwische und den Vorsitzenden Räten der Toba-Maskoy, Julio Esquibel, Pascual Lorenzo und Cecilio Martínez unterschrieben. Damit ist die legale Inbesitznahme voll rechtskräftig...

11.) Die letzten Ereignisse

11.1. Unerwarteter Besuch in Casanillo:

Als die Toba-Maskoy am folgenden Tag, am 30. Dezember 1980, gerade mit ersten Säuberungsarbeiten beschäftigt sind, treffen Vertreter der Regierung und der Streitkräfte ein, die mit den Eingeborenen ein Gespräch beginnen, indem sie ihnen mitteilen, daß es anderes, "tauglicheres" Land für sie gäbe und daß ihnen daher der Zugang zu dem am Vorabend besetzten Gelände wieder verwehrt werden müsse. Gleichzeitig werden die Eingeborenen überredet, auf keine andere Institution zu hören und keine Informationen an Journalisten zu geben. Ihre einzig zuständige Autorität sei das INDI, und alle Fragen sollten sie mit Oberst Machuca besprechen.

Die Gruppe, zu der der Präsident des INDI und Verteidigungsminister, der Minister für öffentliche Arbeiten, der Landwirtschaftsminister und der gegenwärtige Exekutivdirektor des INDI gehörten, verabschiedet sich von den Eingeborenen mit der Anordnung, Casanillo so lange nicht zu betreten, bis sie neue Anweisungen erhalten hätten.

Die Worte der Besuche sind durch einen Eingeborenen mit Hilfe eines Cassetten-Recorders aufgenommen worden. Die Cassette befindet sich im Archiv des Nationalen Missionsrates, dem sie von dem Eingeborenen übergeben wurde.

11.2. Vorladung von Pater Seelwische:

Am 31. Dezember in Asunción "versuchten verschiedene hohe Militärs mich davon zu überzeugen, daß die Aktion der Regierung auf die bestmögliche Art die Lösung der Eingeborenenprobleme sichern würde" (wörtliches Zitat P. Seelwische).

Am 2. Januar 1981 informiert der Verteidigungsminister, General Samaniego, P. Seelwische mündlich und höchstpersönlich von der Entscheidung der Regierung "Casanillo mit einem anderen Ort auszutauschen" und betont ausdrücklich, daß die Paraguayische Bischofskonferenz sich aus der Angelegenheit des Landes in Casanillo heraushalten solle...

11.3. Währenddessen wird die Zusammenkunft der Landvermesser im IBR unter einem richtigen Vorwand aufgelöst. Ein Vertreter der Bischofskonferenz (Nationaler Missionsrat) konnte feststellen,

daß ein Vertreter der Firma Casado S.A. zu dem Treffen erschienen war. Trotzdem informiert das IBR die Presse darüber, "daß die Zusammenkunft nicht habe stattfinden können, da der Landvermesser der Firma Carlos Casado nicht daran teilnehmen konnte"...

11.4. Abschiebung der Eingeborenen-Familien zum km 220:

Am Morgen des 3. Januar 1981 kamen Oberst Nestor Machuca Godoy und andere Militärs nach Casanillo. Sie führten zahlreiche große Lastwagen mit sich und kündigten den Eingeborenen in scharfem Befehlston an, daß sie an einen anderen Platz, nahe dem km 220, gebracht würden. Angesichts der Proteste der Toba-Maskoy zeigte der neue Direktor des INDI aus großer Entfernung ein vermeintliches "neues Dekret", das alles, was mit der legalen Inbesitznahme von Casanillo zu tun hat, außer Kraft setzen würde.

Der Exekutivsekretär des Nationalen Missionsrates, der am Morgen des selben Tages nach Casanillo gefahren war, konnte folgende Informationen der Eingeborenen aufnehmen:

(Auszüge) "SONNABEND, 3. JANUAR: General Olmedo, Oberst Machuca und andere Offiziere kommen nach Casanillo und zeigen ein vermeintliches Dekret vor, das zum Ausdruck bringt, daß die Eingeborenen Casanillo nicht haben werden. Als erster protestierte Julio dagegen, aber dann läßt er sich dadurch beruhigen, daß er zu Leutnant Montaña fährt und das neue Dekret als eine Tatsache hinnimmt. Ein Teil von uns wurde sofort auf vier Lastwagen abtransportiert. Der Rest würde am Sonntag folgen." (Aussage von Luis Maciel, Kolonie 2)

SONNTAG, 4. Januar: "Gegen 14.00 Uhr besuche ich das provisorische Lager. Die Leute begrüßen mich mit wenigen Worten, sie machen einen deprimierten Eindruck. Sie beschwerten sich darüber, daß sie kein Wasser haben und fragen Pater Seelwische, ob er kein Material zum Brunnenbau hätte.

Inzwischen trifft Oberst Machuca ein. Er sagt, daß er die Leute wegen des starken Regens habe abladen müssen, eigentlich habe er bis zum km 12 oder 17 fahren wollen, weil dort ein künstlicher Brunnen sei. Auf die Frage von P. Seelwische, wer denn den Brunnen dort angelegt habe, sagt der Oberst, dort lebe ein Siedler namens García und das Feld dort sei sehr nützlich für die Toba. Auf die Frage, ob es genügend Land dort gäbe, antwortet Machuca, es seien 20.000 ha, "sehr viel gutes Land"...

Als sich Oberst Machuca entfernt hatte, sagten die Anführer ein paar Worte zu ihrer Situation. Auf die Frage, wie es ihnen ergangen sei und wie sie hier hergekommen wären, sagten sie: "was sollten wir tun? Wir mußten ja einfach mitkommen! Dort in Casanillo gibt es gutes Land. Hier sind wir gestraft, denn es gibt kein Wasser, es gibt nichts. Das Land taugt hier nichts. Wir haben keinen, der uns anleitet. Sie vertreiben uns wie das Vieh... Wir sind für sie wie Abfall..."

P. Seelwische gibt den Anführern zu verstehen, daß er ihnen im Moment nicht helfen kann, da ihm jede Einmischung verboten sei. Er würde sie aber hin und wieder als Freund und Missionar besuchen kommen. Unterdessen hatte ein Chauffeur den Oberst von den Gesprächen berichtet. Der Oberst kam daraufhin noch einmal zurück und sagte: "Hier ist keiner gegen seinen Willen hergekommen! Lassen wir die Kritik für später, wenn alles fertig ist..."



NICARAGUA

Jahr der Verteidigung und der Produktion

Der Name, den das dritte Revolutionsjahr bekommen hat, deutet darauf hin, dass Nicaragua noch immer schweren wirtschaftlichen und politischen Zeiten entgegenblickt. Die beiden Programmpunkte Verteidigung und Produktion hängen eng miteinander zusammen. Die Verteidigung der Revolution gegen die wachsenden Feinde von aussen und innen ist nur in dem Maße möglich, indem das Land wirtschaftlich erstarkt und grössere Unabhängigkeit erlangt.

Um die Jahreswende hat es sich gezeigt, dass dem Ziel noch viele Hindernisse im Wege stehen, mit Hilfe des Systems der gemischten Wirtschaft (bestehend aus Staatsbesitz, der 20% ausmacht und den Privatbesitzern, denen der Rest gehört), Nicaragua so schnell wie möglich aufzubauen. Für 1981 ist vorgesehen, das Produktionsniveau von 1977 zu erreichen; es ist sehr fraglich, ob dies glücken wird. Die Bourgeoisie, die sich zum Zwecke der Absetzung Somozas an die Seite der FSLN gestellt hatte und mit ihr gemeinsam das Freie Nicaragua aufzubauen versprach, scheint weniger denn je geneigt, dieses Versprechen wahrzumachen. Seit der Arbeitgeberverband COSEP im November 1980 den Staatsrat verlassen hat, seit bekannt wurde, dass Teile des COSEP an der Finanzierung von bewaffneten Einheiten beteiligt sind, die heimlich gegen die Regierung aufgebaut werden, befinden sich die Sandinisten und die Bourgeoisie auf offenem Kriegsfuss.

Der Auszug aus dem Staatsrat sollte klarstellen, dass die Arbeitgeber nicht mehr bereit sind, gemeinsam mit der Regierung, der FSLN und den Massenorganisationen über Gesetze und Entscheidungen zu befinden, die die Zukunft des Landes bestimmen sollen. Das COSEP sucht zusammen mit dem ehemaligen Regierungsmitglied Robelo und dessen Partei MDN (nationale demokratische Bewegung) eine eigene politische Lösung und verkündet dies lautstark auf ihren Versammlungen. Natürlich wirft man der FSLN vor, den Pakt gebrochen zu haben und beteuert in den hochtrabenden Worten die eigene patriotische Gesinnung. In LA PRENSA, die eine Auflage von 66 000 Exemplaren hat (die Zeitung der FSLN BARRICADA hat 18000) und den Radiosendern, die in privater Hand sind, wird eine wilde Propaganda gegen die "Totalitäre, kommunistische und kubanische" Führung des Landes getrieben, die im Vergleich mit dem Vorjahr an Schärfe und Entschiedenheit deutlich zugenommen hat.

In der Praxis bedeutet die feindliche Haltung der Mehrzahl der privaten Unternehmer Boykott. Sie haben sich immer noch nicht entschlossen, so effektiv wie möglich zu produzieren, sie zögern weiter mit Investitionen, lassen kaputte Maschinen nicht reparieren, legen ihren Gewinn im Ausland an und tragen dazu bei, dass viele gesetzliche Bestimmungen, die den Aufbau einer Wirtschaftsordnung bewirken sollen, die dem Volk Verbesserungen bringt, einfach nicht durchgeführt werden können. So lange das Privateigentum respektiert werden muss, kann man Kapital- und Produktionskontrollen nur in bescheidenem Umfang durchführen. Wenn man ihnen zu nahe tritt, reagieren die Unternehmer gleich mit der Drohung, den Laden dicht zu machen. Dann könnte man das Unternehmen verstaatlichen, doch das kommt meist viel zu teuer, weil niemand seinen Betrieb anders als bankrott hinterlässt und dann auch noch die ausländischen Kredite wegfallen, die es häufig nur für private Besitzer gibt.

Ernteprobleme

Anfang des Jahres trat eine besondere Verschärfung der wirtschaftlichen Situation ein. Es bestand die Gefahr, dass die Baumwoll- und Kaffeernte aus Mangel an Arbeitskräften nicht in vollem Umfang eingeholt werden könnte; beide Produkte sind die wichtigsten Exportgüter. Um dies zu verstehen muss man zunächst einmal vorausschicken, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter noch immer katastrophal schlecht sind. So lassen sich auch die Arbeitslosen, die immer noch etwa 20% ausmachen, nicht umstandslos auf das Land schicken. Viele Grossgrundbesitzer halten sich nicht an die neuen Gesetze, die genau vorschreiben, wie die Ernährungs- und Wohnbedingungen der Erntearbeiter aussehen müssen. Andere wiederum bieten überdurchschnittlich gute Bedingungen, um zu zeigen, dass man auf den privaten Gütern sehr viel besser lebt als auf den staatlichen. Auf den verstaatlichten Landgütern werden die Lohn- und Versorgungsbestimmungen in der Regel eingehalten, aber vielerorts ist man mit dem Bau von Wohnungen noch nicht nachgekommen und entspricht das Essen aufgrund der allgemeinen Knappheit an Lebensmitteln nicht immer den Erwartungen.

Viele Gutsbesitzer behaupten nun, sie würden sofort Pleite machen, wenn sie die oben genannten Bestimmungen erfüllen würden. Vor allem die kleineren und mittleren Bauern fordern Kredite, um die Anforderungen erfüllen zu können; man kann nur hoffen, dass sie das Geld auch in diesem Sinne verwenden. Als dann noch der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt fiel, hatten viele Landbesitzer nur noch geringes Interesse an der Ernte. Sie nutzten den Mangel an Arbeitskräften freudig aus, um zu behaupten, dass sie deshalb die Ernte nicht einholen könnten. Die staatlichen Koordinationsstellen, in denen sie gemeinsam mit der Gewerkschaft über die Krise beraten sollten, wurden einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Der Mangel an Erntearbeitern ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die "Gastarbeiter" aus Honduras und El Salvador in diesem Jahr weggeblieben sind. Erstere wegen des Verfalls der nicaraguanischen Währung, die Salvadorianer aus demselben Grund und wegen des Bürgerkriegs. Die Gründe der Inflation können in diesem Beitrag nicht erläutert werden, eine wichtige Rolle spielt dabei ohne Zweifel die anhaltende Kapitalflucht. Viele ehemaligen Erntearbeiter sind heute im Heer, das sehr viel grösser ist als das unter Somoza, andere sind nebenher Kleinpächter und haben durch günstige Regierungskredite die Chance, mehr zu produzieren, so dass sie das ganze Jahr über zuhause beschäftigt sind.

Die Gefahr, dass grosse Teile des Kaffees liegengeblieben, hat dazu geführt, dass Ende Januar in den nördlichen Provinzen die Schulen für zwei Wochen geschlossen wurden, damit die älteren Schüler sich am Kaffeepflücken beteiligen konnten. Dies ist keine sehr befriedigende Lösung, da eine gute Ernte geübte Arbeiter voraussetzt. Ausserdem ist die Arbeit für alle diejenigen sehr schwer, die daran nicht gewöhnt sind. Dies gilt in erhöhtem Maße für die Baumwollernte, in der staatliche Angestellte eingesetzt werden sollten.

Die Arbeiter

Zur Steigerung der Produktion werden von den Land- und Industriearbeitern freiwillige Überstunden gefordert. Wer in privaten Betrieben tätig ist, leistet sie in staatlichen Projekten ab. Die Arbeitsbedingungen werden durch Tarifverträge geregelt, die von den Unternehmern, der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft und einem Be-

auftragten des Arbeitsministeriums ausgehandelt werden. In den Verträgen verpflichten sich Arbeiter und Bosse, alles zu tun, um die Produktion optimal ablaufen zu lassen. Das bedeutet, dass es für die Arbeiter kein Streikrecht gibt. Die Unternehmer nützen dies weidlich aus und erfüllen meist die Tarifverträge nur unzureichend. Sie sparen vor allem am Soziallohn, d.h. den Zuschüssen für Essen, Transport und Krankenversicherung, zu denen sie verpflichtet werden, um Lohnerhöhungen zu vermeiden. Wenn sich die Kollegen wehren, werden meist die Aktivisten als Rädelsführer entlassen. Sie können sich dann nur an die Arbeitsgerichte wenden, die noch nach den Gesetzen richten, die unter Somoza gegolten haben und in denen viele Richter sitzen, die nicht gerade eifrige Sandinisten sind.

In den staatlichen Betrieben sieht es aufgrund des Mangels an sandinistisch gesonnenen Spezialisten aus der Verwaltung und dem technischen Bereich oft sehr schwierig aus. Die Verwalter werden von den Ministerien abgeordnet, sind meist Fachleute, aber keine Verfechter der neuen Zeit. In den Produktionsausschüssen, in denen auch Arbeiter und die Gewerkschaften sitzen, haben sie immer das letzte Wort, was sehr viel böses Blut verursacht.

Die gewerkschaftliche Organisation der Kollegen ist zwar insofern gut vorangekommen als ein grosser Teil der Arbeiter in den beiden sandinistischen Gewerkschaftszentralen der Land- und Industriearbeiter (ATC und CST) zusammengeschlossen sind, doch bedeutet dies eigentlich erst den Anfang. Die Schulungs- und Überzeugungsarbeit, die geleistet werden müsste, um allen Arbeitern die neue Situation so zu erklären, dass sie sie verstehen und aktiv mittragen können, ist noch längst nicht geleistet.

Die Landarbeiter hoffen noch immer auf das eigene Stückchen Acker, das sie sich von der Revolution versprochen hatten. Sie meinen, dass sofort ein besseres Leben beginnen müsse und wollen weniger arbeiten, dafür aber mehr Geld. Die ursprünglich eingeführte Arbeitszeit von sieben Stunden am Tag musste deshalb wieder auf acht erhöht werden, ausserdem müssen die Erntearbeiter weiterhin nach Leistung bezahlt werden. Kollegen von der Landarbeitergewerkschaft haben uns erklärt, dass sie sehr grosse Mühe hätten, die jahrhundertealten Vorurteile zu bekämpfen, die die Landarbeiter gegen alles haben, was von aussen kommt, dazu gehören häufig auch sie selbst.

Die Organisation der Industriearbeiter leidet vor allem darunter, dass es noch die Arbeitgebergewerkschaften gibt, die mit Hilfe der USA unter Somoza eingeführt wurden. Diese nützen die Lage weidlich aus, stellen hohe Lohnforderungen und beklagen den Verlust des Streikrechts. Ihre Propaganda ist unablässig gegen alles gerichtet, was auf materielle Schlechterstellung durch die Revolution hindeuten könnte, es gibt viele Kollegen, die dafür anfällig sind.

Dies alles spielt sich auf dem Hintergrund steigender Preise ab, die die Unzufriedenen bestärken und von den Gewerkschaften eine sehr schwierige Aufklärungsarbeit verlangen. Sie soll jetzt verstärkt anlaufen und trägt den Namen "wirtschaftliche Alphabetisierung". Die Kollegen sollen dabei lernen, weshalb es nicht mehr Lohn geben kann und welche Möglichkeiten es gibt, mit dem wenigen auszukommen. Das ist angesichts der Tatsache sehr schwierig, da es immer noch die reichen Leute gibt, die sich nach wie vor alles kaufen.

Der Wirtschaftsplan 1981

Das Ziel der Wirtschaft Nicaraguas ist es, den Agrarexport so zu erhöhen, dass das Land von dessen Einnahmen die Importe bestreiten und die Auslandsschulden abtragen kann. Die Sandinisten sind davon überzeugt, dass sie auf diesem Wege von fremden Abhängigkeiten loskommen und ihre eigene Gesellschaftsordnung aufbauen können.

Das Land ist von diesem Ziel noch sehr weit entfernt. Dies wurde am 13. Januar wieder einmal sehr klar, als der Planungsminister den Wirtschaftsplan 1981 bekanntgab. Dieser trägt einen noch viel eindeutigeren Namen als das gesamte Jahr "Plan der Sparpolitik und Leistungssteigerung." Minister Henry Ruiz führte aus, dass zwar die Ziele des letztjährigen Planes fast alle erfüllt worden seien, trotzdem habe man sich in wichtigen Punkten erheblich getäuscht. Es sei nicht gelungen, die Auslandsschuld abzubauen, sie habe sich im Gegenteil erheblich vergrößert. Das ist sehr schlimm, da die Zinsen einen grossen Teil der Devisen fressen, die für Ölimporte so nötig gebraucht werden. Ruiz stellte eine drastische Beschränkung aller Importe in Aussicht, um die Auslandsschuld abzutragen. Er kündigte ausserdem an, dass im öffentlichen Sektor sehr viel mehr gespart werden müsse, dass man Stellen streichen und versuchen werde, die Beschäftigten in anderen Bereichen unterzubringen. Auf Lohnerhöhungen könne man nur in dem Masse hoffen, indem es mit der gesamten Wirtschaft aufwärtsgehe, darüber werde die Regierung dann gegebenenfalls entscheiden.

Diese Kernpunkte des Planes bedeuten, dass die Regierung erneut versuchen wird, die Importtätigkeit der Privatunternehmer zu bremsen. Sie haben sich im Vorjahr trotz Aussenhandelsmonopol des Staates davon nicht abhalten lassen und Mittel und Wege gefunden, die Gesetze zu umgehen. Ihnen ist es gleichgültig, wenn die Schuld im kapitalistischen Ausland wächst, dem sie sich sowieso grösstenteils verschrieben haben. Es wird darauf ankommen, wie viele patriotische Unternehmer es tatsächlich gibt, die den Plan der Regierung unterstützen. Ruiz und andere, die wir gefragt haben, waren diesbezüglich recht optimistisch.

Der Abbau der öffentlichen Leistungen wird vor allem das Erziehungs- und Gesundheitswesen betreffen, die Preise für Licht und Wasser sind wenige Tage nach Bekanntgabe des Planes bereits gestiegen. Die Ungewissheit um die Kredite aus den USA haben die Lage noch verschärft. Es ist weiterhin ein offenes Geheimnis, dass aus den Ländern des Ostblocks kaum materielle Hilfe kommt. Folglich wird das Volk die Lasten zu tragen haben, die diese bitteren Umstände mit sich bringen.

In einer solchen Lage wachsen Resignation und Apathie vor allem bei denjenigen, die am Rande der Revolution gestanden haben, denen es materiell sehr schlecht geht und die eben sofort besser leben wollen. Hier setzen die Aufgaben der Massenorganisationen, vor allem in den Stadtteilen ein, die es bisher noch nicht geschafft haben, gegen derartige Stimmen erfolgreich anzukämpfen.

VERTEIDIGUNG

Sandinistischer Geist und Kampfesmut leben jedoch weiterhin und versuchen, die Widrigkeiten, die sich dem Aufbau des Landes entgegenstellen, zäh und unbeirrbar zu bewältigen. Neben vielen Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung, den Erfolgen der Alphabetisierung und der Entwicklung neuer Kulturarbeit, trägt die Solidaritätsarbeit mit

anderen Ländern Lateinamerikas dazu bei, Freiheit, Revolution und Fortschritt weiter zu entwickeln und zu propagieren.

Sobald es darum geht, sich gegen den Erzfeind USA zu verteidigen, sind auch diejenigen Nicaraguaner dabei, die sonst eher zum Mörgeln neigen. Am Kampf des Nachbarlandes El Salvador sind alle emotional sehr beteiligt und bei vielen besteht der Wunsch, dort mitkämpfen zu können. Doch die Staatsraison verbietet derartige Absichten, um den USA keinen Vorwand zu liefern, gegen Nicaragua vorzugehen. Bisher hat dieses zurückhaltende Wohlverhalten wenig genützt, es wird trotz allem eiserne durchgesetzt. Die Solidaritätsarbeit besteht vor allem darin, den Aufbau des eigenen Landes voranzutreiben. Die freiwilligen Überstunden und Spenden, die für El Salvador geleistet werden, dienen diesem Zweck. Man meint, dass die Stärkung der eigenen Wirtschaft aus Nicaragua ein Bollwerk gegen den Imperialismus macht und dadurch der Kampf des Volkes von El Salvador am besten unterstützt wird.

Der wirtschaftliche Druck und die Bedrohung von aussen machen natürlich auch im Innern den Feinden der Revolution Mut. Es sind vor allem die ehemaligen Soldaten Somozas, die Guardias, die ihr den Kampf angesagt haben. Nach dem Sieg der FSLN sind sie über die Grenze nach Honduras geflohen und wurden dort teilweise in das Heer eingegliedert. Die Guardias stammen überwiegend aus dem Norden, dem Grenzgebiet zu Honduras, einer Region, in der es für viele junge Menschen keine anderweitige Beschäftigung gab. Als wir in Somoto ankamen, der Stadt, aus der 40% der Guardias stammten, erklärte uns ein etwa 14-jähriger Junge in aggressivem Ton, dies sei die Stadt der Somozisten. Man muss dabei bedenken, dass ein Nicaraguaner, der sich Somozist nennt, einem Deutschen gleichkommt, der öffentlich von sich behauptet, Faschist zu sein.

Die ehemaligen Guardias kommen laufend über die Grenze, um in der Bevölkerung Unruhe zu stiften. Sie greifen Bauernhöfe an, rauben das Vieh und töten nicht selten die Bewohner. Dadurch entsteht ein Klima der Angst und des Schreckens. Es ist sehr schwer, ihrer habhaft zu werden, weil sie von ihren Familien geschützt, gepflegt und versteckt gehalten werden. So müssen die Truppen und Milizen, die das Grenzgebiet bewachen, laufend verstärkt werden. Insgesamt erfährt man fast nichts über diese Vorfälle. Es gibt in Nicaragua ein Gesetz, das verbietet, in den Medien über Dinge zu berichten, die die öffentliche Sicherheit betreffen, dazu ist nur die Regierung autorisiert. So wird viel gemunkelt und ist wenig klar. In seiner Neujahrsansprache sagte Regierungsmitglied Moises Hasan, 1980 hätten über fünfzig Soldaten ihr Leben bei der Verteidigung des Vaterlandes gelassen. Laufend werden neue Milizeinheiten in den Norden geschickt, so dass man sicher annehmen kann, dass sich die Lage dort in den letzten Monaten verschärft hat.

Das allergrösste Problem stellen jedoch diejenigen Unzufriedenen dar, die meinen, die Sandinisten hätten nicht die Absicht für sie, die Allerärmsten, etwas zu tun. Dies gilt vor allem für die Indianer und die schwarzen Nicaraguaner, die an der Atlantikküste wohnen. Wer die entsprechenden Aufsätze im taz-Journal gelesen hat, weiss, dass sie seit hunderten von Jahren eine Kolonie innerhalb des Landes darstellen, die von den spanischsprachigen Bewohnern der Pazifikküste ausgebeutet und beherrscht wurde.

Die Bewohner der Atlantikküste trauen niemandem über den Weg, der spanisch spricht, auch den Sandinisten nicht und deren Beteuerungen, alles erdenkliche für sie zu tun. Sie sind häufig Besitzer von wenig und schlechtem Land, das ihre Existenzgrundlage bildet. Da sie an der Revolution kaum beteiligt waren und der FSLN kaum bekannt war,

glaubten sie der Propaganda der Somozisten und Nordamerikaner, sie würden sofort enteignet werden. Es gelang jedoch, einige Indianerführer zu gewinnen, die gleichzeitig das Vertrauen der Basis und Sympathie für die Sandinisten besaßen. Sie organisierten die Indianervereinigung MISURASATA.

Die Tatsache, dass der Führer dieser Organisation, Stedman Fagot, im Februar verhaftet worden ist und unter Anklage steht, sich konterrevolutionär betätigt zu haben, lässt darauf schliessen, dass die Bestrebungen, die Indianer für die Regierung zu gewinnen, vorerst gründlich gescheitert sind. Es gibt keine konkreten Nachrichten über die jüngsten Ereignisse. Nach allem, was bisher bekannt ist, kann man annehmen, dass es nicht gelungen ist, zwischen den Bestrebungen Managuas, die Indianer in den neuen Staat zu integrieren und den Tendenzen nach Autonomie und Selbstverwaltung, die bei diesen absolut vorherrschend sind, einen Kompromiss zu finden. Dies ist ausserst tragisch, denn die Sandinisten haben sich von Anfang an mit viel Energie um die Eingliederung der Atlantikküste bemüht. Falls diese nicht gelingt, das wissen alle, stellt dieses Gebiet eine gefährliche Brutstätte für alle konterrevolutionären Bewegungen dar. Dort können die reaktionären Banden dann ungestört aufgebaut und ausgebildet werden, da die geographischen Verhältnisse eine Kontrolle des Gebietes von der Pazifikküste aus kaum ermöglichen.

Ein wichtiger Faktor zur Erklärung der bisher gescheiterten Verständigung stellt die Tatsache dar, dass die spanischsprachenden Nicaraguaner ungeheure Vorurteile gegen die rassischen Minderheiten haben, die noch heute von vielen Sandinisten als faul und zurückgeblieben bezeichnet werden. So nur kann man erklären, dass es nicht genügend Leute gab, die bereit waren, an der Atlantikküste zu alphabetisieren, wo dies zunächst einmal auf spanisch geschehen sollte, was auch viel Anlass zu Ressentiments gab. So mussten die Kubaner einspringen, die als Ausländer und Kommunisten erst recht verhasst sind.

Es ist bedauerlich, dass über die näheren Umstände der Verhaftungen so wenig bekannt ist; nach allem Anschein reicht es nicht aus zu erklären, dass Fagot ein CIA-Agent war. Wahrscheinlich ist er an einer Aufgabe gescheitert, in der er es zwei Seiten recht machen wollte, deren Gegensätze bisher noch nicht überbrückbar sind. Noch schwieriger ist es zu mutmassen, weshalb der Vorsitzende der Menschenrechtskommission verhaftet und wieder freigelassen worden ist. Es gibt unzählige Zeugen dafür, dass in Nicaragua nicht gefoltert wird und auch sonstige falsche Angaben können leicht widerlegt werden. Mit den Somozisten geht man sehr pfleglich um, zu Weihnachten sind 500 von ihnen vorzeitig entlassen worden. Dass es nach dem Krieg zu Racheaktionen der Guerrilleros kam, kann niemanden gegen die Sandinisten einnehmen, der nur in etwa ahnt, was sie unter Somoza erleiden mussten.

Wie kann es weitergehen?

Die meisten dieser Schwierigkeiten ergeben sich als logische Folge aus der gesamten Situation und dürfen niemanden erschrecken, der auch nur eine Ahnung von den historischen Möglichkeiten hat, die mit dem Sturz des Somozaregimes gegeben waren. Ich habe sie deshalb auch in aller Schärfe dargestellt, um zu vermeiden, dass die einstigen Schwärmer für die Revolution, die jetzt leicht geneigt sind, nur noch mit Enttäuschung zu reagieren oder die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen, gezwungen werden, sich mit den harten Fakten auseinanderzusetzen, die diese Revolution mit sich bringt. Die FSLN-Genossen sind keine Wundertäter, sie müssen mit einer Realität kämp-



fen, für deren Zustandekommen die Vergangenheit verantwortlich ist. Man kann die Bourgeoisie nicht einfach davonjagen, wenn man weiss, dass es derzeit noch keine Alternative für sie gibt. Nicaragua ist auf alle Kredite angewiesen, woher sie auch kommen mögen und daher unendlich erpressbar. Wahrscheinlich herrschen innerhalb der FSLN unterschiedliche Vorstellungen über den einzuschlagenden Weg. Es gibt sicher eine Strömung, die für Konsequenz und Härte der Bourgeoisie gegenüber plädiert, während andere - sie scheinen in der Mehrheit - nur auf Gemeinsamkeit setzen und sich eng an die Sozialistische Internationale anschliessen wollen. Nach aussen dringt über derartige Debatten gar nichts, Kenner der Szene deuten sie nur zuweilen an.

Das erste Gebot bezüglich Nicaragua lautet daher Verständnis, Geduld und viel Solidarität. Trotzdem dürfen wir nicht übersehen, dass einige Konfliktpunkte besser angegangen werden könnten, wenn nicht ein grosser Teil der Problembewältigung mit bürokratischen Entscheidungen erfolgen würde. So kommt es, dass man Basisstrukturen eher verhindert als sie aufzubauen, dass die Bevölkerung weniger diskutiert als langatmigen Reden lauscht, die die Führer der Revolution unablässig halten. Es ist bedenklich zu sehen, dass einer der Sprüche, die anlässlich von Veranstaltungen gerufen werden lautet "die nationale Führung soll befehlen" (Direccion Nacional Ordene). Es ist eben bezeichnend, dass die Parole nicht heisst, sie möge einen Vorschlag machen, den man dann debattieren kann. Man versucht in Nicaragua alle Schwierigkeiten in geheimen Beratungen zu bewältigen, anstatt sie an die Öffentlichkeit zu tragen, weil man glaubt, das Volk sei noch nicht reif genug, damit fertig zu werden. Indem man jedoch die Probleme zurückhält werden sie nicht kleiner und lernen die Massen immer weniger, sie aufzugreifen und nach Möglichkeiten der Bewältigung zu suchen. Das Volk muss lernen, dass die neue Führung aus Menschen und keinen Halbgöttern besteht und dass diese auch kritisiert werden müssen. Doch Kritik ist in Nicaragua weiterhin verpönt, die Linken ausserhalb der FSLN werden weiterhin wie Aussätzige behandelt, die Tageszeitung EL PUEBLO darf weiterhin noch nicht erscheinen, obwohl ihre Mitarbeiter nach fünfmonatiger Haft freigesprochen worden sind.

Es gibt in Nicaragua noch viele Menschen, die bereit sind, diese Probleme anzugehen und ihnen mutig ins Auge sehen.

Verletzung der Menschenrechte?

Mitte Februar ging eine Meldung über Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua durch die internationale Presse. Ihr Urheber war José Esteban Gonzales, den gerade eine Europareise zum Papst und zu Heiner Geißler geführt hatte, und der kurz vor seiner Rückkehr erfuhr, daß die von ihm geführte "Ständige Kommission für Menschenrechte" in Nicaragua geschlossen worden sei. Gonzales' Vorwürfe zusammengefaßt:

- Die sandinistische Regierung will seine Menschenrechtskommission CPDH mundtot machen, um mit Hilfe einer von ihr gegründeten Menschenrechtskommission "irreführende Falschinformationen zu verbreiten."
- Der Leiter dieser von der Regierung gegründeten Menschenrechtskommission war selbst Botschafter Somozas, ist also kein unbeschriebenes Blatt, während Gonzales ein Gegner Somozas war.
- In Nicaragua gibt es 8 000 politische Gefangene und Dutzende von Geheimgefangnissen.
- In Nicaragua sind 800 Menschen verschwunden.
- In Nicaragua wird gefoltert.

Diese Meldung wurde nicht nur von der Rechten bereitwillig aufgegriffen sie verunsicherte auch gestandene Solidaritätsarbeiter. Haben nicht schon früher Befreiungsbewegungen ihr repressives Gesicht gezeigt, kaum daß sie an der Macht waren?

An Gonzales' Vorwürfen ist freilich so gut wie alles falsch. Ich habe im Sommer 1980 ausführlich mit Gonzales und dem von ihm angegriffenen Leiter der "Nationalen Kommission zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte", Leonte, gesprochen und die so gewonnenen Informationen mit einer Reihe eigener Beobachtungen verglichen. Hier meine Gegendarstellung zu Gonzales:

- Die Nationale Kommission wurde aufgrund der Resolution Nr. 23 der Menschenrechtskommission der UNO und der Resolutionen Nr. 33 und 46 der Vollversammlung der UNO am 14.12.1979 gegründet. Die Kommissionsmitglieder arbeiten unentgeltlich und der bescheidene Verwaltungsapparat wird durch einen festen Haushaltsposten vom Staat finanziert. Sie erhält keine Weisungen vom Staat, sondern ist staatlichen Stellen gegenüber begrenzt weisungsberechtigt.
- Leonte war nur bis 1959 Botschafter Somozas und wurde dann zu jahrelangem Exil verurteilt. Gonzales selbst ist kein unbeschriebenes Blatt. Nach dem Sieg der sandinistischen Befreiungsbewegung hatte der christdemokratische Präsident Venezuelas, Herrera Campins, gefordert, Gonzales in die Junta des Nationalen Wiederaufbaus aufzunehmen, da Venezuela andernfalls kein Öl liefern werde. Die Sandinisten ließen sich nicht erpressen, und bald darauf begann Gonzales, Menschenrechtsverletzungen zu enthüllen.
- Die 8 000 "politischen Gefangenen" sind Mitglieder der früheren Nationalgarde Somozas. Die allermeisten von ihnen sind Folterer und Mörder, was die häufigen hohen Strafmaße erklärt. Die Frage ist, ob ein paar unschuldige Mitläufer in Haft geraten sind. Da den Sandinisten die gesamte Personalkartei der Nationalgarde in die Hände gefallen ist, kann die Zahl irrtümlich Inhaftierter nicht groß sein, falls es

sie überhaupt gibt. Die Geheimgefängnisse sind improvisierte Gefängnisse, die eingerichtet wurden, da der Somozismus kein geordnetes Gefängniswesen hinterließ.

- Gonzales sprach mir gegenüber nur von 600 Verschwundenen und zählte darunter Gefangene der Nationalgarde oder gefangene Nationalgardisten, die in den Wochen vor und nach dem Sieg erschossen wurden oder untertauchten. Eines der ersten Dekrete der FSLN setzte diesen spontanen Hinrichtungen von Nationalgardisten ein Ende. "Verschwundene" sind nach Gonzales auch Menschen, die verhaftet werden und wegen der Überführung vom Haftort zu einem Zentralgefängnis für ihre Angehörigen nicht auffindbar sind. Auf keinen Fall kann man den sandinistischen Behörden anlasten, daß sie Menschen in einem anonymen Folter- und Mordapparat verschwinden läßt, wie es etwa in Chile und Argentinien der Fall ist.
- Um das neue Nicaragua nicht zu idealisieren: Es gab Fälle von Folterungen in Privathäusern. Dies waren Einzelfälle, die abgestellt wurden, sobald sie bekannt wurden.

In Lateinamerika hat das Reich der Freiheit noch lange nicht angefangen. Auch das revolutionäre Nicaragua kann nicht darauf verzichten, einen Militär- und Polizeiapparat aufzubauen und gelegentlich einzusetzen. Immer wieder dringen geflohene Nationalgardisten aus Honduras ins Land ein. Am 27. Januar 1981 töteten sie sieben Angehörige der sandinistischen Miliz. Im Inneren mußten die Sandinisten Staatsfunktionen übernehmen und sogar ausbauen, da der somozistische Staat nur einer Minderheit gedient hatte. Mit Hilfe einer jungen und unerfahrenen Polizei mußte das staatliche Gewaltmonopol hergestellt werden, das dann erst schrittweise an die Milizen in den Basisorganisationen abgegeben werden konnte.

Trotz alledem muß man Tomas Borge rechtgeben, der die sandinistische Revolution als die großzügigste in der Geschichte bezeichnete. Die Sandinisten haben der Versuchung widerstanden, die Rachegefühle der Bevölkerung gegenüber den Anhängern der gestürzten Diktatur zur Stabilisierung ihrer eigenen Macht zu benutzen. Ich habe in Nicaragua das Rehabilitationszentrum für die finsternen Kinder von der EEBI" gesehen, in dem Kinder, die von Somozas Unterdrückungsapparat zum Foltern und Morden abgerichtet worden waren, auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Für diese minderjährigen Folterer und Mörder wird durchschnittlich mehr Geld ausgegeben als für die übrigen Kinder Nicaraguas. Gonzales macht diejenigen, die im Gefängnis auf einen Platz im Rehabilitationszentrum warten, zu "Kindern in Haft". Es gehört zur Ungeschicklichkeit der Sandinisten, daß sie mit diesem Zentrum nicht mehr Reklame machen. Die Begründung, die man hierfür gab: die Journalisten stören die therapeutische Arbeit.

Wer führt die bürgerliche Menschenrechtskampagne?

Der Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen im revolutionären Nicaragua ist nicht neu. Der Papst und die nicaraguanischen Bischöfe haben ihn mehrfach erhoben. Auf diese Weise läutete die Hierarchie der katholischen Kirche Nicaraguas ihre gegenwärtige religiös-reaktionäre Kampagne ein. Der Generalsekretär der lateinamerikanischen Bischofskonferenz CELAM, López Trujillo, ist besorgt über die "Ausbreitung des Marxismus-Leninismus in Nicaragua" und leierte eine Kampagne an, durch die Priester und Bibeln in das befreite Nicaragua gebracht werden sollen. Ein Teil des hierfür notwendigen Geldes stammt von einer nordamerikanischen Brauerei. Hierzu Edgar Parrales, katholischer Priester, Gründungsmitglied der CPDH zur Zeit der Diktatur und jetzt Sozialminister Nicaraguas: "Die CELAM hat bezüglich Nicaragua eine zutiefst konservative Politik entwickelt. Das Bedauerliche ist, daß die Bischöfe zur Finanzierung ihrer Kampagne auf die Hilfe nordamerikanischer Unternehmen zurückgreifen, die uns in der Vergangenheit immer ausgebeutet haben."

Auch der nicaraguanische Unternehmerverband COSEP ist an der bürgerlichen Menschenrechtskampagne beteiligt. In einem Dokument "Analyse zur Ausführung des Programms der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus" (etwa vom Oktober 1980) kommt die CPDH ausführlich zu Wort. Wieder ist die Rede von summarischen Exekutionen nach dem Sieg der Revolution, Todesfällen in der Haft und Gefangenemißhandlungen, die allerdings nicht der Regierung zugeschrieben werden. Die Unternehmer beklagen aber, daß die Regierung ihre Fehler nicht anerkennt (in Wirklichkeit hat sie es wiederholt getan) und die "patriotische Zusammenarbeit" der CPDH nicht annimmt.

Das Dokument, aus Anlaß des Auszugs bürgerlicher Politiker aus dem Staatsrat veröffentlicht, ist die theoretische Rechtfertigung des Bruchs der nicaraguanischen Bourgeoisie mit der FSLN. Folgt man dem Unternehmerpapier, dann hat die FSLN versprochen, das Land pluralistisch zu regieren und sich dann durch die Gründung sandinistischer Streitkräfte, die Zusammensetzung des Staatsrats usw. auf den Weg monopolistischer Machtausübung begeben. "Die radikalsten Sektoren der FSLN-Partei von offen marxistisch-leninistischer Tendenz legen den Grundstein für ein kommunistisches, politisch-ökonomisches Projekt in Nicaragua. ..." Richtig an der Unternehmerkritik ist, daß die FSLN in fast allen Bereichen der Gesellschaft ein Übergewicht hat und daß die Allianz FSLN - Bürgertum in eine tiefe Krise geraten ist. Irreführend ist freilich die Pluralismusforderung, die auf das portugiesische Etappenmodell: Sturz der Diktatur - revolutionäre Phase - Übergang zur parlamentarischen Demokratie mit Kontrollfunktion bürgerlicher Parteien hinausläuft. Die traditionellen Parteien wie z.B. Gonzales' christlich-soziale Partei (PSC) rufen zwar gelegentlich bei einem Teil der Bevölkerung eine recht unartikulierte Resonanz hervor, bieten aber keine tragfähige Alternative zur Avantgardefunktion der FSLN. Das Unternehmersdokument erklärt die FSLN flugs zur Partei, aber sie vermochte sich bis heute nicht als Partei zu konstituieren und ist ihrem Wesen nach mehr als dies, nämlich eine Befreiungsbewegung, die das heutige Nicaragua stärker geprägt hat als dies eine pluralistisch ausgerichtete Partei je könnte. Der von den Unternehmern geforderte Parteienpluralismus ist illusorisch und zielt in Wahrheit ab auf einen Klassenpluralismus, eine tropische Variante von Sozialpartnerschaft, für die es in Nicaragua weder historisch noch gesellschaftlich eine Grundlage gibt.

Die behauptete und die wirkliche Kubanisierung

Unternehmer, Bischöfe und die reaktionäre Presse warnen vor der zunehmenden Kubanisierung Nicaraguas. Dabei berufen sie sich auf die mehr als 2 000 Kubaner, die am Aufbau des kriegszerstörten Landes mitarbeiten. Ohne Zweifel führt ihre Anwesenheit zu einer teilweisen Übernahme des kubanischen Entwicklungsmodells. Die Schwerpunktsetzung der kubanischen Hilfe ist aber nicht dazu geeignet, den nicaraguanischen Staat nach dem Vorbild des kubanischen umzuformen. Die kubanischen Helfer sind meist Ärzte und Lehrer, die auf dem flachen Land arbeiten. Auch gibt es genügend nicaraguanische Eigenheiten, um die oft beschworene Satellitenrolle Nicaraguas zu verhindern, selbst wenn sie beabsichtigt wäre.

Dessen ungeachtet besteht die Gefahr, daß Nicaragua vom Imperialismus zu einem zweiten Kuba gemacht wird. Nicaragua ist keine Insel, aber die USA und die Diktaturen Guatemalas, El Salvadors und Honduras' setzen alles daran, es zu isolieren und zu einer politischen Insel mitten auf dem Festland zu machen. Das Kuba von heute mit seinen ungelösten wirtschaftlichen Problemen, seinen Flüchtlingsströmen und seiner Bindung an die UdSSR ist das Produkt einer Blockade- und Boykottpolitik, wie sie sich jetzt gegen Nicaragua abzeichnet. Was der kalte Krieg für Kuba war, kann die Reagan-Ära für Nicaragua werden. Der Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen ist

ungeachtet seines Wahrheitsgehalts dabei willkommene Munition.

Wird sich die bundesdeutsche Linke von Nicaragua abwenden, wie sie sich nach einer kurzen Begeisterungsphase von Kuba abgewendet hat? Auch die Linke ist manipulierbar. Die taz-Berichterstattung über Nicaragua gehorcht dem Spontidogma, daß man sich mit Freiheitskämpfern nur so lange solidarisieren kann, wie sie noch nicht gesiegt haben. Sie meldet Verhaftungen, aber keine Freilassungen. Der in Frankfurt erscheinende "Pflasterstrand" muß eine Seite lang begründen, warum er sich in der Sondernummer 4 über nicaraguanische Lyrik mit einem Land befaßt, das seine Leser schon deshalb abgeschrieben haben, weil seine Revolution wirklich geworden ist und deshalb repressiv. Eine Linke, die so demontagebereit ist, daß in ihren Veröffentlichungen nicaraguanische Gedichte den subversiven Charakter zurückerhalten, den sie unter Somozas Diktatur hatten, wird schwerlich der beginnenden Kampagne gegen Nicaragua entgegentreten können.

Die Sandinisten haben inzwischen den Großmut gegenüber dem besiegten Feind und die Härte gegenüber der Konterrevolution unterscheiden gelernt. Sie haben gezeigt, daß nicht erst Köpfe rollen müssen, bevor eine gerechtere Gesellschaft entsteht. Grund genug, die Menschenrechtssituation in Nicaragua auch in Zukunft kritisch und solidarisch zu beobachten.

Nachtrag: eine objektive Bilanz der Menschenrechtssituation enthält der Jahresbericht 1980 von amnesty international (Fischer-Taschenbuch).



GUATEMALA

Bundesdeutsche Interessen

Der Einfluß deutscher Interessen in Guatemala hat lange Tradition. Nach 1828 bauten die Deutschen dort die Plantagen und Kaffeewirtschaft auf. (Auch heute ist die BRD, nach den USA, der zweitgrößte Importeur dieses als erstklassig geltenden Kaffees.) Es waren Deutsche, die als Kolonisatoren auf der Suche nach guten Kaffeeanbaugebieten tief in das indianische Hochland von Alta Verapaz vordrangen und dort eine quasi deutsch kontrollierte Provinz schufen. Während des 2. Weltkriegs wurden die Deutschen enteignet und zum Teil in die USA deportiert. Es folgte ein Jahrzehnt relativ geringer deutscher Aktivitäten in Guatemala.

Als 1954 die United Fruit Company in Zusammenarbeit mit dem CIA und guatemalteken Exiltruppen die gewählte Regierung von Jacobo Arbenz stürzte, die bezüglich der Wirtschaft einen nationalistischen Kurs steuerte und ausländische Konzerne zu enteignen drohte, waren wiederum Deutsche dabei. Die Hamburger Waffenfirma Cordes GmbH (1) beteiligte sich an diesem ultrarechten Putsch durch Waffenlieferungen. Bis 1980 blieb die BRD Waffenlieferant für die blutige Repression der guatemalteken Machthaber, der seit 1954 über 70 000 Guatemalteken zum Opfer fielen. Der Bundesnachrichtendienst hatte (hat?) gute Verbindungen mit dem guatemalteken Geheimdienst, wie die Sicherheitskräfte des Landes nach der Ermordung des bundesdeutschen Botschafters Graf Sprei 1970 verkündeten. (2) Deutsche Pharmakonzerne beherrschen in trauter Zweisamkeit mit US-Konzernen den dortigen Markt. Beiersdorf, Bayer, Hoechst, Schering und Merck haben hier ihre Filialen. Deutsches know-how ist bei den Militärs sehr gefragt, nicht zuletzt um die Ausbeutung der reichen Bodenschätze im Norden des Landes voranzutreiben. Firmen wie Siemens AG, Hoch Tief Bau AG und die Firma Lahmeyer haben langjährige Erfahrungen in Guatemala.

Aber die Macht der Reichen und der Militärs – und damit auch die Interessen der BRD – sind in Gefahr. Die Ereignisse in Nicaragua, El Salvador und nicht zuletzt in Guatemala selbst haben eine gewisse Unruhe unter den Besitzenden des Landes geschaffen. Die Kapitalflucht nimmt zu. Für die Besitzenden gilt es, ein weiteres Nicaragua zu verhindern, um ihre Investitionen und Interessen zu schützen. Die Strategie hierzu läuft zweigleisig: zum einen durch Anbiederung bei der neuen US-Administration, von der man sich eine verstärkte wirtschaftliche und militärische Hilfe erhofft zur Aufrechterhaltung der – wie es die Militärs nennen – "eingeschränkten Demokratie"; zum anderen durch eine Pressekampagne im Ausland, auch hier in der BRD, die die Darstellung Guatemalas in den jeweiligen Medien positiv beeinflussen soll, um so dem Widerstand in Guatemala die Sympathie des Auslandes zu entziehen, indem man ihn als Terrorismus gegen eine demokratische Regierung hinstellt.

Um die deutsch-guatemalteken Wirtschaftsinteressen zu koordinieren, gibt es als Interessenverband der Geschäftsleute die Cámara Oficial de Comercio e Industria Guatemalteco-Alemana, die Deutsch-Guatemaltekenische Industrie- und Handelskammer mit Sitz in Guatemala-Stadt. Eng mit ihr verbunden ist ein anderer wichtiger Interessenverband der guatemalteken Bourgeoisie, die "Asociación de Amigos del País", eine Vereinigung rechter Geschäftsleute und Großgrundbesitzer.

Ins Rampenlicht gerieten diese ominösen "Freunde des Landes", als ruchbar wurde, daß sie nicht nur mit Worten sondern auch mit harten Dollars zugunsten des Carter-Rivalen Reagan in den US-Wahlkampf eingriffen. 130 000 Dollar wanderten als Spende über die US-Beraterfirma Deaver and Hannaford in das Wahlkampfkasse Reagans. Nach nordamerikanischem Recht ein straffälliges Vergehen.

Ein Blick auf die Direktorien der "Amigos del País" und der deutsch-guatemaltekenischen Industrie- und Handelskammer zeigt, daß auch in dieser Aktion offensichtlich bundesdeutsche Interessen ihre Hand im Spiel hatten. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, der Deutsche Hans Horn, und sein erster Sprecher Edmundo Nanne sitzen auch im siebenköpfigen Direktorium der Asociación de Amigos del País. (3)

Schon 1977, nach dem Amtsantritt Carters und dem Beginn seiner angeblichen "Menschenrechtspolitik", argwöhnten die Vertreter der freien Marktwirtschaft in Guatemala, das State Department in Washington sei von linken Kräften infiltriert, die auf die Destabilisierung der Demokratien Mittelamerikas aus seien, um dort linke Regimes á la Nicaragua zu installieren. Um diese Gefahr abzuwenden und eine zweite Präsidentschaft Carters zu verhindern – der guatemalteke Präsident General Lucas García stuft ihn als "Kommunisten" ein –, ließ man seine Verbindungen spielen und nahm Kontakt mit der Gegenseite auf. Von ihr wurde eine entschiedenere Unterstützung der guatemalteken Diktatur erwartet. Der neue Präsident macht denn auch keinen Hehl aus seiner Vorliebe für die mittelamerikanischen Diktaturen und seiner Ablehnung der Revolution in Nicaragua.

Die ersten Kontakte zwischen Guatemalteken und US-Republikanern waren indirekt. Die Beraterfirma Deaver & Hannaford wurde von den "Amigos del País" engagiert, um für eine Pro-Guatemala-Stimmung in den USA und speziell im Reagan-Team zu sorgen. Die Firma hat Erfahrungen mit Aufträgen dieser Art. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses hatte sie bereits ähnliche Verträge über Interessenvertretung mit Taiwan und einer Gruppe argentinischer Geschäftsleute in der Tasche.

Für US-Verhältnisse ist dies nicht außergewöhnlich. Jedes Anwaltsbüro in den Vereinigten Staaten darf als Lobbyist für ausländische Interessengruppen tätig sein, wenn es sich offiziell als Berater des entsprechenden Landes oder der Interessengruppe bei der US-Regierung registrieren läßt. Was sie dagegen nicht dürfen, ist ausländische "Spenden" – sonst nennt man so etwas Schmiergelder – akzeptieren und, wie in diesem Fall, in die Wahlkampfassen nordamerikanischer Politiker leiten. Aber na ja ... Die Chefs der "Asociación de Amigos del País" wußten, warum sie sich gerade an Deaver & Hannaford wandten, um einen Fürsprecher für ihre Sache zu finden. Beide sind langjährige Berater Reagans. Seit 1975 ist der jetzige Präsident ihr wichtigster Klient. Sie schreiben seine Abhandlungen und Erklärungen, seine Radioprogramme und journalistischen Kolumnen.

Die Firma selbst bestreitet, daß der guatemalteke Auftrag etwas mit ihrer Funktion in der Reagan-Mannschaft zu tun habe. Deaver versicherte: "... obwohl die Ansichten Reagans mit den Interessen der guatemalteken Geschäftsleute übereinstimmen, ist dies nicht auf eine Anstrengung unsererseits zurückzuführen ... Reagan hatte bereits eine sehr solide und positive Meinung diesem Land gegenüber, lange bevor unsere Firma kontaktiert wurde." (4)

Die direkten Kontakte zu Reagan liefen über einen engen Kollegen der Herren Horn und Nanne, nämlich ihren Mitdirektor in der "Asociación de Amigos del País", Señor Eduardo Carrette, der seither als neuer guatemalteker Botschafter in Washington im Gespräch ist. Laut Auskunft des US-Committee on Hemispheric Affairs, traf

sich Reagan im Sommer 1980 mit Señor Carrette zum Meinungsaustausch.

Neben diesen von bundesdeutschen Geschäftsleuten mitbestimmten Aktivitäten der "Freunde des Landes", erbrachte die Deutsch-guatemaltekeische Industrie- und Handelskammer – zusammen mit den "Amigos del País" – einen weiteren Beitrag zur Aufpolierung des ramponierten Images des Lucas-Regimes. Unter der Schirmherrschaft der Handelskammer (Präsident Herr Horn), der "Asociación de Amigos del País" (damaliger Präsident Edmundo Nanne, Mittdirektor Hans Horn) und des guatemaltekenischen Tourismusinstituts INGUAT wurde 1979 eine bundesdeutsche Pressedelegation eingeladen. Laut der konservativen Zeitung "Diario de Centramérica" bestand die Absicht darin, daß Regierungsfunktionäre und Angehörige der Privatwirtschaft "Informationen geben über bisher unbekannte Aspekte des nationalen Geschehens". Daß wirklich neue Aspekte auftauchen würden, versprachen schon die Positionen der Gesprächspartner – sämtlichst Vertreter der Wirtschaft, des Heeres und der Regierung. So gaben denn auch die Unternehmer Informationen über den Komplex "Wirtschaft", über das Thema "Gewerkschaften" sprach der Arbeitsminister. Die Rolle der Armee bei der "Kooperation mit dem zivilen Sektor" mittels "Sozialarbeit" (so die Zeitung) wurde vom stellvertretenden Verteidigungsminister Oberst Roberto Salazar. Die Visite der Presseleute wurde abgerundet durch Besuche bei Präsident Lucas García, den wichtigsten Touristenorten und beim Ballett Guatemals. So gelang es offenbar, den bundesdeutschen Journalisten die "bisher unbekannten" Erkenntnisse zu vermitteln.

Horst Bieber von der ZEIT, Mitglied der Delegation an der auch Hans Jürgen Mahnke von der WELT, Joseph Gabor vom Iberoamerika-Verein Hamburg, Wilhelm Allgeier von der Deutschen Presseagentur (dpa) sowie Ewald Stein vom HANDELSBLATT teilnahmen, zeigte sich jedenfalls als gelehriger Schüler. Bieber veröffentlichte kurz nach seinem Besuch einen Bericht, der wohl in etwa den Erwartungen der "Freunde des Landes" entsprochen haben dürfte. Er griff die altbewährte These vom Terror der Rechten und Linken auf, dessen sich der in der Mitte stehende Staatsapparat zu erwehren habe. Auf diese bewußte Verschleierung des Regierungsterrors in Guatemala angesprochen, gab er – wenn auch indirekt – zu, daß der Bericht in der ZEIT vom 28.12.1979 nicht seinem Kenntnisstand, geschweige denn den Tatsachen entsprechen habe. Herr Bieber kündigte eine "ungeschminkte Analyse" in einer Fachzeitschrift an. (6) Auf diese "ungeschminkte Analyse" warten wir noch heute!

Anmerkungen:

- (1) Juan Maestre Alfonso, Guatemala – Unterentwicklung und Gewalt, Suhrkamp 1971
- (2) Spiegel vom 27.4.1970: KUBA – Sprei-Mord S, 138 ff.
- (3) "Guatemala Newsletter" der "Amigos del País" und Impressum des "Boletín de la Cámara Oficial de Comercio e Industria Guatemalteco-Alemana"
- (4) Gregorio Selser, Dinero de la Derecha va a las Arcas de Reagan", in EL DIA 4.11.1980, Mexico
- (5) Diario de Centramérica vom 11.12.1979 "Evaluación Favorable de la Visita de Periodistas Alemanes a Guatemala". Die Zeitschrift bringt zu 80% nur dpa-Meldungen.
- (6) vgl. LN vom März 1980: "Objektivität" in der westdeutschen Presse.

Kirche

Was heißt »Christ sein« in Lateinamerika

Was heißt »Christ sein« hier

Welches Engagement existiert in unseren bundesrepublikanischen Kirchen für lateinamerikanische, afrikanische und asiatische Länder? Weitgehend besteht eine "Spendenkirche", in der eine karitative, paternalistische Einstellung vorherrscht.

War das immer so?

Nein, nicht ganz so. In der Nachkriegszeit bemühten sich auch die bundesrepublikanischen Kirchen zunächst um einen Durchbruch aus der Isolation. Vertreter nahmen z.B. an ökumenischen Treffen teil, auf denen von der "Verantwortung in der Nachkriegszeit" gesprochen und die USA als Festung und als Vorbild der sogenannten christlichen Zivilisation in Frage gestellt wurde... So der Tscheche Hromádka: "Der Westen wird die besseren Elemente der Nachkriegswelt ... niemals dadurch anziehen, daß er in den alten kapitalistischen Wegen 'des freien Unternehmertums', des 'Profitmotivs', des 'Privateigentums', des Komfort und der Atombombe beharrt. Er kann das große Erbe der abendländischen Kultur dem nichtwestlichen Menschen nur unter einer Bedingung erkalten, neu lebendig machen und überliefern: wenn er sich an das hält, was der schöpferische Genius der europäischen und amerikanischen Geschichte auf der Linie des politischen und sozialen Fortschritts geschaffen hat..." (F. Lüpsen (Hrsg.): Amsterdamer Dokumente, Bethel 1948, S. 164) Man sprach von der notwendigen Buße der Kirche. Dem totalitären Staat wird eine Absage erteilt, die Konferenz von Amsterdam (1948) konnte sich jedoch nicht auf eine Absage an den totalitären Charakter des westdeutschen Kapitalismus einigen. Es werden keine kritischen Reflektionen in bezug auf die Folgerungen für zu treffende Veränderungen innerhalb der imperialen Industrienationen angestellt, obwohl man feststellt, daß das Missionswerk oft für im imperiale Machtpolitik mißbraucht wurde. (vgl. Karl-Heinz Dejung: Die ökumenische Bewegung im Entwicklungskonflikt 1910-68, München 1963 Kösel Verlag)

Eine Analyse des Interessenkonflikts zwischen Industrienationen und Dritter Welt bleibt aus. – Damals wurden diese Diskussionen nicht auf die kirchliche Basis ausgeweitet. Ein rückläufiger Prozeß fand statt. So war z.B. die Evangelische Kirche Deutschlands die erste unter den Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates (ÖRK), die die gegen das Anti-Rassismusprogramm des ÖRK stimmte.

Aber, angeregt durch einen intensiven Lernprozeß von der Praxis der im Volk neu entstehenden Volkskirche in Lateinamerika und durch die klare Sprache einiger ihrer Vertreter, die mit uns sprechen oder deren Schriften uns erreichen, gerät hier einiges in Bewegung: Der brasilianische Theologe Leonardo Boff fordert z.B. Soziale Gerechtigkeit auf internationaler Ebene, für die die ganze Kirche zu kämpfen habe. So spricht Kardinal Arnz aus Sao Paulo z.B. die deutsche katholische Kirche an, sie möge – wegen der schlechten Lebensbedingungen der brasilianischen VW-Arbeiter bei der VW Leitung hier Einfluß nehmen. Auf einem entwicklungspolitischen Kongreß des Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden wird ein Verhaltenskodex von Multinationalen Konzernen gefordert.

Die Tatenlosigkeit der Kirchenspitzen bzw. die gelegentliche Komplizenschaft der katholischen Kirchenspitze bei uns mit jenen kirchlichen Sektoren in Lateinamerika, die mit den Unterdrückern zusammenarbeiten, bringt Bewegung in die deutsche christliche Basis. So sagt einer der Sprecher der Christen, die am 26. September 1980 aus Solidarität mit dem Volk von El Salvador im Kölner Dom Asyl suchten:

" Mit fassungsloser Betroffenheit mußten wir doch zur Kenntnis nehmen, daß die Deutsche Bischofskonferenz bisher kein einziges tatkräftiges Zeichen der Solidarität mit dem Volk und der Kirche von El Salvador - dem Land des Erlösers - zu setzen gewillt war. Daher entschlossen sich die Mitglieder der El-Salvador-Komitees und auch Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, den Hilferuf der verfolgten Kirche El Salvadors durch die Aktion einer symbolischen Asylsuche im Kölner Dom, dem Wahrzeichen des Deutschen Katholizismus, endlich an das Ohr der Bischöfe dringen zu lassen..." (Kuno Füssel Die Kirchen der Freiheit stehen anderswo, Münster 1980)

Beispielhaft für christliches Lernen und christliche Aktion war für alle der Erzbischof El Salvadors, der vor einem Jahr erschossen wurde. Ein Asylsuchender spricht es aus "...Erzbischof Romero (wurde) am Altar erschossen, weil er schutzlos leben wollte wie sein armes Volk und jede Hilfe von den Mächtigen ablehnte, deren Killer Trupps seine Gläubigen zu Tausenden erschießen... Sein Tod machte (und macht) ... Verfolgung und Unterdrückung... bewußt" (s.o.)

Wir können hier direkt teilnehmen an Erfahrungen von lateinamerikanischen Gemeinden im Befreiungskampf in Mittelamerika bzw. an der der mühseligen täglichen Arbeit der Erziehungs- und Organisationsarbeit.

Oft ist die materielle Unterstützung die hier aufgebracht wird für einen sehr wesentlichen Lernprozeß von Gemeinden, Jugendlichen... über Situationen der Unterdrückung, ihre Ursachen und die Wege der Befreiung, die die Volkskirche geht, gleichzeitig bedeutsam.

Das FDCL konnte im letzten Jahr mehrfach Priester und Pfarrer aus Lateinamerika einladen und erhält Zeitschriften dortiger christlicher Gruppen. Wir wollen in dieser und den folgenden Nummern Beispiele für dortige Erfahrungen und hiesige Lernprozesse in Gemeinden erzählen.

Für Mitte Mai bis Ende Juni haben wir gemeinsam mit dem Ökumenisch-Missionarischen Institut Berlin erneut drei Vertreter kirchlicher Basisarbeit in Lateinamerika eingeladen. Es sind dies: der Priester Eduardo Diaz, die guatemaltekeische Journalistin Julia Ezquivel und der uruguayischen Waldenserpastor Del Monte. Sie werden jeweils ca. 14 Tage in Berlin (W) und im Bundesgebiet sein. Westdeutsche Gemeinden und kirchliche Gruppen, die an Gesprächen und Kontakten mit einem/r der drei Lateinamerikaner interessiert sind, sollten sich wenden an: Gerhard Greiner, Schönebeckhöfe 238, 4300 Essen (telefonisch zu erreichen über ESG Essen).

Ende April wird das FDCL eine erste handliche Arbeitsmappe zur Thematik: Christen in Lateinamerika - Christen in der BRD und Berlin herausgeben.

Jetherr Pereira Ramalho
(Hrsg.)
ZEICHEN DER HOFFNUNG
UND DES FRIEDENS (130 S.)



Die Kirche und die
Armen,
Beispiele der christlichen
Volksbewegungen

Dies ist die deutsche Ausgabe des beim Weltkirchenrat herausgegebenen Buches. Es wird beim FDCL erscheinen und kann ab Ende April bestellt werden.

Wir berichten von kirchlicher Basisarbeit, weil sie uns vor Augen führt, wie in alltäglichem Einsatz unter extrem schweren Bedingungen eine Bewußtseinsbildungs- und Organisationsarbeit geleistet wird. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Wahrnehmung derartiger Lebens- und Arbeitsformen bei uns entscheidende Lernprozesse ermöglicht und aufzeigt, wie Christen sich im eigenen Land aktiv für Veränderungen einsetzen können.

Die Arbeitsmethoden, die von Priestern und Nonnen angewandt werden, unterscheiden sich danach, ob die Bevölkerung religiös ist oder nicht. Im letzteren Fall begibt sich der Priester (die Nonne) als profanes Element in eine Welt, die der Kirche bereits fremd ist. In diesem Zusammenhang tauchen vielleicht religiöse Fragen auf... Und es gibt das andere Schema, das grundlegend vom Glauben ausgeht. Der Priester (die Nonne) kommt über diesen Glauben hinein und formt im Folgenden ein soziales und politisches Bewußtsein der Leute heraus.

Elendsviertel und Volkorganisationen

von Carmina Navio Velasco

aus: SOLIDARIDAD (einer Publikation christlicher Gruppen in Kolumbien)
Nov. 1980, Nr. 20 S. 32

Dieser Artikel handelt von den Organisationen des Volkes auf nachbarschaftlicher Ebene und von den Kulturwochen des Volkes, deren bewußtseinsbildende und kreative Rolle einen zentralen Platz in der praktischen Erziehung ausmachen.

Diese Überlegungen basieren auf der Praxis einer mehrjährigen Arbeit in einigen Elendsvierteln von Cali. Diesen Ort kann man so beschreiben: Cali ist eine Stadt, in der sich weder eine Volksorganisation noch eine breitere Bewegung gebildet hat. Es ist eine Stadt, die von der Salsa (karibischer Tanz) bestimmt ist, die für die "Fröhlichkeit" ihrer Feste berühmt ist. Das, was man erreicht hat, ist, daß in den Vierteln Königinnen gewählt werden, und daß sportliche Unternehmungen zwischen den Gruppen der verschiedenen Elendsvierteln stattfinden. (In Cali erreicht die Zahl der Entbindungen lediger Mütter ihren Höhepunkt im September - neun Monate nach dem Salsafest). Die Kämpfe, die man hier durchgemacht hat. (Allgemeine Proteste und Erhebungen) sind immer auch auf spontane Massenbewegungen zurückzuführen, die sich aber nicht in Organisationsprozessen niedergeschlagen haben. Auch die Nachbarschaftsorganisationen (die staatlichen "Juntas de Acción Comunal"), die den traditionellen Parteien dienen, haben keine Kanalisierung der Konflikte erreicht; vielleicht haben sie nicht einmal versucht, die Elendsviertel wirklich zu organisieren.

Die Stadtverwaltung hat keine konsequente Politik gegenüber den Elendsvierteln oder den Juntas Comunales entwickelt; die Juntas selbst haben es vorgezogen, Verbesserungen in den Vierteln mit Hilfe von Geldsammelaktionen oder Bittstellungen an die Politiker statt durch Kämpfe oder durch mit Nachdruck vorgetragene Forderungen des Volkes durchzusetzen. Unsere Elendsviertel haben keine Kampferfahrung wie zum Beispiel einige Elendsviertel in Bogotá. Das Niveau von Versuchen ist noch nicht überschritten worden. (...)

Das bedeutet, daß man beim Aufbau von Volksorganisationen praktisch bei Null anfangen muß, indem man versucht, einige isoliert existierende Erfahrungen aufzugreifen. Vielleicht die wichtigsten Erfahrungen wurden bei einigen Landbesetzungen zur Verteidigung des Bodens gemacht. (...)

Während der letzten Jahre haben wir in einigen Städten ein wichtiges Phänomen erlebt: angesichts unterschiedlicher Ereignisse hat sich das Volk auf verschiedenste Weise zu organisieren versucht. Beispiele sind die Kämpfe von Barranca oder der 14. September in Bogotá (damals fand ein Streik statt, dem sich alle Wirtschaftsbereiche, auch der Handel und der Transport anschlossen). In den letzten Jahren haben sich – besonders in der Hauptstadt – die Nachbarschaftskomitees gebildet, die eine Vielzahl von Kämpfen führten. Diese Komitees haben die Leute bei ihren Problemen und konkreten Forderungen vertreten: Wasser- und Gasversorgung, öffentliche Verkehrsmittel usw. (...) Manchmal ist die Arbeit weitergegangen, und das Stadtviertel hat an regionalen Treffen zur Verteidigung der Menschenrechte oder für die Solidarität mit den politischen Gefangenen mitgearbeitet.

Entsteht so etwas spontan? Handelt es sich wirklich um eine ernsthafte Alternative des Kampfes? Es ist notwendig, sich bei diesem Problem etwas aufzuhalten. (...)

Einerseits haben einige, die jahrelang hier gelebt haben, den Eindruck, daß sich die Politik der Gruppen oder linken Parteien abgenutzt hat. Die verschiedenen politischen Projekte mit ihrer Methode der Zellenbildung von Aktiven, die die Leute anführen und die Massen mobilisieren sollen, sprechen die Menschen kaum an. Der Populismus hat mit der totalen Niederlage der ANAPO (populistische Partei Kolumbiens) seine letzte Karte ausgespielt.

Auf der anderen Seite glaubt das Volk immer weniger an die liberalen und konservativen Vorschläge der traditionellen Parteien. Große Parteidemonstrationen in den Stadtvierteln – wie sie bis in die Mitte der 60er Jahre hinein stattfanden – sind heute nicht mehr möglich. Die Treffen finden heute hinter geschlossenen Türen statt. (...)

Aber das Volk ist nach wie vor das Opfer von Marginalisierung, das Opfer ständiger Verstöße, das Opfer einer ständigen Steigerung der Lebenshaltungskosten, der Arbeitslosigkeit, niedriger Löhne: der Kampf entsteht dort, wo eine natürliche Ansammlung der von diesen Problemen betroffenen Bevölkerung ist, nämlich im Elendsviertel.

Das Elendsviertel wird – wie es früher in Europa die Fabrik war – zu dem Ort, an dem man sich trifft und wo man kämpft. Das kann ein Teil jenes Phänomens sein, was einige den "ländlichen Charakter der Städte" nennen. (...)

In einigen Städten gibt es Jugendgruppen, die beginnen, auf verschiedene Weise das Leben in den Elendsvierteln zu bestimmen. Sie starten Initiativen und arbeiten Vorschläge aus. (...)

Was so an verschiedenen Stellen deutlich wurde, kann vielleicht zu einem strategischen Entwurf für den weiteren Kampf werden. Es ist daher notwendig, die gemachten Erfahrungen aufzuarbeiten und sie mit politischen Vorschlägen zu konfrontieren.

Ohne wieder in unnütze und mechanische Übertragungen zu verfallen, ist es zweifellos so, daß die nicaraguensische Erfahrung für den lateinamerikanischen Weg ein wichtiges Beispiel ist.

Der sandinistische Sieg war nur möglich durch die Beteiligung des Volkes im Kampf,

durch die Unterstützung in den verschiedenen Elendsvierteln, in denen die Komitees der Frauen, der alten Leute und der Kinder eine wichtige Rolle spielten. Der Kampf wird dann eindeutig, wenn die Partei oder die Front im Volk selbst aufgehen. Der ideale Ort dafür ist das Stadtviertel. In der Zeit des Aufbaus entdecken die Organisationen, daß man die Menschen am besten dann erreichen kann, wenn man zu dem Ort geht, an dem sie wohnen. Von dort aus kann man wirklich die ganze Bevölkerung erreichen.

Außerdem ist es klar, daß es im konkreten Fall unserer kolumbianischen Städte (...) keinen sichereren Treffpunkt gibt als die Elendsviertel. Dort beginnen und enden das Leben und die Möglichkeiten unseres Volkes. Ebenso wie die moderne Bourgeoisie die Annehmlichkeiten des "Zentrums" in die Nähe ihrer Wohnungen gebracht hat, kann das Volk – in geringerem Ausmaß – zum Gefangenen eines immer stärker eingeschränkten Bewegungsradius werden. Man kauft "im Laden an der Ecke" ein, man geht mit den Kindern auch dort spazieren, (...) die Ausuben für die öffentlichen Verkehrsmittel muß man für den Weg zur Arbeit oder für "außerordentliche Gelegenheiten" aufsparen. Kurz: die Elendsviertel sind der Lebensraum der Volksmassen.

Es ist eindeutig, daß jede politische Arbeit, die sich die Fabrik oder den Arbeitsplatz zum Bezugspunkt nimmt, auf der Ebene des eigentlichen "Lebensraums" ergänzt werden muß.

Denkt man an die Perspektive der Volksbefreiung – und nicht nur an eine Blockierung des Regimes oder des Systems – so ist das Stadtviertel der Ort, wo am leichtesten ein gemeinsames Nachdenken stattfinden kann: in der Familie, mit Freunden und Nachbarn, mit denen man spielt oder Bier trinkt.

Das politische Ziel der Selbstbestimmung und der Selbstorganisation spricht außerdem für diesen Ansatzpunkt der politischen Arbeit.

Es handelt sich nicht nur darum, davon zu sprechen, daß meine Arbeiterzelle für oder gegen Streiks stimmt ... es reicht nicht mehr, daß die Partei Direktiven für diese oder jene Gelegenheit ausarbeitet ... Das Volk muß seinen eigenen Weg finden ausgehend von den konkreten Problemen: den Problemen des Lebens.

Scheinbar kann man eine Kulturwoche als etwas ganz gewöhnliches und harmloses verstehen: sportliche und festliche Ereignisse ohne die geringste Bedeutung. Von einem anderen Standpunkt aus kann man sie als etwas sehr Folgenreiches betrachten: die Kulturwochen finden nämlich jährlich statt, und man könnte es als utopisch betrachten, eine Arbeit in diese Richtung vorzuschlagen. Aber wir wollen das etwas genauer analysieren.

Das kolumbianische Volk besitzt im allgemeinen nicht die Möglichkeit – genauso wenig wie andere Dinge – seine Freizeit zu genießen, sie ist bereits entworfen und vorprogrammiert: das Fernsehen mit seinem ideologischen Gift, die Kantine für die Erhöhung des Profits, der Fußball einige Male im Jahr. (...) Außerdem sind dies alles Dinge, die im allgemeinen nur dem Vergnügen der Männer dienen. Aus wirtschaftlichen Gründen (das Geld reicht nicht aus ...) und auf Grund einer machistischen Tradition sind die Frau oder die "Mama" (...), die kleinen Kinder und die älteren Schwestern systematisch von diesen – sowieso beschränkten – Möglichkeiten ausgeschlossen. (...)

Die Kulturwoche ermöglicht es, ein Treffen einzuberufen, wobei man sich vor allem an Interessen und Gefühle (das, was Spaß macht ...) wendet, was im Allgemeinen bei den üblichen Ausrufen außer Acht bleibt – bei Veranstaltungen, die man als "ernsthafte Angelegenheiten" oder mit "das interessiert mich nicht" kommentiert. In einer Kulturwoche kann man so leben, daß eine Möglichkeit gegeben ist, "freie Zeit" dazu zu

nutzen, daß man "sich amüsiert" (...) Wenn es diese Möglichkeit im Stadtviertel gibt, nur wenige Wohnblöcke vom eigenen Haus entfernt, dann bedeutet das zunächst, daß ich mich nicht so sehr bemühen muß, um dorthin zu kommen. Umso besser also. Unser Volk besitzt an sich eine sehr starke Tradition, an kulturellen oder festlichen Anlässen, die etwas "Raum" schaffen, teilzunehmen. Unser Volk braucht das "Feste feiern" als momentane als eine Möglichkeit, Kulturwoche des Viertels, das zu tun. Veranstaltungen die also unser Ansatz-

Wie kann ich diese Bevölkerungsgruppen Veranstaltungen nicht Organisierung und des

Der Tanz, das Theater die literarischen Wett- oder bildliche Aus- die Podiumsdiskussion- bei denen es möglich ist, dem Volk auf eine angenehme und "unterhaltende" Weise im Rahmen des Raumes, in dem es verwurzelt ist, in dem es seine Traditionen besitzt, einige der vielen Aspekte der familiären, sozialen und politischen Konflikte vorzuführen? Es ist klar, daß wenn die Bourgeoisie ihre ideologische Herrschaft über das Fernsehen bis hinein in jede freie Minute ausübt, so muß das Volk seinen ideologischen Kampf in jeder Minute, in jedem Freiraum, der dafür vorhanden ist, führen muß.

Aber es ist auch deutlich, daß die sporadischen und nur zeitweiligen "Bewußtseinsbildungsprozesse" sehr wenig politischen Effekt haben. Daher ist es nicht ausreichend, eine isoliert dastehende Woche durchzuführen. Es geht also darum, aus der Kulturwoche, aus den "zentralen Tagen" einen Impuls und eine Motivation für die Arbeit zu ziehen, die während des "Alltags" fortgesetzt wird. Wenn man während der Woche einen Freiraum für Diskussionen und die Aufarbeitung von Erfahrungen schafft, dann sieht man, wie die Menschen langsam aber sicher ihre Unsicherheiten und die Probleme des Viertels selbst in die Diskussion einbeziehen. Dann ist der Augenblick gekommen, Arbeitsgruppen zu gründen, die sich mit den Kernproblemen, die man während der Festtage herausgefunden hat, weiterbeschäftigen.

Es gibt die Möglichkeit, Theatergruppen, Kunsthandwerksstätten oder Lese- und Diskussionsgruppen zu bilden. Man trifft sich in Gruppen für Volkserziehung, die langsam aber sicher eine kontinuierliche Arbeit aufnehmen und die sich in Gruppen der Volksmacht verwandeln. Diese sind in der Lage zu entscheiden, zu programmieren, zu organisieren. Durch diese Gruppen oder Werkstätten muß das Volk gehen, wenn es sein Recht auf Entscheidung über seine eigenen "Vergnügen" oder seine "Freizeit" wiedergewinnen will. Das Volk kann sich erneut seiner Kultur bemächtigen (im Sinne seiner eigenen Tradition und Perspektive), und es kann Freiräume für Vergnügen schaffen, die gleichzeitig für seinen ideologischen und politischen Kampf wichtig sind. Es geht darum, Raum und Zeit, Teile des Lebens, der Macht der Bourgeoisie zu entreißen.

Um dies zu erreichen, scheint uns die Existenz einer Gruppe, die im Viertel als Motor wirkt, notwendig. Eine Gruppe, die in der Lage ist, die Impulse der zentralen Tage aufzugreifen, sie organisatorisch zu nutzen um einen Rhythmus zu schaffen, der



Flucht aus seinen Ängsten, Freundschaft zu feiern. Die tels ist eine weitere Mög- Daher bringen diese Art von Leute zusammen. Hier ist punkt.

Treffen, die auch diejenigen ansprechen, die bei anderen aktiv werden, zu Keimen der Kampfes machen?

die folkloristische Musik, bewerbe, der graphische druck, die Gespräche oder nen sind Veranstaltungen,

mit der Zeit alle Aspekte des sozialen und familiären Lebens auf sich vereinigt. Die Volksbibliotheken oder die Volkserziehungszentren können die Zentren sein, die die Arbeit auf dieser Ebene etwas systematisieren. Aber es ist unabdingbar, daß stets eine größere Anzahl von Personen des Viertels - Frauen, Jugendliche, Männer und Kinder - sich diesem Programm anschließen damit das Viertel als ganzes einbezogen wird.

In einigen Kreisen läuft man Gefahr, sehr naiv mit dem Volk zu arbeiten. Man meint, mit "gutem Willen" werde man den Weg früher oder später schon finden. Meiner? Meinung nach ist die Sache aber nicht so einfach. In unserem Land haben die Liberale und die Konservative Partei gezeigt, daß sie eine einzigartige - wenn auch heute weniger starke - Fähigkeit besitzen, sich wieder Anhänger zu verschaffen. Sie waren außerdem immer wieder in Lage, Arbeiten die ursprünglich gegen sie gerichtet waren, zu neutralisieren oder zu absorbieren. Wenn Kunst und Erziehung von sehr klaren Strategien ausgehen, dann sind sie sehr leicht zurückzugewinnen. Die Macht der Ideologie ist dann besonders stark, wenn sie etwas subtiler ist.

Die kulturellen Wochen bergen noch mehr Risiken in sich: sie können isolierte Veranstaltungen bleiben, die von Jahr zu Jahr stattfinden. ... sie können als Bühne für frustrierte ständige Redner benutzt werden ... sie können einfach eine Zerstreuung sein, ohne weitere Auswirkungen zu haben. Wenn die zentrale Gruppe, die den Motor darstellt, ihre Ziele und die dazu notwendigen Schritte nicht sehr klar definiert hat, dann kann sie leicht durch linke oder rechte Parteien für deren eigene Interessen manipuliert werden.

Daher muß berücksichtigt werden, daß kulturelle oder Erziehungsarbeit nur ein Teil - ein wichtiger, aber kleiner Teil - eines Prozesses sein kann, der sehr viel breiter sein muß. Der gewerkschaftliche, politische, soziale (Gesundheit, Wohnung) und der ideologische Kampf müssen zusammen geführt werden (...). Sonst laufen die Kämpfe auseinander und man vergeudet Energie. Dann erreicht man keinen authentischen revolutionären Prozeß.

Auf Grund all der Überlegungen ist es notwendig, daß eine Elendsviertelarbeit ausgehen muß von einer breiten politischen Strategie. Der ideologische erzieherische Prozeß muß sich mit einem konkreten politischen Projekt verbinden, um eine größere Effizienz zu erlangen. Diese Strategie und dieses Projekt werden in gewisser Weise Die Orientierung und das Resultat der Arbeit garantieren.



Koordination der Gruppen GEWALTFREIE AKTION / GRASWURZEL

AUFRUF ZU EINEM BUNDESWEITEN EL SALVADOR AKTIONSTAG AM 23.3.1981

Anlässlich der immer schlimmeren Unterdrückung der salvadoreanischen Bevölkerung durch die Militärjunta, die immer massivere Unterstützung der USA und der Gefahr einer amerikanischen Intervention rufen wir alle gewaltfreien Gruppen und Leute in der Bundesrepublik auf, sich am Montag, dem 23. März, an Solidaritätsaktionen mit dem salvadoreanischen Volk zu beteiligen. An diesem Tag jährt sich der Todestag von Erzbischof Romero, der von Killern der Rechten ermordet wurde, weil er sich offen für die Rechte des unterdrückten Volkes eingesetzt hatte. Unser Aktionstag soll eine unübersehbare Mahnung an die USA und die bundesdeutsche Öffentlichkeit sein, in El Salvador kein zweites Vietnam zuzulassen.

In folgenden Städten finden Aktionen statt:

Bonn	Mahnwache, Straßentheater symbolischer Waffentransport	<u>Kontakte:</u> Ludger Beckers Tel. 0221/561282
Berlin	Mahnwache am Amerika-Haus, symbolischer Waffentransport	Walter Kobisch 030/ 6912343 FDCL 313 50 65
Erlangen	Info-Stand, Demonstration mit Halt vor Kirchen, Parteibüros, Presse etc., Mahnwache vor Tschibo- und Eduscho-Läden, Ökumen. Gottesdienst etc.	ESG Erlangen 09131/ 22942
Düsseldorf	Demonstration mit Petitions- übergabe	Mario Schönrock Morpersstr. 66/81 4000 Ddorf Geresheim
Hamburg	Mahnwache vor dem US-Konsulat	Gewaltfreie Aktion Jeannette Kassin 040/ 49 20 29
Stuttgart	Sit In vor US-Konsulat Straßentheater	Gewaltfreie Aktion Tel. 07472/32 57
Tübingen	Aktionen vor Kaffee-Läden	Heinz Bartjes 07071/61393

Meldet Euch bei den Kontaktstellen, um weitere Angaben zu erfahren.
Organisiert eigene Aktionen und meldet unternommene Schritte der
Koordinationsstelle, Tel 07472 /32 67

Solidarität mit El Salvador

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Kreis StuttgartENTSCHLIESSUNG DER KREISDELEGiertenVERSAMMLUNG VOM 12.2.1981Betr.: Solidarität mit El Salvador

Der Befreiungskampf in El Salvador ist in eine entscheidende Phase getreten. An vorderster Stelle beteiligen sich - trotz Verbot, Ausnahmezustand und brutaler Verfolgung durch die Militärjunta - gewerkschaftlich organisierte Kollegen. Sie haben sich zusammen mit den politischen Parteien in der FDR - Demokratisch Revolutionären Front - zusammengeschlossen.

Wir fordern Kreisvorstand, Bezirksvorstand und Hauptvorstand auf,

- sich mit den Gewerkschaftern in El Salvador zu solidarisch zu erklären,
- auf eine Freilassung der verhafteten und verschwundenen Kollegen hinzuwirken,
- den Streik von US-amerikanischen und italienischen Hafenarbeitern zu unterstützen, die Waffenlieferungen an die Junta verhindert haben,
- Waffenlieferungen aus Deutschland, insbesondere der Firma Heckler und Koch an die Junta möglichst zu verhindern (die Waffen stammen z.T. auch aus Werken in Mexiko und S.O. Asien),
- darauf hinzuwirken, daß die Bundesregierung ihre finanzielle Hilfe für die Junta nicht wieder aufnimmt,
- alle Mittel und Wege zu nutzen, um gegen eine direkte Invasion der USA-Truppen zu wirken.

Zeitschriftenschau

BLÄTTER DES IZ3W Nr. 91 / Februar 1981. Aktion Dritte Welt, Postfach 5328
7800 Freiburg. Erscheint 8 mal im Jahr

Nachrichten und Berichte zu: Saudi-Arabien, Israel, Uganda, Philippinen, Indien, Uruguay, El Salvador. GUINEA-BISSAU: Noch gibt es keinen grundlegenden Wandel. HORN VON AFRIKA: Schwere Kämpfe in Tigray. SRI LANKA: Spätfolgen des Kolonialismus. PERU: Mäntelchen für die ausländische Herrschaft. TÜRKEI: Offener Brief an Hans Matthöfer. Rezensionen / Buko 4 / Entwicklungspolitisches Kreuzworträtsel. REPRESSION IN DER BRD: Spendenaufruf für Prof. Chr. Sigrist.

NICARAGUA-AKTUELL Nr. 9 / Februar 1981. Magazin-Verlag, Königsweg 7,
2300 Kiel 1. Erscheint monatlich.

NICARAGUA: Reisebericht. EL SALVADOR: Interview mit Joaquín Villalobos (ERP). HONDURAS: Trumpf der USA in Zentralamerika. Gemeinsamer Kampf in MITTEL-AMERIKA: Die Linke in Guatemala. Solidarität. Materialhinweise. Film

FORUM Nr. 39 / März 1981. Magzin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1
erscheint monatlich

Russell-Tribunal. U-boote für Chile und Arbeitsplätze. Bewegung der Indios. Bundesregierung unterstützt Schülermord (militärische Lieferung von Daimler Benz an Südafrika). Ein bißchen Mitleid - eine kleine Spende. Stichwort: Lebensstil. Multis.

Aktionen: Entwicklungshilfe oder Beihilfe.

ILA-INFO Nr. 43 / Februar 1981. Römerstr. 88, 5300 Bonn 1. Erscheint monatlich.

GUATEMALA: Die Revolution ist nicht mehr das Projekt einer Elite. USA: Reagans Lateinamerikaideologen. LÄNDERNACHRICHTEN zu Bolivien, El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Peru. Brasilianische Gewerkschafter in der BRD. Diskussionsbeiträge zur El Salvador-Demo in Frankfurt.

SAGO - INFORMATIONSBLETT BOLIVIEN Nr. 26 / Februar 1981 c/o G. Hinderer,
Plöck 48/50 6900 Heidelberg

Zur politischen Lage: Reagan läßt auf sich warten / Kokain-News und Imagepflege / Das Massaker vom 15. Januar und seine Folgen. ERZIEHUNG: Universität geschlossen / Militarisierung der Jugend. WIRTSCHAFT: Gesunkener Zinnpreis. HINTERGRUND: "Die Herkunft der nordamerikanischen Zinnreserven ..." von Gregorio Selser. Editorial "Aufschrei". Solidaritätstelegramme. "The booming drug trade" aus Newsweek. Gedicht.

PERIPHERIE Nr. 3 / Dezember 1980. CON-Vertrieb, Osterstr. 36, 2800 Bremen
erscheint 4 mal pro Jahr.

Überlegungen zum Verhältnis von Staat, Subsistenzproduktion und Sozialbewegungen. / Subsistenzproduktion und geschlechtliche Arbeitsteilung. / Die "arid-isolierte" Gesellschaft - ein Modell der Langzeitentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Iran. / Thesen zum "Nizer-Kapitalismus" in Mozambique. / Was wird bloß aus unseren Träumen? Krise der Befreiungsbewegungen? Krise der Solidaritätsbewegung? Krise des Internationalismus? Entgegnung, als Versuch, Fragen zu stellen. Buchbesprechungen.

PARAGUAY-RUNDBRIEF Nr. 28 / Februar 1981. c/o Inge Gräfe, Sandbergstr. 45
6100 Darmstadt. erscheint zweimonatlich.

Die letzten Monate des Anastasio Somoza. / Der Tod Somozas und seine Auswirkungen. / Materialliste. / Presseecho. / Meldungen, Meinungen.

chiletheater bremen ... chiletheater bremen ... chiletheater bremen... chiletheater



Die Chile-Theatergruppe in Bremen besteht seit 1977. Ihre erste Produktion, ein selbstgeschriebenes Stück mit dem Titel "Eigentlich ist Chile ein schönes Land", wurde über 20 mal vorwiegend auf Lateinamerika-Solidaritätsveranstaltungen in Nord- und Westdeutschland gespielt. Die Arbeit an dem neuen Stück hat über ein Jahr gedauert, von Frühjahr 1979 bis Sommer 1980.

Seit Oktober spielt nun die Gruppe ihr neues Stück

Chile heute billig

Im Gegensatz zu dem vorherigen wird hier die realistische Ebene mehrfach gebrochen: Es gibt eine Handlungsebene der Macht und eine für die Bevölkerung; und zwar sowohl für Chile, als auch für die BRD. Es geht um die Verbindung von Großkonzernen und Diktaturen, um Repression, die Lage und Handlungsfähigkeit der Betroffenen, die Informierung von Menschen in der BRD, die Rolle der Presse, u.a.m.

Diese Problemvielfalt erfordert exemplarische Veranschaulichung und stärkere Verdichtung. Das wiederum ließ die Entwicklung anderer Darstellungsmittel zu: Verfremdungen, satirische und parodistische Elemente, Musik und Lieder. Dennoch basiert die Erarbeitung auf Analysen und belegbaren Fakten (auch wenn diese z.T. in einen anderen Zusammenhang gestellt wurden). Es werden Strukturen aufgezeigt, die nicht nur für die Situation Chiles gültig sind. Die Verbindungen zwischen einheimischer Bourgeoisie und Militärs einerseits, ausländischem Kapital andererseits lassen sich überall da finden, wo die Völker die Ausbeutung des Reichtums ihrer Länder dulden müssen und durch eine brutale Repression daran gehindert werden sollen, sich zur Wehr zu setzen.

Mit ihrem Stück will die Gruppe einen weiteren Beitrag zur Solidarität mit dem unterdrückten Volk von Chile leisten, indem Informationen verbreitet, das Engagement für Chile gefördert und die Erlöse der Veranstaltungen Widerstandsgruppen in Chile direkt zur Verfügung gestellt werden.

Die Gruppe bittet um Kontaktaufnahme auch derjenigen Freunde und Genossen, die frühere Aufführungen ermöglicht haben, da einige Kontakte verloren gingen.

Die Gruppe besteht jetzt aus 9 Darstellern und 2 Technikerinnen. Das St
Das Stück umfaßt 14 Szenen und dauert ca. 2 1/2 Stunden.

Kontaktadresse: Pia Bröker
Verdener Str. 95
2800 Bremen Tel: 0421 / 4 98 88 37